CONTRASTE

Zeitung für Selbstverwaltung

P 8008 E Vertrieb: CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20 6900 Heidelberg 1 Nr. 49 Jahrgang 5 Oktober '88

00.2621 001 10
Andreas Wischner
Frankenstr. 15
D-1000 Berlin 30

Tatort Schreibtisch

Zensur und Widerstand in der BRD

Red. Kassel und Rhein/Main „Es ist, nachdem wir nur noch Werke über Flora und Fauna führen, doch alles viel leichter geworden. Aber selbst für den erfahrenen Sortimenter ist es mitunter schwer, sich bei all den Titeln darüber zu vergewissern, ob auch alles auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung blüht, kreucht oder fleucht. In der Tat haben wir ja leider auch das Problem der Gewalt in der Natur, die Naturgewalt, den ganzen kriminellen Charakter unserer natürlichen Umwelt (soweit noch vorhanden) nicht recht im Griff." – Soweit das Zitat eines Mitarbeiters einer großen Buchhandelskette. In letzter Zeit zeigt sich immer deutlicher, daß in dieser Äußerung sehr viel Wahrheit steckt. Man stelle sich vor, die Repressionsschraube würde so weitergeschraubt, dem § 129a folgen die §§ 130a und b. Die Presse reagiert, indem sie sich immer mehr selbst zensiert – aber vor Repression schützt das noch lange nicht, das hat uns die Erfahrung gelehrt. Jeder Text kann ein Grund sein, Ermittlungen gegen AutorInnen, DruckerInnen, BuchhändlerInnen usw. einzuleiten. Es ist also an der Zeit, nicht mehr nur auf Repression zu reagieren, sondern innerhalb der **alternativen** Medien gemeinsame Strategien zu entwickeln.

Zensur hat Geschichte

Der deutsche Staat hatte es schon immer sehr nötig, sich gegen Andersdenkende zu schützen. Schon ein dreiviertel Jahr nach der deutschen Wiederauferstehung brachte die SPD den „Entwurf eines Gesetzes gegen die Feinde der Demokratie" ein. Gemeinsam mit der Adenauer-Regierung erarbeiteten sie die Paragraphen 88 bis 101 StGB. Anfangs richteten sich die Staatsschutzparagraphen zwar vor allem gegen Neonazis, nach Beginn des Koreakrieges zeigte sich jedoch deutlich, daß in erster Linie Kommunisten zu den „Hauptfeinden" wurden. Das Verbot der KPD und aller „Nachfolge und Ersatzorganisationen" öffnete der Justiz Tor und Tür, gegen Oppositionelle mit Zensur und Repression vorzugehen, egal ob sich der Protest gegen die Sozialpolitik, gegen Atomrüstung, gegen Notstandsgesetze oder was auch immer richtete. So gab es in den Jahren 1954 bis 1964 jährlich tausende von Verfahren aufgrund politischer „Straftaten". Durch die Bewegungen, die Ende der 60er Jahre entstanden, begann die Opposition sich in ihren Strukturen zu ändern. Selbstverwaltung und Autonomie, Basisgruppe und Bürgerinitiative, das sind Begriffe, die inhaltlich durch die neuen Formen politischer Arbeit geprägt wurden. Die Strukturen waren zunächst für die staatlichen Behörden wesentlich schwerer erfassbar. Mit dem 1976 eingeführten § 129a wurde den Justizbehörden jedoch ein Instrument in die Hand gegeben, das in der Vielfalt seiner Anwendungsmöglichkeiten unübertroffen ist.

Die Schwierigkeit der Verarbeitung des „Deutschen Herbstes" hat dazu beigetragen, den präventiven Sicherheitsstaat zu rechtfertigen, und auch innerhalb der Linken eine Unsicherheit hervorzuru-

Fortsetzung Seite 5

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Schwerpunkt

Red. Bonn Für die November-Ausgabe von CONTRASTE bereitet die Redaktion Bonn ein Schwerpunktthema vor: „Parteien und Selbstverwaltungswirtschaft". Alle im Bundestag vertretenen Parteien und einige Fachvertreter derselben wurden angeschrieben und um Stellungnahme gebeten. Die Parteienvertreter sollen die Bedeutung des selbstverwalteten Wirtschaftssektors für ihre Arbeit, die grundlegenden Positionen ihrer Partei sowie konkrete Forderungsansätze der jeweiligen Bundestagsfraktion in CONTRASTE darstellen.

Die SPD und die FDP haben bereits geantwortet, die GRÜNEN zugesagt, ebenso die CDU. Wir hoffen noch auf Antwort, so daß die CONTRASTE-Leser im November die Stellungnahme der Partei ihrer Wahl vergleichen können.

Kreuzberger Abgründe

Red.Heidelberg „Aktion 88: Jeder haut jeden!" verkündeten bei einem unserer letzten Berlin-Aufenthalte die Transparente von der O 3 im HausbesetzerInnen-Kerngebiet von SO 36 (Berlin-Urkreuzberg). Aber wer denn nun wen gerade mal haut und vor allem warum wurde uns so recht gar nicht klar...

In Kreuzberg waren wir zu Besuch, weil wir „Kübelgeschichten" auf den Grund gehen wollten. Auseinandersetzungen um Projekte waren mit Kübeln voll Scheiße (zuerst in angeblichen „Schicki-Micki-Restaurants", dann beim alternativen Sanierungsträger Stattbau), mit Gehaue und Geklaue (der Kinokassen wegen angeblich „sexistischer Filme") geführt worden. Gleichzeitig war die Gewalt im Kiez seit Sommer 87 Medienlutscher Nr. 1: weil hier alle aufeinander einhauen wurden in Spiegel und taz aus „krimineller Energie" nur zu schnell kriminelle Fantasie. Eine „Kiezmiliz" wurde geortet, die allem Unliebsamen in Kreuzberg eins auf die Rübe gebe. Trotzdem kamen wir heil aus Kreuzberg zurück...mit Artikeln und Material zu **Kreuzberger Abgründen** **(auf S. 8 u. 9)**

Allzuweit scheinen unsere Bärliner FreundInnen auf dem Weg zur Selbsthilfegesellschaft ja nun wirklich noch nicht gekommen sein. **Sabine Spiesmacher** jedenfalls sieht da keineswegs **mehr als Almosen**, was in ihrer jahrelangen Projektarbeit (im FFBIZ) so alles an staatlicher Unterstützung angefallen ist. Und dem unbekümmerten Optimismus eines Fritz Vilmar (vgl. **zum Streit über Selbsthilfe** in der letzten Ausgabe) wird nicht nur so entgegengehalten, was alles faul ist, wenn wir die reformistische Brille abnehmen.

Es ist dies die Realität eines Stadtteils, wo Autonomie von Häusern und Projekten gleich einer doppelten Zerreißprobe unterliegen. Einerseits gibt es da einen Senat, dessen Brosamen für die Szene im gezielten Kalkül von Pazifizierungsstrategien eingesetzt wird, die Staatsloyalität bewirken sollen, wo bislang Widerstand herkam. Andererseits kochen soziale Unterschiede hoch, die auch die ABM-NegerInnen solcher Projekte zu eigentlich „Privilegierten" macht.

„Nur die mit den dicken Muckis werden überleben..." urteilt **Gertrud Trisolini** von der Genossenschaft Luisenplatz resigniert. Und berichtet, wie aus dem Traum einer „freien Republik Kreuzberg", den sie „von Anfang an" mitgeträumt hat, ein Alptraum gegenseitigen Anmachens geworden ist. Zum Zeitpunkt der Drucklegung waren die Bullen mal wieder im Ausbildungswerk Kreuzberg nebenan, wie uns telefonisch berichtet wurde, um das Transparent „IWF zerschlagen" zu entfernen. Und vorher war das Projekt Ziel eines Brandanschlags gewesen...

Foto: Poschen

Daß der **Kreuzberg Krimi** auch etwas mit der Wirklichkeit eines sozialen Krieges und aufreißerischen Methoden, Widersprüche über die Medien wie taz und Spiegel aufzumotzen, zu tun hat, meint **Dr. Seltsam** (in **Der Müll, die Stadt und die Not**) und kritisiert, wie Geld, Gewalt und Desinformation einen ganzen Stadtteil fertigmachen. Die andere Seite seiner Geschichte sind harte Anwürfe gegen ein Beiratsmitglied von Netzwerk (und Gründungsmitglied unserer Zeitung).

Auch dieser Teil der Diskussion soll fortgesetzt werden. Über das Hick-Hack bei der Beiratsbesetzung vom Netzwerk wird in einer der nächsten Ausgaben mehr stehen. Mit Beiträgen aller, die zu diesem Streit gerne auf den Boden der Tatsachen zurückfinden wollen...

Tatort Schreibtisch

Zensur ist Ungeist Packpapier-Verlag Seite 5
Testfeld Bayern Öffentlichkeit für radikale Positionen Gen-Archiv Essen Seite 6
Jagd nach RZ-Schriften AurorA Seite 6
Zensur-Cocktail ID-Archiv, Amsterdam Seite 6
Hirnpopel von den Staatsanwälten und Polizisten Gegendruck Karlsruhe Seite 7
BKA's Wege zum Mißerfolg Gegensatz, Berlin Seite 7
Defensives Vorgehen ist der falsche Ansatzpunkt Neuer Malik-Verlag Seite 7

Werkstattgespräch Lokalradio

„Radiopraktiker" aus dem liberalen/alternativen Bereich beim DGB-Bundesvorstand in Düsseldorf zu Gast. Bei dieser Gesprächsrunde sollten gewerkschaftliche Ansätze zur Mitgestaltung im (privaten) Hörfunk gesichtet werden. Matthias Lahmann von Lora-München berichtet auf

Seite 3

Belegschaftsmodell eingemottet

Nachdem im Juli die Übernahme der in Konkurs gegangenen Hamburger Werft Pohl & Jozwiak durch eine Millionenerbin platzte, plante die Belegschaft die Übernahme durch ein Genossenschaftsmodell. Dieser Plan verschwand jedoch wieder in der Schublade, als überraschend Norbert Henke als „Chefsanierer" die Bühne des Geschehens betritt. Die Belegschaft, so scheint es, ist zufrieden.

Seite 4

Neue Wochenzeitung für Stuttgart

Ab dem 20. Oktober erscheint die neue, regionale Wochenzeitung „Stuttgarter extra-Blatt". Über die Geschichte der Neugründung berichtet Andreas Küstermann.

Seite 4

Mythos Vernetzung

„Läuft bundesweit etwas zusammen?" war die Fragestellung beim CONTRASTE- Forum Mitte September im Gut Kragenhof bei Kassel. Petra Inden berichtet auf **Seite 2** über die dort dikutierten Hemmnisse der bundesweiten Zusammenarbeit und deren Überwindung. Einig waren sich alle, daß es einer bundesweiten Vertretung für Selbstverwaltung, gerade auch im Hinblick auf die Öffnung des europäischen Binnenmarktes bedarf. Eberhard von Wuseltronick informiert - über den Nutzen und die Chancen im Hinblick auf den Binnenmarkt auf

Seite 2

Außerdem in dieser Ausgabe

Netzwerk Berlin feiert Geburtstag Seite 11
Selbstverwaltung und Anarchie Reihe Anarchie Seite 12
Genossenschaften: Unzulängliche Vorbehalte der Prüfverbände gegenüber SV-Betrieben Seite 13
Service-Seite Seite 14

EG 1992 - ein Schritt zum „Markt ohne Staat“

Nutzen und Chancen im Hinblick auf den Binnenmarkt

Eberhard Holstein, Wuseltronick

Red. Berlin Auf Anregung des Netzwerkes Berlin traf sich eine kleine Gruppe aus Berliner Projekten (Friedels Versicherungen, Weiberwirtschaft, Goldrausch, Benny Härlin, Wuseltronick, Netzwerk) zur Vorbereitung der Tagung der CECOP-Verbandsfunktionäre in Berlin. Dabei stellte sich schnell heraus, daß sich eigentlich keiner mit dem Thema „Europa“ bisher intensiv befaßt hatte und so Nutzen und Chancen eines europaweiten Verbandes der selbstverwalteten Betriebe wenig kontur hatten. So teilten wir uns erstmal die Arbeit auf und jeder beschaffte sich über einen Ansprechpartner (EB- Büro, IHK, Wirtschaftssenat, IFO-Institut, Bonner Grüne, Benny Härlin) die Materialberge zum Thema, um sie zu sichten.

Aus Bleiwüsten von euphorischem Politgeschwafel kristallisierten sich bald einige durchgängige Merkwürdigkeiten. So stellt sich der ohnehin kleine Sozialfonds der EG als reines Refinanzierungsinstrument strukturschwacher Länderkassen dar, ohne echte politische Konsequenzen zu bewirken.

Wirkliche EG-Gesetzgebung wird in der Brüsseler Bürokratie ausgehandelt und bezieht sich derzeit hauptsächlich auf die Schaffung des Gemeinsamen Marktes in 1992 und den Euratom-Vertrag.

Laut EG-Vertrag vom 30.3.85 soll „die Schaffung eines einheitlichen ... Binnenmarktes ohne Beschränkung des Warenverkehrs, die Beseitigung der Hindernisse für den freien Personen-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr, die Einführung eines Systems zur Verhinderung von Wettbewerbsverzerrungen im Gemeinsamen Markt, die ... erforderliche Angleichung der Rechtsvorschriften und die Angleichung der indirekten Besteuerung im Interesse des Gemeinsamen Marktes“ bis 1992 erfolgen (4).

Hierzu sollen die Schranken für Waren, Kapital und Dienstleistungen fallen, um die „menschlichen und materiellen Mittel den wirtschaftlich rentabelsten Bereichen zufliessen“ (8) zu lassen.

Als notwendige Voraussetzung wird festgestellt, daß „nationale Politiken entweder schrittweise abgebaut und schließlich ganz aufgegeben werden, ... oder durch wirklich gemeinsame Politiken ... ersetzt werden.“ (28).

Mehrfach wird erwähnt, daß eine „Harmonisierung der wesentlichen ... Vorschriften“ (39, 67, 68) vorher durchzuführen sei.

Trotzdem sollen nationale Rechtsvorschriften prinzipiell von allen anderen EG-Ländern toleriert werden (39, 58, 64), um ohne Reglementierung einen kontinentalen Markt zu erreichen.

Dieses Absurdum kann (in einiger Überzeichnung) folgende Konsequenzen haben:

a) Die Mehrwertsteuer in der Bundesrepublik wird auf 18% (stat. EG-Mittel) angehoben. Dies trifft in erster Linie den Kleinverbraucher.

b) Der LKW-Verkehr in der BRD wird durch italienische, spanische und portugiesische Speditionen mit schlecht bezahlten Fahrern in schlecht gewarteten Fahrzeugen durchgeführt, die Güter noch mehr von der Schiene auf die Straße gedrängt und die Fahrer aus den Familien geholt.

c) Fleisch und Geflügel für Massenware wird nur noch in den Ländern mit der schlechtesten Gesundheitskontrolle gezüchtet und tiefgefroren voller Hormone, Eiter und Salmonellen in die BRD eingeführt. In der BRD ansässge Züchter werden nur noch einen kleinen Markt für qualitativ hochwertiges „Öko-Fleisch“ finden. Dies trifft neben den Hühnerknästen und Schweinezüchtern wiederum vor allem die Mitbürger mit geringerem Einkommen, die auf Kantinenessen und Currywurscht angewiesen sind.

d) In der Versicherungsbranche wird ein harter Wettbewerb zu wesentlich billigeren Prämien führen. Dies dürfte der begrüßenswerteste Effekt des Gemeinsamen Marktes sein. Da sich allerdings der Markt nur noch über billigste Prämien definieren wird, kommt möglicherweise die Qualität einer kulanten Schadensabwicklung in der Großzahl unbekannter Anbieter, die kein Kunde kennt, ins Hintertreffen. Dies kann insbesondere in den Sparten Hausrat bzw. Feuer/Wasser/Einbruch-Diebstahl, bei denen der Schadensnachweis oft schwierig ist, zur Verdrängung fairer Gesellschaften führen.

e) Im Energiebereich wird die EG durch hochsubventionierte deutsche Steinkohle und durch lasch genehmigte und krontrollierte französische Kernkraftwerke versorgt. Alle Atom-Ausstiegsszenarios und die regenerativen Energiequellen müssen sich am Preis des französischen Atom-Exportstromes messe, obwohl eine Havarie eines französischen Kernkraftwerks möglicherweise die ganze EG bedrohen könnte.

f) Im High-Tech-Bereich werden alle Firmen geschluckt, die sich nicht an den Export großzügig genehmigter Rüstungsgüter anhängen können. Deutsche Rüstungskonzerne werden auf den EG-Wettbewerb pochen, wenn das bundesdeutsche Kabinett ihnen Exportschwierigkeiten bereitet, und französische und britische Konzerne können über ihre Marktmacht nach und nach die interessanten deutschen Firmen schlucken.

g) Bei Tarifverhandlungen im Massengüterbereich werden sich die Kollegen stets die Konkurrenz der Billiglohnländer vorhalten lassen müssen. Die folgende „Strukturanpassung“ führt zu einer Verlagerung der Arbeitsplätze zu Billiglohnländern, etwas sinkenden Endverbrauchspreisen, deutlich geringerem Lohnanteil im Produkt, höherem Transportaufkommen und vor allem gestiegenen Profiten.

h) Da der Großteil der Subventionen weiterhin national vergeben wird, wird sich in Marktteilbereichen eine exzessive Subventionswirtschaft aufschaukeln, die das eigentliche Ziel des Gemeinsamen Marktes, nämlich mehr Marktwirtschaft, torpedieren wird.

„Die Kommission ist sich bewußt, daß viele der Änderungen, die sie vorschlägt, beträchtliche Schwierigkeiten für die Mitgliedstaaten mit sich bringen werden und daß die notwendigen Anpassungen Zeit erfordern. Die Vorteile des großen expandierenden und anpassungsfähigen Marktes sind aber ... so bedeutend, daß sie unseren Bürgern nicht vorenthalten werden sollten, nur weil einzelne Mitgliedstaaten vor Schwierigkeiten gestellt sind.“ (15)

Die Vorteile des gemeinsamen Marktes scheinen den verschiedenen Bürgern jedoch sehr verschieden zugute zu kommen.

Allem Anschein nach wird die Anpassung auf dem Niveau eines kleinsten gemeinsamen Nenners stattfinden und die Kontrolle durch die EG-Bürokratie in Brüssel lediglich den Lobby-Interessen gerecht werden. Solange also das Straßburger Parlament keine legislative Macht erlangt, wird den nationalen parlamentarischen Kontrollen Macht entzogen und dem Einfluß des Großkapitals Macht gegeben.

(*Zitate aus dem EG-Weißbuch sind gekennzeichnet und mit Artikelnummer versehen*)

Diese Zusammenhänge stellte übrigens Harald Schumann in einem SPIEGEL-Essay (27/88) hervorragend dar, hieraus ist auch der Titel „Markt ohne Staat“ entlehnt.

Neben einer Bearbeitung der Themen „Umweltpolitik“ und „Geldpolitik“ planen wir Gespräche mit EG-Parlamentariern sowie eine Podiumsdiskussion in Berlin und werden zu gegebener Zeit über unsere weiteren Ergebnisse berichten in einer Folge weiterer Beiträge.

Läuft bundesweit was zusammen?

fragte CONTRASTE in ihrer letzten Ausgabe und lud sämtliche Projekte/Verbände aus dem Selbstverwaltungsbereich zum großen Ratschlag auf Gut Kragenhof am 17.09.88 ein. 25 der Angefragten fanden das Thema denn auch wichtig genug und nutzen die Chance zur Diskussion über den „Mythos Vernetzung“.

Petra Inden

Red. Rhein/Main Vorab: es gab keinen Eklat! Nach dem heißen Streit in der letzten Zeit über die ICGA, die sich Anfang des Jahres konstituiert hat, machte man sich diesmal direkt auf die Suche nach den bisherigen Hemmnissen bundesweiter – aber auch regionaler – Vernetzung und deren Überwindung und nach dem direkten Handlungsbedarf für eine Kooperation. Dies alles unter der hervorragenden Moderation des „alten Selbstverwaltungshasen“ Bolle (Red. Berlin), für die wir uns an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich bedanken. Neben einer Zusammenarbeit im Weiterbildungsbereich, ganz praktischen Maßnahmen bezüglich gesellschaftlicher Bedingungen, die alle betreffen – waren vor allem die Voraussetzungen für eine solidere Basis einer Kooperation das Interesse der Anwesenden. Zudem muß der fortschreitenden Spaltung der Szene dringend Einhalt geboten werden, damit eine gesellschaftsrelevante Schlagkraft wiederhergestellt wird.

Zu den Hemmnissen bundesweiter und regionaler Vernetzung:

Die Innenorientierung der Projekte/Verbände ist der maßgebliche Faktor für eine bisher nicht oder kaum zustande gekommene Kooperation und Resultat folgender Defizite:

die Entwicklung **ökonomisch tragfähiger Strukturen** wurde vernachlässigt; infolgedessen sind die meisten Projekte in erster Linie mit dem eigenen Überleben, bzw. mit internen sozialen Problemen beschäftigt, wie z.B. immer noch ungelöste **Delegations- und Legitimationsprobleme, angekoppelt an Autoritäts- und Qualifikationsschwierigkeiten.** Damit verbunden ist die **Souveränität** zum Projekt und des Projekts, die zu unterschiedlichen **Machtverhältnissen** führt.

Die Kooperationsfrage war immer gleichzeitig auch Machtfrage, was auf die **Selbstvertretung** und die **mangelnde Bereitschaft,** Entgegengesetztes zu verstehen, zurückzuführen ist. Die bisherigen **Kommunikationsstrukturen** sind vollkommen unzureichend. **Das soziale Gefüge** in der Szene führt immer mehr zur Spaltung in ökonomisch erfolgreiche und sozial engagierte Projekte, die sich inzwischen gegenseitig bekämpfen. Hier entstehen politische Barrieren durch ein zunehmendes **Theoriedefizit, dem Mangel an Reflexion** und der sich ausbreitenden **Resignation.**

Die Überwindung dieser Hemmnisse kann nur erfolgen über:

eine Infragestellung der Innenorientierung im Zusammenhang mit der Aufforderung, sich an politischen Aktivitäten zum Umbau der gesamten Gesellschaft zu beteiligen; wie z.B. die Forderung nach Bereitstellung finanzieller Ressourcen für soziale und ökologische Projekte, also die Forderung nach **projektübergreifenden** Lösungen. Ein **Kommunikationstraining** ist dringend notwendig, damit Informationen überhaupt weitergeleitet werden, Menschen lernen, miteinander zu reden, zuzuhören, zu erklären und das nötige Selbstbewußtsein entwickeln, damit auch größere Treffen stattfinden können.

Handlungsbedarf wurde in folgenden Punkten festgestellt:

Es bedarf einer bundesweiten **Vertretung** für Selbstverwaltung, sowohl innen- als auch außenpolitisch zwecks Formulierung politischer Forderungen. **Informationen** sollten an einer Stelle zusammenlaufen und abrufbar sein. Die **Organisation bundesweiter Diskussionsforen** ermöglicht die Zusammenführung verschiedener Entwicklungselemente der Selbstverwaltung. Praktische, branchenübergreifende Kooperation ökonomischer und technischer **Entwicklungsprojekte** kann im Hinblick auf die Öffnung des EG-Binnenmarktes eine große Rolle spielen und sollte von daher gefördert werden. Das gleiche gilt für die immer noch ungelöste Frage der **Rechtsform** Selbstverwalteter Betriebe; hier steht z.B. die Novellierung des Genossenschaftsgesetzes zur Debatte. Probleme der **Finanzierung,** der **Betriebsverfassung,** etc. sollten bundesweit diskutiert und gelöst werden. Ebenso ist eine **übergreifende Weiterbildung wünschenswert, sowie die Finanzierung von Leuten, die sich langfristig mit Projekten beschäftigen, die zunächst kein Geld einbringen. (z.B. Studien, Forschung). Letztendlich ermöglicht eine Lobby,** daß die Selbstverwaltung wieder zum gesellschaftsrelevanten Thema wird. Die Spaltung der Szene muß verhindert werden.

Es gab zunächst keine Verbandsgründung; stattdessen wurden ganz praktische Vorschläge zur Kooperation gemacht, die von verschiedenen Projekten vorbereitet werden. So z.B. die Wiederholung der Wintertage oder von CONTRASTE vorgeschlagene weitere Treffen.

Die Anwesenden:

- aus dem Dienstleistungsbereich: Graphische Betriebe, die Ausbildung in Selbstverwaltung, Bremen; BAG Netzwerke; Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens; Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung; Verband der Selbstverwalteten Betriebe, Hessen; Netzwerk Hamburg; Frauen-Netzwerk, Berlin; Frauen-An-Stiftung als Teil der Grünnahen Stiftung.
- aus dem Diskussions-Foren-Bereich: Bund Deutscher Pfadfinder; VLB linker Buchhandel; Redaktion Süd-West; Initiative Arbeitskreise/Hessen; TAK- AÖ; Nürnberger Alternativtopf; CONTRASTE; Arbeitskreis Alternative Autonome Frauen, Berlin.
- ökonomische Vernetzung: Verbund der Selbstverwalteten Fahrradläden; Projekt Heizungsbau; Bundestreffen der selbstverwalteten Schreiner; GBI; Weiberwirtschaft, Berlin; Verbund der Selbstverwalteten Fairsicherungsläden.
- Lebensgemeinschaft mit Unternehmerverband: Riedmühle

AK Grüne und Selbstverwaltung in Frankfurt gegründet

Red. Rhein/Main Am 15.09.88 trafen sich mehrere Selbstverwaltete Betriebe und Organisationen zum Gründungstreffen des Arbeitskreises. Politische Forderungen an die Gesellschaft sollen in Zukunft gemeinsam mit den Grünen ausgearbeitet werden und an die Stelle für Selbstverwaltung (Ursula Brockner) der Fraktion die GRÜNEN nach Bonn weitergeleitet werden. Leider waren viele Grüne wegen der Vorbereitung der Kommunalwahl verhindert; mehrere haben allerdings ihr Interesse bekundet (bis hinein ins Sauerland) und sich zum nächsten Treffen angemeldet; so z.B. die GRÜNEN im Landtag; Daniela Wagner-Petzold und Herbert Reh. Folgendes ist für die künftigen Treffen vorgesehen: eine Diskussion zum Thema „die GRÜNEN und ihre Vorstellungen zum Arbeitskreis“, zum Thesenpapier „Ökologischer Kapitalismus? oder Ökologische Reformpolitik?“ (Ulrich Briefs, Fraktion die GRÜNEN im Bundestag), zur Studie über die Selbstverwalteten Betriebe/Hessen von Frank Heider, Margret Mevissen, Burkhard Bluem und zum Thema „Öffnung des Binnenmarktes 1992, wie können gemeinsame Strategien aussehen?“

Im Zusammenhang mit einer Diskussion über das Selbstverständnis der Selbstverwaltungsszene wurde auch die Möglichkeit einer Urabstimmung angesprochen, wie es die „Grüne Aufbruch“-Gruppe momentan zwecks Wiederbelebung der Partei versucht. Da auch die Gewerkschaft dieses Mittel schon lange benutzt, wäre zu überlegen, ob sich durch dieses Verfahren nicht eine Art Bestandsaufnahme realisieren läßt, die nichts „festkloppen“ will, sondern eine Basis für weitere Gespräche bietet. Allerdings war dies auch im AK noch recht umstritten.

Geplant und bereits abgesprochen sind ebenso regelmäßige Treffen mit Ursula und anderen Referenten, um einen regelmäßigen Austausch zwischen Hessen und Bonn bezüglich des Themas zu gewährleisten. Vielleicht ließe sich irgendwann eine Bundesarbeitsgemeinschaft gründen, wenn auch in anderen Regionen solche AK's forciert werden.

Petra Inden

Weitere Informationen bei Ulli (blätterwald) & Petra (CONTRASTE) beide Tel. (06171) 7 80 11

CONTRASTE-Verein

Ordentliches Mitglied kann jede/r werden, der/die sich **aktiv** für die Ziele des Vereins einsetzt. Über die Aufnahme entscheidet die Mitgliederversammlung.

Der Jahresbeitrag beträgt 36 DM. Ordentliche Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung umsonst.

Fördermitglied kann jede/r werden, der/die Ziele des Vereins fördern will, ohne sich im Verein zu engagieren. Über die Aufnahme entscheidet der Vostand.

Der jährliche Förderbeitrag beträgt 72 DM und mehr. Fördermitglieder erhalten die Zeitung ebenfalls kostenlos. Für Betriebe/Projekte beträgt der Richtsatz 200 DM und mehr.

Aufnahmeanträge sind mittels untenstehenden Coupon an CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg zu richten.

Fördermitgliedschaft

O Ich möchte unbedingt Fördermitglied bei CONTRASTE - Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V. werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM) .....DM pro Jahr. Es macht mir nichts aus, jeden Monat CONTRASTE umsonst zugeschickt zu bekommen.

O Schickt mir erstmal Eure Satzung

O Ich bin schon Abonnent, will aber trotzdem jeden Monat kostenlos CONTRASTE zugeschickt bekommen. Darum möchte ich **erst** mein Abonnement kündigen und **dann** Fördermitglied werden. Mein Mitgliedsbeitrag ist (mindestens 72,- DM, für juristische Personen 200,- DM) .....DM pro Jahr.

Unterschrift: ..... **Datum:** .....

Vorname, Name: .....

Straße und Wohnort: .....

Bitte ausfüllen und einsenden an:
CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20; 6900 Heidelberg 1

Jeder für sich und die Gewerkschaft gegen uns alle

Informationen, Hintergründe und Anmerkungen zu einem Werkstattgespräch „Lokalradio" im DGB-Bundesvorstand Düsseldorf

Red. Heidelberg Die Abteilung „Medien, Kultur und Freizeit" im DGB hatte sowohl Gewerkschafter aus den unterschiedlichen Landesbezirken als auch „Radiopraktiker" aus dem liberalen/alternativen Bereich geladen; Ziel einer solchen Gesprächsrunde sollte es sein, gewerkschaftliche Ansätze für eine Mitgestaltung im (privaten) Hörfunksektor zu sichten und dementsprechend Handlungsperspektiven zu gewinnen.

Matthias Lahmann

Eine recht gemischte Riege an ReferentInnen fand sich dort auf bequemen Drahtsesseln hinter schweren Konferenztischen wieder, umgeben von dezenter Nußbaumtäfelung. Von den HARDLINERN der Alternativfunker (Radio Dreyecklang) über öffentlich- rechtliche Versuche im Lokalfunk (Radio Dortmund) bis hin zu SPD-nahen Kommerzsendern (Radio Neufunkland) und dem unterhaltsamen Heimatfunk (Neue Welle Ostallgäu) waren **die** Projekte vertreten, denen zumindest ein **inhaltliches Engagement** an ihren Sendungen und Programmen nachgesagt werden kann.

Das mag wohl auch das Auswahlkriterium der Veranstalter gewesen sein; Studienprojekte der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung beschäftigten sich seit längerem mit der Entwicklung auf dem privaten Hörfunksektor und nahmen im Laufe ihrer Arbeit Kontakt zu den in Düsseldorf eingeladenen Sendern auf.

Die anwesenden Stationen sollten in loser Folge über Programmstruktur, personelle Entwicklung, Kontakte zu Gewerkschaften und Finanzrahmen ihrer Sender referieren, sicher ein interessanter Informationsaustausch auch für die anwesenden DGB- Sprecher und -Beauftragten der einzelnen Bundesländer.

Die Gewerkschaft gegen alle?

Trotz aller Offenheit und formulierter Kritik hing über dem hehren Anspruch der Veranstaltung einer Rauchwolke aus Kumpanei, Gewerkschaftsklüngel und Finanzierungssumpf. Was war geschehen? Nachdem Einzelgewerkschaften und DGB seit Jahren die Distanzierung zur Entwicklung der privaten Medienlandschaft forderten und den Kampf (moralisch integer, aber realitätsfern wie oft) für die Vorherrschaft des öffentlich-rechtlich organisierten Rundfunks auf allen Podien ausfochten, drang im Juli dieses Jahres „an Volkes Ohr" die Meldung eines Finanzierungsskandals:

Überregionale Tageszeitungen, voran die taz (**Neue Heimat in den neuen Medien?**) berichteten von einem Deal, der auch hartgesottene und leiderprobte Gewerkschaftsfunktionäre in Rage versetzen mußte (nach dem Motto: Um Himmels Willen, wie erzähl ich's meiner Basis !?!?!?).

Hand in Hand mit der Gewerkschaftsholding BGAG (NEUE HEIMAT usw.) hat die hauseigene Firmentochter VERMO Vermögensgesellschaft mbH, Frankfurt einen Kredit in Millionenhöhe an eine Radioholdinggesellschaft bewilligt, die neben der Finanzierung SPD-naher Sender auch Anteile an Stationen hält, bei denen Springer, Holtzbrinck und andere Großverleger beteiligt sind.

Der Klassenfeind wird finanziert

Daß hier die gewerkschaftliche Basis so leicht nicht mitspielen würde, muß den Beteiligten, allen voran Hans Matthöfer von der BGAG, von vornherein klar gewesen sein; wie sonst ist es zu verstehen, daß dieser Handel unter strenger Geheimhaltung ablief und daß sich die Pressestellen der Gewerkschaftseinrichtungen äußerst überrascht von dieser Tageszeitungsmeldung zeigten?

Wenn man an das so oft gehörte gewerkschaftliche Gerede von dem „Verhindern- Müssen des Sündenfalls" (Gemeint waren die Privaten Medien ...) denkt, fällt einem schnell der vor kurzem aufgedeckte Skandal um die SPD- Finanzierungshilfe an die (so oft als „Klassenfeind" verschrieene!) FDP ein, die 1969 als Koalitionspartner „gekauft werden mußte" (?).

Gerade den alternativen ProjektreferentInnen unter den anwesenden Radios mußte es übel aufstoßen, daß die Entscheidung zur gewerkschaftlichen Kreditvergabe an die Kommerzsender in ähnlich nett getäfelten Räumen auf ähnlich bequemen Polstersesseln gefällt wurde, auf denen sie jetzt saßen. (War die Entscheidung vielleicht sogar im gleichen Haus ... DGB-Bundesvorstand ... gefallen?)

Alle alternativen Projekte hatten natürlich versucht, ihre äußerst schmalen Finanzbudgets mit Hilfe regionaler Gewerkschaften aufzubessern und wurden immer wieder vertröstet.

Jeder hat sein Schicksal in der Hand

Wie es tatsächlich bei den Alternativen derzeit aussieht, wurde nach den Vorträgen von Traudel Günnel (RADIO DREYECKLAND), Ilona Mahrenbach (RADIO 100, Berlin) und Jürgen Schäfer (RADIO Z, Nürnberg) schnell deutlich.

Natürlich können diese Projekte keine angemessenen Gehälter zahlen; selbst in Berlin (sendet seit 18 Monaten) ist das legendäre taz-RedakteurInnen-Gehalt noch nicht erreicht, geschweige denn eine tarifgemäße Bezahlung (staunendes Kopfschütteln bei den anwesenden Gewerkschaftern ...). Die bescheidenen Jahresetats (250.000 DM (RDL) bis 500.000 DM (100) für 4-8 Stunden tägliche Sendezeit) lassen weder ein bezahltes Korrespondenznetz zu, noch können mit ihnen Beiträge freier MitarbeiterInnen finanziert werden.

Allen Projekten ist der ständige Kampf um den Sendeplatz gemeinsam:
Das endlich (legal!) sendende RDL muß eine gerichtliche Auseinandersetzung Anfang Oktober fürchten, bei der es um den Ausbau seiner Sendezeit geht (RDL will eine Gesamtfrequenz, also 24 Stunden)
RADIO Z fordert nach Zusammenbruch eines kommerziellen Mitanbieters auf gleicher Frequenz die so notwendige Ausweitung der Sendezeit von 3 auf 8 oder mehr Stunden;
RADIO 100 erinnert sich nur ungern an die Auseinandersetzungen mit seinem Mitanbieter „SCHAMONIFUNK" und den daraus resultierenden Ärger mit der Berliner Medienzentrale.

Die ständige Raumnot, die Materialknappheit von Tonbändern und Reportergeräten, die Bemühungen, unbezahlte MitarbeiterInnen zu motivieren machen zwar erfinderisch, behindern aber eine kontinuierliche und auf inhaltlichen „Tiefgang" bedachte Redaktionsarbeit; und hier liegt der Anspruch vieler Alternativlinge an ein linkes Medium und auch **der Grund** für die „radiotischen" Mühen vor Ort ... Während sich RDL bei der Finanzierung seiner Aktivitäten immer noch auf eine HörerInnenbeteiligung (Trägerverein) verläßt, haben RADIO Z und RADIO 100 neue Wege beschritten: Ohne Werbung geht nichts mehr; allerdings gibt es da ganz klare Grenzen: Werbung muß als solche erkennbar sein, „Rüstung", „Porno", „Frauenfeindlichkeit" und dergleichen bleiben außen vor. Die bisherigen Einnahmen ließen die beiden Sender zwar überleben, die „große Sanierung" ist aber wahrlich nicht abzusehen.

Alles wird verkauft, was verkaufbar ist

Da muß ein Sender wohl auch ganz anders einsteigen: Helmut Simon, Zahnarzt und SPD-Stadtrat in Kaufbeuren, erläuterte in diesem Zusammenhang die Geschäftsphilosophie seines Senders, der **Neuen Welle Ostallgäu (NWO).** NWO muß sich mit einem Jahres- Etat von 1 Mio. DM für eine 24 Stunden-Frequenz zufriedengeben. Mit dem Argument, Arbeitsplätze erhalten und „schwarze" Zahlen schreiben zu wollen, organisiert der Sender jegliche Art von legal erlaubter Werbung ... und da gibt es in Bayern so manches: Moderatoren - vorgetragene Werbung, Sponsorwerbung (Die Zeit von Kienzle und das Wetter von KNIRPS), moderierte Sendungen über Produkthersteller (zur Anpreisung ihrer Produkte selbstverständlich ...) usw. Wenn die redaktionelle Betreuung von Nachrichtensendungen im eigenen Haus zu kostenaufwendig wird, müssen eben Satellitenangebote eingespeist werden. Und da ein Teil der Belegschaft von NWO Gesellschaftsanteile am Sender innehält, steht der Arbeitskampf so schnell auch nicht ins Haus.

Eine Vertreterin der öffentlich-rechtlichen Redaktionen konnte einem solchen Modell der Mit- oder Selbstbestimmung allerdings nicht besonders viel abgewinnen, wenngleich sie der spontanen Gegenfrage von Helmut Simon „wie kann denn sonst ein kleiner Sender im ländlichen Raum finanziert werden?" etwas hilflos gegenüberstand.

So sendet also NWO (von Simon als „ein eher unterhaltsamer Heimatfunk" eingestuft) wie seit Jahren weiter, wohl lokalengagiert und mit alemannischem Kolorit.

Noch deutlicher, als es ums Geld ging, wurde Ulrich Hürter, Geschäftsführer jener Radio-Holding, die (s.o.) von Gewerkschaftsgeldern favorisiert wurde. Er erläuterte (sehr knapp, leider!) die Geschäfte seiner Holding und betonte, daß es bei allen Beteiligungen und Investitionen im wesentlichen darum ginge, den Zweck des Unternehmens im Auge zu gehalten, nämlich: „GELD VERDIENEN". Leider konnte kein neutraler Beobachter den Angst- oder Wutschweiß auf den Stirnen der anwesenden Gewerkschafter und Genossen erkennen: Hatten **die** eigentlich verstanden, was der junge, forsche etwas flapsige junge Mann dort gesagt hatte? Der EX-Jusofinanzchef sprach nicht nur für eine möglicherweise obskur erscheinende Wirtschaftsholding, sondern vertrat ja auch den SPD-nahen Reutlinger Regionalsender RADIO NEUFUNKLAND. Dieser hatte sich bis jetzt immer dem Anspruch verschrieben (ähnlich dem LINKSRHEINISCHEN RUNDFUNK), politisch engagiert zu arbeiten und sich positiv von den sogenannten „Verleger-Radios" absetzen zu wollen. Wie verstand sich das zu der in der taz (s.o.) zitierten Hürter'schen Aussage „Bei uns sind die Strukturen eher klassisch und konservativ."? Leider kam es zu keiner Diskussion dieser offensichtlichen Differenzen: Herr Hürter war nicht mehr verfügbar nach dem Mittagessen als auch weitergehende Fragen gestellt werden durften.

Mit vollen Händen

Wie die Finanzierung und Organisation eines lokalen Sendebetriebes gut abgesichert aussieht, führte Gerald Baars vom Landesstudio Dortmund vor.

Hier wird als öffentlich- rechtliches Modellprojekt Erfahrung gesammelt mit Bürgernähe und – Akzeptanz. 24 Stunden tägliche Sendezeit wird mit einem Jahresetat von 6,3 Mio. DM bestritten, 37 feste MitarbeiterInnen (natürlich tariflich bezahlt) und 100 freie JournalistInnen regeln einen interessanten und, wie es scheint, sehr gut von der Hörerschaft aufgenommenen Redaktionsbetrieb. Dortmund fühlt sich angesprochen, kann in Sendungen eingreifen, mitgestalten. Themen werden an lokalen Konflikten, Problemen und Interessen entwickelt. Ein Beispiel, das Schule machen sollte.

Geld kann aber auch ganz anders mit vollen Händen ausgegeben werden. Auf dieser Tagung machte das das Beispiel KORAH Hamburg auf fatale Weise deutlich: Von den Hoffnungen, als privater Sender den öffentlich-rechtlichen Programmen Konkurrenz zu bieten, ist nicht viel übriggeblieben. Der ehemalige Chefredakteur Karsten Uwe Pieper (man merkte ihm noch die Trauer nach dem verlorenen 11.000 DM-Gehalt an) schilderte den langsamen und unaufhaltsamen Abstieg eines Radio-Modells, welches mit voller Anstrengung (zum Schluß 30 festangestellte MitarbeiterInnen) und starkem Geldeinsatz (Die Bezahlung orientierte sich fast am öffentlich-rechtlichen Niveau) an zweierlei Dingen scheiterte:

1. Der Konkurrenzdruck der anderen Sender der Region war zu stark, wenn es um die Aquirierung von Werbezeiten ging (Nach Aussage von Pieper blieb KORAH von Anfang an erschreckend weit hinter seinen eigenen Erwartungen zurück... Wie konnte dann die Geschäftsführung einen weiteren Sendebetrieb verantworten?)
2. Durch die Struktur (auf der einen Seite Anbietergemeinschaft, auf der anderen Seite Betriebsgesellschaft) lag Programm-, Finanz- und Personalhoheit nicht in einer Hand; dies schien des öfteren zu endlosen Diskussionen zu führen, die nur mit Kompromissen gelöst werden konnten. Soweit Karsten Uwe Pieper.

Wer sieht schon gern rote Rücklichter?

In der anschließenden Diskussion wurden den anwesenden Gewerkschaftern von verschiedener Seite schwere Vorwürfe gemacht: Gerade sie (in den Landesverbänden, in den Mediengremien) hätten darauf achten müssen, den „Zug der Zeit" nicht zu verpassen. Die **aktive Teilnahme** an der Gestaltung der neuen Medien und auch deren Begrenzung hätte höchste Priorität gefordert:

- Hatten es nicht auch die Gewerkschafter in trauter Zusammenarbeit mit bestimmten politischen Gruppierungen und Parteien zugelassen, daß die Chance eines kritischen und offenen „öffentlichen" Rundfunk verpaßt wurde, zugunsten engstirnigen Proporz- und Ausgewogenheitsdenkens ...?
- Hätten sich die Gewerkschafter nicht vehementer für eine Regionalisierung/Lokalisierung des öffentlichen Rundfunks einsetzen können, der bissig und direkt den Bedürfnissen der BürgerInnen in der Kommune zugute kommt? Manches alternative Radioprojekt hätte nie an eigene Lizenzwünsche gedacht, existierte so etwas nicht nur in wenigen Modellprojekten ...
- Hätte von Seiten der Gewerkschaft nicht viel stärker auf die Durchsetzung kritischer Rundfunkkonzepte gedrängt werden sollen, wie sie zumindest in SPD-regierten Ländern als Vorlagen zu den Landesmediengesetzen in den Schubladen lagen? So wäre die (tarifgerechte!) Finanzierung kritischer, lokaler Bürgerkanäle durchaus durch einen Anteil der Werbeeinnahmen der privat/kommerziell wirtschaftenden Sender denkbar gewesen.

Weder im Saarland noch in Hamburg oder NRW schien der SPD ene solche Lösung möglich; eine traurige, aber wahre Entwicklung.

Man konnte den anwesenden Gewerkschaftern nur wünschen, sich nach diesem Informationsaustausch in Düsseldorf ans Hirn zu fassen und ihren Brüdern und Schwestern in Spitze und Basis ins (schlechte?) Gewissen zu reden.

Jeder für sich?

Einer der positiven Aspekte zeichnete sich am Schluß der Tagung ab:
Den alternativen Projekten fiel einmal mehr auf, wie wichtig angesichts der bedrohlichen Entwicklung im Medien- /Hörfunksektor (Aufkauf von Frequenzen durch Großkonzerne, Installation von privaten Satellitennetzen, Vermarktung jeglicher Privatsphäre etc.) das Zusammenrücken unter den einzeln vor Ort kämpfenden Projekte ist.

Der schon lang besprochene Austausch von Programmen, der Aufbau eines Korrespondentennetzes und die gemeinsamen Versuche zur Werbekunden-Aquisition wären die ersten Schritte, die die „Not" der Projekte gebietet.

Bissige Bermerkung zum Schluß:
Manchem der „HARD-CORE-PROJEKTLER" mag bei der An- und Rückreise, die per 1. Klasse von der Gewerkschaft finanziert wurde, ein Rechenexempel übel aufgestoßen sein: Zählt man das Geld für die Reisekosten und die Bewirtung der über 40 TeilnehmerInnen zusammen, so hält man eine Summe in Händen, mit der Sender wie DREYECKLAND oder RADIO Z fast einen Monat lang Programm machen können ...

Wir haben das komplette Lieferprogramm!

Schreibwaren und Geschenkartikel aus vup-Umweltschutzpapier.

Briefumschläge - Versandtaschen - Briefpapier - selbstklebende Etiketten - Computerpapier - Schreibunterlagen - Papiertragetaschen - Schreibgeräte - Kalender - Formulardrucke - Geschenkpapier - . . . und vieles mehr

Katalog anfordern (3.- DM in Briefmarken) und staunen!

blätterwald e.G.
Vertrieb von umweltfreundlichen Produkten
Groß- und Einzelhandel

blätterwald

Niederurseler Str.7
Postfach 29
6370 Oberursel 5
Tel.: 06171/78011

Kurzmeldungen

Überbetriebliche Modelle wirtschaftlicher Selbstverwaltung. Der Theoriearbeitskreis Alternative Ökonomie plant für den 10.2. bis 12.2.1989 ein Seminar dazu. Auch ein Schwerpunktthema in der CONTRASTE wird angestrebt. Wer daran mitarbeiten möchte, oder interessante Ansätze nennen kann, wende sich bitte an Burghard Flieger, Erwinstr. 29, 7800 Freiburg, Tel.: (0761) 70 90 23. Bisher stehen im Mittelpunkt die Überlegungen von Otag Sik. Zu dessen Ansatz werden noch Aufarbeitungen in Medienform gesucht, vor allem eine **graphische** Zusammenfassung!

Medien und Bewegung Bewegung und Medien
Alternative Öffentlichkeit in der Krise?

Die Themen dieser Tagung, die vom 16. – 18.11.1988 in Saarbrücken stattfindet, sind:

- **Zur Theorie einer alternativen Öffentlichkeit** (Karl- Heinz-Stamm);
- **Zum Wechselverhältnis von kritischem Journalismus und der Dynamik neuer sozialer Bewegungen** (Robert Jungk);
- **Die taz – Innenleben eines alternativen Betriebs und das Wechselverhältnis zu neuen sozialen Bewegungen** (Thomas Hartmann);
- **Die Öffentlichkeitsarbeit von Greenpeace** (Hildegard Kunz);
- **Avanti – Konzeption der künftigen „Bewegungszeitung"** (Dieter Schöffmann/Bernd Ulrich);
- **Die Pressearbeit der Grünen** (Michael Schroeren angefragt);
- **Die Pressearbeit der grünen Bundestagsfraktion – Papierkorbfüller im Bonner Treibhaus** (Franz Stänner);
- **Die professionelle Pressearbeit der Friedensbewegung** (Andreas Zumach);
- **Initiative neue Zeitschrift für Schwule** (Andreas Salmen/ Albert Eckert);
- **Das Forschungsjournal Neue soziale Bewegungen – Fancine oder sinnvolle Zeitschrift zur Unterstützung der Bewegungspraxis?** (JuppLe-Grand).

Anmeldung an:
Forschungsgruppe NSB
c/o Thomas Leif
Taunusstr. 66
6200 Wiesbaden

MüllMagazin

Das „MüllMagazin", eine „Fachzeitschrift für ökologische Abfallwirtschaft, Abfallvermeidung und Umweltvorsorge" (so der Untertitel), ist jetzt mit einer Null- Nummer erschienen. Die neue Publikation soll vier Mal pro Jahr in einem Umfang von mindestens 48 Seiten vorwiegend über Aspekte aus dem Bereich der Abfallvermeidung informieren.

Das „MüllMagazin" richtet sich laut Herausgeber an Planer und Praktiker der Abfallwirtschaft, kommunale und politische Entscheidungsträger, öffentliche und private Forschungseinrichtungen sowie Umweltschutzverbände.
Schwerpunkt der Null- Nummer ist das Thema Umweltrecht. Heft Nümmer 1 soll im Oktober erscheinen. Ein Probeexemplar kann zum Preis von DM 6,- beim Herausgeber angefordert werden.

Adresse:
Institut für ökologisches Recycling e.V.
Redaktion MüllMagazin
Kurfürstenstr. 14
1000 Berlin 30
Tel. (030) 261 68 54

Belegschaftsmodell eingemottet

Die Werft Pohl & Jozwiak wird von Ex-Großwerften-Sanierer weitergeführt

Red. Hamburg Das Werftensterben hat an den norddeutschen Küsten fast das Tempo des Robbensterbens erreicht. Die Belegschaft einer mittelständischen Hamburger Werft war bereit, den Konkursbetrieb in eigener Regie als Genossenschaft weiterzuführen – falls sich kein klassischer Unternehmer findet. Es fand sich einer.

Uschi Linke
Detlef Weiher

Es überraschte nicht nur die Leitung und die Belegschaft der 120 Mitarbeiter zählenden Werft Pohl & Jozwiak, als im Januar die Bürgschaftskommission der Freien und Hansestadt eine Bürgschaft von läppischen einer Million versagte, für einen Betrieb dieser Größenordnung fast schon ein Taschengeld. Der Betrieb wurde im allgemeinen als gesund angesehen und konnte eine gute Auftragslage vorweisen – in der Schiffbaubranche bei weitem nicht alltäglich. Eines drückte aber, die Liquidität. Die Geschäftsleitung hatte sich bilderbuchmäßig verkalkuliert, ein Spezialbau wurde zu einem Festpreis abgeschlossen. Nach der Übergabe des Schiffes an den glücklichen Besitzer ermittelten die Kostenrechner ein millionenschweres Defizit. Der notwendige Kredit sollte über die öffentliche Bürgschaft abgesichert werden. Jetzt blieb nur der Gang zum Konkursrichter übrig.

Konkurs mit staatlicher Hilfe

Die Belegschaft wurde schnell aktiv. Protestmärsche zu den heiligen Hallen des Rathauses, öffentliche Akionen, die Medien wurden heißgemacht. Die Wut der Schiffbauer wurde dadurch angestachelt, daß plötzlich der Branchenriese Blohm & Voss Reparaturaufträge für Trawler annahm. Mit solch kleinen Fischen, auf die sich wiederum P & J spezialisiert hatten, gab sich die Großwerft bisher nicht ab. Kapazitätsanpassung mit staatlicher Nachhilfe auf Kosten der mittelständischen Werften?

Die Erbin

Die stille Beerdigung platzte jedenfalls, doch wie konnte der Kahn wieder flott gemacht werden? In der immer noch reichen Kaufmannsstadt fand sich eine Millionärin, genauer die Millionenerbin Christiane Muhs, die Kapital in den Betrieb investieren wollte, wenn denn der Senat Flankenschutz gewähren würde. Plötzlich brach der Damm, die Mittel flossen. 800.000 DM Zuschuß sagte der Senat zu, und wundersamerweise erwies sich eine 4-Millionen-Bürgschaft nicht mehr als unüberwindliches Hindernis. P & J gerettet? Die Belegschaft hoffte drei Wochen, immer wieder verzögerte sich der Vertragsabschluß mit Frau Muhs. Der Betriebsrat sollte erst kündigen, auch die Geschäftsleitung sollte gehen, neue Finanzlöcher wurden errechnet ... die Erbin sprang schließlich ab.

Chronologie zu Pohl & Jozwiak

1900	Gründung des Familienbetriebes Pohl & Jozwiak
1988	
Januar	Bürgschaftskommission versagt Bürgschaft
März	Konkursantrag wegen Illiquidität
Mai	Übernahme durch Millionärserbin Muhs fast perfekt
Juli	Übernahme gescheitert
August	Genossenschaftsgründung Gründung eines Unterstützerkreises
Ende August	Ex-HDW-Manager Henke zeigt sich an Weiterführung interessiert
15. Sept.	Senat gibt Zuschuß und Kreditzusagen, Henke führt P & J weitef.

Die Idee zur Genossenschaft

Wertvolle Wochen waren durch das Pokerspiel verloren worden. Nicht wieder wie das Kaninchen auf die Schlange starren, jetzt wurde der Plan der Übernahme des Betriebes durch die dort Arbeitenden geboren. Die Idee entstand bei einem Besuch der Stahlkocher in Rheinhausen. Der Betriebsrat Rudi Christian war sich mit dem Gesamtbetrieb einig: nur durch eine Genossenschaft können aktiv die Arbeitsplätze gerettet werden.

Das Eigenkapital der Genossenschaft in Höhe von 300.000 DM durch die Belegschaft aufzubringen. Jede/r sollte einen Anteil von ca. DM 4000,- zeichnen. Die Betriebsangehörigen hatten bereits 150.000 DM erbracht, der Rest sollte durch Lohnkürzungen innerhalb von 18 Monaten einbezahlt werden. Das rechnete sich immer noch günstiger als die Alternative Arbeitslosigkeit.

Überzeugte Genossenschafter oder gar Selbstverwalter waren die Werftler nicht, die pure Not zwang sie zu dieser Lösung. Lieber wäre ihnen gewesen, ein richtiger Unternehmer würde den Betrieb sanieren und weiterführen ohne Entlassungen, das betonte der Betriebsrat immer wieder. Aber auf keinen Fall wollten sie wieder irgendwelchen undurchsichtigen Kalkülen von Finanzjongleuren ausgesetzt sein. Die IBEK hatte nach grober Prüfung der Grunddaten positive Ansätze für einen künftigen Belegschaftsbetrieb gefunden, die Genossenschaft sollte bei weiteren Verhandlungen mit potentiellen Übernehmern den Joker spielen. Außerdem drängte der Konkursverwalter, ein prominenter SPD-Rechter aus Hamburg. Ende September sollte entschieden werden, die Genossenschaft wollte mitbieten bei der Veräußerung des Konkursbetriebes. Eine Initiative von Hamburger Prominenten und Leuten aus dem Dunstkreis der Universität unterstützte die Belegschaft beim Sammeln von Spenden. Ablehnend reagierte fast schon erwartungsgemäß die Gewerkschaft. Gegen eine Genossenschaft hätte man ja nichts, aber das Geschäftsrisiko dürfe sie auf keinen Fall tragen, so die Argumentation dort. Die bange Frage lautete: Würde der Senat seine früheren Hilfszusagen auch einem Belegschaftsbetrieb gegenüber bestätigen?

Der Chefsanierer kommt

Nun, dem Senat blieben ausnahmsweise Argumentationsverrenkungen erspart. Aus dem Nichts tauchte Norbert Henke auf der Bühne des Geschehens auf, an der Küste kein Unbekannter. Noch 1982 durften bei den Hamburger Howaldswerken Deutsche Werft AG durch sein Wirken als Vorstandsmitglied fast die Hälfte der 4.500 Beschäftigten den Gang zum Arbeitsamt antreten. In dieser Funktion wirkte er auch schon bei der Bremer Vulkan-Werft. Derzeit ist er Präsident des Verbandes für Schiffbau und Meerestechnik und, so wird gemunkelt, unterbeschäftigt. Einige Steine dürften bei seinem Auftritt polternd zu Boden gefallen sein. Die P & J-Leute hatten sich immer einen branchenkundigen Unternehmer gewünscht, und der Senat brauchte sich nicht mit sozialen Experimenten herumzuschlagen, die Bestehenden bringen ihn schon genug ins Schwitzen.

Die Stadtregierung ist bereit, die alten Zusagen auch gegenüber Henke aufrechtzuerhalten. Die Belegschaft ist mit dieser Lösung einverstanden, wird jedoch das Belegschaftsmodell – als letzte Möglichkeit zur Erhalt der Werft – in der Schublade behalten.

Politisch und kritisch

Ab Oktober neue Wochenzeitung für Stuttgart und Umgebung

Red. Südwest Parallel zum endgültigen Aus für das Prozess- und Beschlagnahmegebeutelte Stuttgarter *S 'blättle* und das (vorläufige) Ende der FAMM (Stuttgarter Frauenzeitung) gründet sich in Stuttgart ein „Verein zur Förderung einer anderen Stadtpresse e.V.", der heute, zwei Jahre später, im selbstverwalteten Verlag *extra BLATT (GmbH & Co KG)* mündet und ab Oktober eine Wochenzeitung herausgeben wird.

Zwar ist diese Entwicklung nicht exakt zeitgleich, jedoch im zeitlichen Kontext zu sehen, da auch die Stuttgarter Initiative für eine süd-deutsche Beilage der taz nach ersten Schwierigkeiten und wenig Unterstützung aus Berlin sang- und klanglos wieder vom Erdboden verschwunden ist. Stellt man dann noch fest, daß von den ehemaligen MacherInnen dieser Gruppen beim *extra BLATT* niemand vertreten ist, sondern ein bunt zusammengewürfelter Haufen aus den verschiedensten Zusammenhängen, wird die ohnehin schon spannende Geschichte einer Neugründung noch interessanter.

Andreas Küstermann

Daß sie rechtzeitig voneinander erfahren haben war ein Zufall – es hätte durchaus mehrere Initiativen für eine politische Wochenzeitung für Stuttgart und Umgebung geben können, was bei oberflächlicher Betrachtung erstmal erstaunt, da es in Form von *KETCHUP* und *Live* in Stuttgart schon zwei Stadtzeitungen gibt (monatliches Erscheinen), die vor allem den auch vom *extra BLATT* angestrebten großen Service-Teil mit Veranstaltungen unter die Leute bringen. Im Detail betrachtet ist allerdings der kulturelle Veranstaltungsteil der dominierende Faktor beider Stadtzeitungen und die Berichterstattung über anderes als kulturelles mehr geschliffen und gefällig denn eckig und kritisch. Genau hier setzt auch die Triebfeder und Motivation an, die den MacherInnen der neuen Stadtzeitung die Legitimation für ihr Tun gibt.

Aus einer nicht repräsentativen aber gezielt an potentielle LeserInnen gerichteten Umfrage im mittleren Neckar- Raum ergab sich, daß 50% der RücksenderInnen die existierenden Stadtzeitungen lesen würden, wenn sie politischer und kritischer wären, d.h. Bereiche wie Umweltschutz, Kommunal- und Landespolitik und ähnliches darin mehr vorkämen. So setzt sich auch ein großer Teil des Plenums der ca. 40 regelmäßigen MacherInnen nicht etwa aus verkappten JournalistInnen zusammen, wie man erwarten könnte, sondern mehrheitlich aus Menschen, die sich real für das Entstehen einer anderen Stadtzeitung einsetzen, ohne den eigenen Arbeitsplatz im Kopf zu haben. Im Gegenteil halten sich die „Profis" eher zurück und warten, bis die grobe Gründungsarbeit geleistet ist.

Auch die „etablierte" Stuttgarter Linke verhält sich nach Aussagen einiger MacherInnen eher ignorant bis garnicht. Woher dies im Detail nun wirklich kommt, können sich die *extra BLATT*-Leute nicht schlüssig erklären, zumal die selben Linken sich seit Jahren über die mangelnde Berichterstattung der taz aus dem Süden oder mittleren Neckarraum beschweren. Eine Bemerkung am Rande: „Hätte die Initiative für eine Stuttgarter taz mehr Biss gehabt, würde es das *extra BLATT* in seiner heute angestrebten Form nicht geben."

Folglich sollen auch die Hauptschwerpunkte Politik aus kommunaler Sicht, Kultur, Service-Teil (mit ausdrücklich auch anderen als nur kulturellen Terminen), Wirtschaft/Soziales, Ökologie und Sport sein.

Sport allerdings weniger in der Form des Abdruckes von Bundesligatabellen, sondern gerade in Stuttgart mit Blick auf die Verflechtungen personeller Art zur Politik (Brot und Spiele), aber auch Behinderten-Sport, Sport und Ökologie und ähnliches.

Eine Frauenseite ist vorläufig bewußt nicht geplant, da entgegen einer Ghettoisierung Frauenthemen oder sichtweisen die ganze Zeitung mit prägen sollen.

Die Darstellung dieser Themen und Schwerpunkte fand im vergangenen Jahr durch die vielfältigsten Veranstaltungen statt, die sowohl im kulturellen wie im politischen Bereich angesiedelt waren. Beispiele dafür sind Feten und Konzerte, aber als highlight sicherlich die lange vorbereitete Veranstaltung über Palästina zu den Stuttgarter Israel-Wochen mit Abdula Franghi, dem Vertreter der PLO in der BRD. Diese Veranstaltung „eröffnete" vom Termin her gesehen fast die Israel-Wochen, und war durch die ungewollte Aktualität durch den Aufstand der Steine im Gaza-Streifen die best besuchteste Veranstaltung. In den Medien wurde der Erfolg der als Selbstdarstellung des *extra BLATT'S* gedachten Veranstaltung allerdings größtenteils dem mitveranstaltenden *Theaterhaus* zugeschlagen, das wie immer geschickt verstand, sich mit der Arbeit anderer darzustellen.

Ähnlich wie die Themen und die Herangehensweise eine Weiterentwicklung vorhandener Stuttgarter Ansätze sein sollen, scheint mir auch die praktische, handwerkliche Herangehensweise eine Weiterentwicklung oder zumindest ein wesentlich anderer Ansatz zu sein, wie man sie gemeinhin bei Projekten dieser Art gewöhnt war:

Die Betroffenenberichterstattung ist dem professionellen Ansatz gewichen und demzufolge sollen von Anfang an 9 RedakteurInnen, davon 6 Ganztagesstellen, die eigene und die Arbeit der 30-40 „Freien" koordinieren. Was allerdings nicht bedeutet, daß die Zeitung nicht auch eigene Initiative ergreifen will oder bestehende Aktivitäten unterstützt. Abzuwarten bleibt auch, inwieweit sich die Berichterstattung „aus dem Herzen der Bestie", dem Prozeßbunker in Stuttgart Stammheim, hier regelmäßig niederschlägt und einer breiteren Öffentlichkeit anders als durch Parolen und Flugblätter zur Kenntnis gebracht wird.

Finanziert sollen die durch diesen Ansatz sofort entstehenden hohen Kosten (72.400 DM/Monat) von Werbeeinnahmen, die im „Idealfall" 3/5 der wöchentlichen Kosten decken sollen, dies bedeutet, daß 7 von 28 Seiten Werbung sein werden, und dadurch pro Exemplar 10.000 DM erwirtschaftet werden, zusätzlich zum Verkauf. Ob allerdings dieser wirtschaftliche Erfolgsdruck die zu erwartende Auseinandersetzung mit Werbung in Grenzbereichen positiv beeinflußt, muß sich erweisen.

Die Nullnummer ist zum Erscheinen dieser CONTRASTE-Ausgabe mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren schon im mittleren Neckarraum verteilt worden – ab Oktober erscheint das *extra BLATT* dann regelmäßig donnerstags.

Die Redaktionsadresse für Artikel oder weitergehende Informationen zum Projekt ist:
extra BLATT
Wochenzeitung für Stuttgart und Umgebung
Sickstr. 36
7000 Stuttgart 1

Tatort Schreibtisch
Fortsetzung von Seite 1

fen, die ein gemeinsames Vorgehen gegen Repression erschwert. Gerade bei Diskussionen, wie z.B. um die „Schüsse auf der Startbahn", Solidarität mit Gefangenen usw. wird immer wieder deutlich, daß wir uns sehr wohl bewußt sind, daß ein freier Meinungsaustausch in diesem Land nicht möglich ist und man mit Verfolgung und Kriminalisierung zu rechnen hat. Daraus folgt jedoch oft nicht Solidarisierung, sondern es wird begonnen, sich von Inhalten zu distanzieren. Die Spaltung schränkt die politische Handlungsfähigkeit ein und isoliert Betroffene.

Recht auf Widerstand

Rolf Gössner erklärt in seinem Handbuch zur Verteidigung der Bürgerrechte „Widerstand gegen die Staatsgewalt" die Bürgerrechte sowohl als Schutz gegen staatliche Eingriffe als auch als Waffen zum politischen Kampf. Dieses Recht auf Widerstand und Opposition scheint in diesem Land immer wieder in Vergessenheit zu geraten.

In diesem Schwerpunkt versuchen wir, eine Bestandsaufnahme der Zensur- und Repressionsmaßnahmen zu machen. Zunächst berichten Betroffene, die im Bereich Print- Medien arbeiten, über ihre Erfahrung und Einschätzung der staatlichen Vorgehensweise. Da der Staat inzwischen an jeder Stelle eingreift, reicht die Spanne von AutorInnen über SetzerInnen bis zum Buchhandel. Jo vom Neuen Malik Verlag vertritt die Position, daß es notwendig ist, daß sich etablierte Verbände an Anti- Zensurmaßnahmen beteiligen. Ein Mitarbeiter vom Gegensatz schildert die ökonomischen Auswirkungen von Repression. Das Interview mit dem Gegendruck zeigt die Willkürlichkeit im Vorgehen der Justiz. In der nächsten CONTRASTE-Ausgabe wird eine Stellungnahme der linken Hamburger Buchläden, die sich gegen Repression zusammengeschlossen haben, und ein Interview mit dem Aurora Vertrieb Berlin folgen.

Der ID serviert mit seinem „Zensur Cocktail" eine bunte Mischung von repressionsmaßnahmen. Wir haben bewußt darauf verzichtet, schon konkret zu analysieren, sondern möchten eine Diskussion um eine gemeinsame Vorgehensweise anregen, innerhalb der Linken und auch all derer, für die eine Publikationsfreiheit Voraussetzung ihrer Arbeit sein sollte. Der Artikel „Testfeld Bayern" macht deutlich, wohin die Entwicklung geht.

Verbund Gegenöffentlichkeit

Der Schwerpunkt „Tatort Schreibtisch" ist Teil einer Aktion zur Buchmesse '88 unter dem Titel „Wir beißen auf den Maulkorb". Die Idee zu dieser Aktion unter dem Trägerkreis „Verbund Gegenöffentlichkeit" entstand auf dem Treffen alternativer Medien in Darmstadt im Juli dieses Jahres. CONTRASTE möchte die Auseinandersetzung um die Möglichkeiten eines solchen Verbundes forcieren. Mit der Ausstellung „Verbotene Schriften", die Hermann im Interview vorstellt, und einer Podiumsdiskussion „Was tun gegen die Staatsgewalt" (Programm siehe Kasten) hoffen wir einen Ansatzpunkt für mögliche Strategien gegen Zensur und Repression zu bieten.

Auch die Buchmessenbesucher werden einmal die Chance haben, Zensiertes zu Gesicht zu bekommen. Mit dem Buch „Der Weg zum Erfolg – 2000 Jahre RZ" präsentiert der Verbund Gegenöffentlichkeit Zensiertes zum Anfassen direkt auf der Buchmesse. Die Reaktion wird mit Spannung erwartet.

Testfeld Bayern

Die Spaltung in „GewalttäterInnen" und Demokraten hat gegriffen

Red. Kassel Im Rahmen der bundesdeutschen Repression zeigt Bayern nicht nur rigidestes Vorgehen gegen HausbesetzerInnen. Bereits 1981 fand die Massenverhaftung im KOMM in Nürnberg statt. Ca. 150 Anwesende wurden mit vorgedruckten Haftbefehlen eingelocht.

Ähnliches Vorgehen zeigte der Staatsschutz im November '86 als eine Veranstaltung zur Situation der politischen Gefangenen in der BRD mit ca. 120 TeilnehmerInnen bei Beginn mit 300 Staatsschützern gestürmt, nachträglich verboten und alle Anwesenden durchsucht und kontrolliert wurden. Eine Veranstaltung zu Palästina wurde im März '87 unter ähnlichen Maßnahmen verhindert.

Peter Soest

Angegriffen wurden und werden hier der radikale und/oder antiimperialistische Widerstand. Einige Betroffene haben im Mai '88 erst ihre 150-seitige Anklageschrift (§ 129a) erhalten.

Durch das faktische Veranstaltungsverbot der letzten Jahre in München und Bayern wird versucht, öffentliche Diskussion über widerständiges Verhalten zu kriminalisieren. Durchbrochen wird dieses Vorgehen, wenn profilierungsneurotische oder karrieregeile Schergen der Staatsparteien aus der Reihe tanzen. Dann kann auch das Amtsgericht in München nicht mehr anders, als eine Veranstaltung zu Gentechnologie zu genehmigen, die erst vier Stunden vor Beginn vom Kreisverwaltungsreferat verboten wurde – eine nicht anmeldepflichtige Veranstaltung wohlgemerkt. In diesem Fall wird tief in die publizistische Westentasche gegriffen und nocht Tage darauf von der „liberalen Münchner Linie" herumposaunt.

Zur Gentechnologie und den Verhaftungen von Ingrid Strobl und Ulla Penselin fanden in der BRD bereits Monate vorher Veranstaltungen statt. Daß diese in der BRD ohne Schwierigkeiten ablaufen konnten, lag wohl an den breiten Bündnissen, die in München nicht zustande kommen. Hier hat die Spaltung in „GewalttäterInnen" und „Demokraten". die seit Jahren betrieben wird, gegriffen. Damit wird militanter Umgang d.h. radikale Kritik und Aktion verschiedenster Themen angegriffen.

Backe, backe Kuchen der Zensor war am suchen

Zu einem dritten bayrischen Spezifikum können einige linke Betriebe ein Kapitel schreiben: Druckerzeugnisse, deren Inhalt nach Meinung der Staatsanwaltschaft gegen §§ des Stgb. verstoßen, z.B. Schriften oder Plakate zum VoBo, die Zeitschriften Freiraum und Radikal dürfen nicht verkauft werden, auch wenn sie nicht verboten wurden, dasselbe gilt für diese und auch für andere z.B. Spion und RadiAktiv ..., wenn sie verboten wurden.

Verurteilt wird nach dem bayrischen Pressegesetz, nach dem neben „Verleger und Redakteur" auch „Drucker und Vertreiber wegen fahrlässiger Veröffentlichung" bestraft werden können. So geschah es einer Geschäftsführerin eines Buchladens (in dem angeblich einer Zivilpolizistin auf Verlangen 2 Freiräume verkauft wurden) und der Geschäftsführerin einer Bäckerei. Im Laden der Bäckerei hing ein Plakat aus, auf dem Strauß, Zimmermann und Hitler zusammen in Naziuniformen dargestellt waren. Die Geschäftsführerin konnte nur deshalb bestraft werden, weil sie zu intelligent war. Als Studentin hätte sie wissen müssen, daß dieses Plakat nicht hängen durfte.

Gemeinsam haben diese Prozesse und Verhandlungen mit Behörden, daß sie rein defensiv geführt werden, keine offensive Verteidigung oder Darstellung der Inhalte. Verfolgt man/frau die Prozesse in Stammheim und die Urteile, dann wird auch klar, warum. Lieber 3000 DM wegen Pressegesetz als Haftstrafte wegen § 129a – verständlich.

Rot-grünes Duckmäusertum

Es fehlen die Voraussetzungen einen offensiven Prozeß, eine öffentliche Debatte zu führen. Die finanzielle Soidarität in Ehren, aber es mangelt an einer offensiven Öffentlichkeit. Keine/r kann sich von dieser Kritik frei machen, da gibt es wohl für jede/n nachzuholen. Aber das ist die individuelle Seite. Eine ganz andere Kritik muß am rot-grünen Duckmäusertum und dem (links)liberalen friedlichen Schweigekreis laut werden, von der im allgemeinen gekauften Journaille ganz zu schweigen.

Und auch wenn in den Nischen, in denen die Selbstverwaltung existiert, momentan gelebt und gearbeitet werden kann und diese Nischen an sich durch ihre Existenz schon politisch sein sollen, geht das eben nur solange Ruhe herrscht in diesen Nischen; doch wo bleibt dann das politische?

Das aktuellste Beispiel: Der Gesetzesentwurf zum „Unterbindungsgewahrsam" des bayrischen Ministerrates, bereits 1986 von Strauß angekündigt, erlaubt, Personen auf richterliche Anordnung hin 14 Tage festzuhalten, „um unmittelbar bevorstehende Straftaten oder Ordnungswidrigkeiten von erheblicher Bedeutung für die Allgemeinheit zu verhindern".

Diesen „Gewahrsam" gibt es zwar in Baden-Württemberg schon seit 1955 und in Hamburg und Bremen sogar unbefristet, aber in diesen Bundesländern wird dieser Teil des Polizeiaufgabengesetzes (PAG) anscheinden zu lax angewendet.

Es kann erwartet werden, daß bei den diesjährigen Herbstaktionen gegen die WAA dieser „Gewahrsam" einige WiderständlerInnen verschiedenster Couleur ruhig stellen wird, nachdem dies '87 trotz eingeführter Schlägertrupps aus Berlin nicht geglückt ist.

Juppis im Vormarsch

Anhand der ökonomischen „Repression" kann das Testfeld Bayern noch einmal kenntlich gemacht werden:
Die Situation radikaler KritikerInnen im „Frei-statt Bayern" ist bestimmt durch Vereinzelung. Wohnungsmäßig läuft in der geldverseuchten Stadt München, in der die Utopien, die wir im Kopf haben, nicht einmal ausprobiert werden können, einfach nichts. Alles, was eventuell noch zur Vergabe ansteht, geht meistbietend an Schicki-Micki WG's. Und sollte es dann doch klappen, daß sich Wohnraum in die Szene verirrt, weiß dies der Staatsschutz meist schon vorher. Dann wird die Nachbarschaft informiert, die Aufgaben werden verteilt, und die Blockwarte passen wieder auf.

Die Situation wird sich verschärfen!

Inwieweit diese typischen bayrischen Szenarios in Zukunft in der BRD übernommen werden (können) kann ich nicht vorhersagen, aber es gibt bereits einige Beispiele:
- Die Situation in Frankfurt/-Main nach den Schüssen
- Die Räumung der Häuser in Köln im Juli 1988
- Der Umgang mit den Mietbindungen in Berlin.

Vielleicht sind es auch die Schwulen-, Aids- oder Prostituiertenszenen über die sich die neuen Gauleiter profilieren, bevor sie sich als „Terroristen"-Hetzer an andere „Vergehen anschlagsrelevanter Art" heranwagen, deren Verfolgung schon durch das BKA organisiert ist.

Aber ich denken, daß gesagt werden kann, daß sich die Situation in der übrigen BRD verschärfen wird. Darauf kann man/frau sich vorbereiten.

Zensur ist Ungeist

Red. Kassel Hermann vom Packpapierverlag in Osnabrück geriet schon mehrmals in die „Klauen der Justiz". Er hat die Ausstellung „Verbotene Schriften seit 1968" zusammengestellt und beschäftigt sich seit Jahren mit dem Thema Zensur. Diese während der Frankfurter Buchmesse '88 (siehe nebenstehenden Kasten) gezeigte Ausstellung entstand vor 3 Jahren, ist seitdem als Wanderausstellung in vielen Autonomentreffs, Cafés und Buchläden gezeigt worden, und ist von mal zu mal um die Beiträge der am Ort aktiven Gruppen gewachsen; im UJZ Kornstraße/Hannover kamen Infos über den stets verbotenen Hangover dazu, oder in Hamburg die Beschlagnahmeprotokolle, Durchsuchungsbeschlüsse etc. von 5 Buchläden.

CONTRASTE: Wie läuft das so mit der Ausstellung?
Hermann: Eigentlich macht es riesig Spaß, denn es ist ja alles teils selbst erlebt, oder es haben Freunde erlebt, die dann ihren Teil zur Ausstellung beigesteuert haben. Aber den meisten Leuten ist diese Angelegenheit so fremd, regelrecht exotisch, entweder können sie's nicht glauben, oder es langweilt sie. Zensur ist sowieso langweilig, deswegen sag ich ja: einfach drucken was Spaß macht, dann wird's nie langweilig!

Aber wenn ich die Leute, die nix davon kennen, so durch die Ausstellung führe und was dazu erzähle – ich weiß ja 'ne Menge zu erzählen – dann stehen sie schon mal mit offenem Mund da. Und manchmal komm ich dann richtig in Fahrt, dann wird's echt gut. Gewiß, die Ausstellung ist kein repräsentativer Querschnitt und nicht so professionell dokumentiert, aber sie ist sehr groß und die individuelle Prägung durch die Auswahl der Bücher, Zeitungen und Plakate bewirkt vielleicht, daß es nicht so trocken ist.

In einem Artikel bezeichnest Du die Zensur heute als „modernen Analphabetismus" und als „Erscheinung des den Charakter verderbenden Kapitalismus". Was unterscheidet die heutige Zensur von früher, was hat das mit „Zeitgeist" zu tun?

Man sollte lieber von Zeitgeist reden. Während die klassische Zensur der Ausdruck letzter Hilflosigkeit der antiaufklärerischen Adelsherrschaft ist, so ist die moderne Zensur der Ausdruck geistloser, rein materialistischer Warenbeziehungen. Zensur ist nicht das, was mit diesem Prädikat versehen jeweils durch die Tagespresse geht, Zensur ist viel mehr, Zensur ist ein Geist oder besser Ungeist. Die Gedanken sind nicht mehr frei, sondern käuflich. Dafür möchte ich aber weniger das kapitalistische Wirtschaftssystem als den Materialismus verantwortlich machen, denn erst die materialistische Weltanschauung macht es möglich, geistige Güter und seelische Werte auf die kapitalistische Tauschebene herabzuwürdigen.

Nach fast 20 Jahren Streit und Arbeit gegen die Zensur bin ich nicht mehr bereit, Zensur nur als Problem äußerer politischer und sozialer Verhältnisse zu erklären. Es ist so leicht, die Schuld beim Geld zu suchen, wenn man selbst keins hat. Geld, Justiz, Parlamentarismus usw. ist eine Farce und bleibt es auch, egal welche vermeintliche Macht wir ihnen unterstellen. Und um zu zensieren müssen sich immer noch Leute zensieren lassen. Gewiß, auch ich habe mich nervös machen lassen, aber ich konnte nie anders als die unglaubliche Dummheit solcher Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen erkennen, das stumpfe Desinteresse der Polizisten, die an allen interessanten Büchern vorbeilaufen; die hohle Arroganz des Staatsanwaltes, der privat wahrscheinlich nur Briefmarkenkataloge studiert.

Mann, ich mach Bücher, weil ich davon begeistert bin, und solchen Robotern kann ich meine Absichten nie begreiflich machen. Zensur ist dumm, stur, arrogant – und das ist es! Wenn ich die Zensoren zu Klassenfeinden aufmotze, dann tu ich ihnen zu viel Ehre an, und sie fühlen sich in ihrer geistigen Umnachtung noch wichtig genommen. Sie können zwar heutzutage alle lesen, aber nicht verstehen, weil das Portmonnaie ihnen das Denken abgenommen hat – das meine ich mit modernem Analphabetismus.

Das Interview führten Regina Engel und Sabine Joswig

Wir beißen auf den Maulkorb

Gegen Zensur und Repression

vom 5. - 10.10.88

in der Mainzer Landstr. 147, 4. Stock, Frankfurt

Es gibt eine Ausstellung verbotener Schriften **(Hermann vom Packpapierverlag, Osnabrück),** die während der Buchmesse im oben genannten Zeitraum gezeigt wird. Dies ist beschlossen vom „Verbund Gegenöffentlichkeit", der eigens zu dieser Veranstaltung auf einem von CONTRASTE inszenierten Medientreffen in Darmstadt ins Leben gerufen wurde.

7.10.88 - 20 Uhr

Im **Großen Saal** (4. Stock) findet eine Diskussion zum Thema **Repression/Zensur** statt. Da auch wir der Meinung sind, daß Durchsuchungen und Beschlagnahmungen nur Vorübungen „zu anderen, größeren Schlachten" (Gremliza) sind, haben wir Referenten aus den verschiedensten, von Repression betroffenen Bereichen eingeladen.
Rolf Gössner, Publizist aus Bremen, Verfasser u.a. von „Der Apparat", bringt zur Buchmesse das Buch zur Oppositionsgeschichte in der BRD mit dem Titel „Widerstand und Staatsgewalt" heraus. In einem Eingangsreferat wird er eine Einschätzung zur Situation in der BRD bezüglich Repression, Staatsgewalt, Kriminalisierung und Widerstandsbewegung geben.
Götz Albrecht von Olenhusen, Rechtsanwalt in Freiburg, wird als Experte zum Thema Zensur berichten. Zudem hat er sich zur Moderation bereiterklärt.
Wolfgang vom Hunsrück-Forum berichtet zum Komplex Volkszählung, Aufforderung zur Straftat, Repression gegen die Friedensbewegung und Militär-Geheimnisse.
Hermann L. Gremliza, Herausgeber von KONKRET, hält einen Beitrag zur „Larmoyanz der linken Kämpfer"; Repressionen des harten Kerns dienen der Vorbereitung zur Bekämpfung aufbegehrender Massen.
Eine Vertreterin des Gen-Archivs, Essen, evtl. Ulla selbst, berichtet aus den Erfahrungen mit Kriminalisierung, Strafverfahren, aber auch über die Solidaritätsbewegung zwecks Freilassung von Ulla Penselin und Ingrid Strobl.
Hilde Brandt, Theater-RegisseurIn, berichtet zum Thema „Repression im Betrieb". Da sie selbst sehr lange im Betrieb und als Betriebsrätin tätig war, handeln auch ihre Stücke (wie z.B. „Herakles 5" von Unterdrückung und umweltzerstörender Produktion.

9.10.

Zum Abschluß der Aktion – wie sollte es anders sein – möchten wir **im großen Saal** ausgiebig mit Euch feiern. Dazu wird die **Familie Hesselbach** mit zensierten Liedern von Francois Villon aus dem Mittelalter auftreten. Natürlich gibt es danach eine **Open- End-Fete.**

Für Kollektive, Teams, selbstverwaltete Betriebe:
KOMMUNIKATIVE BRUCHLANDUNG — PLEITE IM BETRIEB?
Finanzielle und betriebswirtschaftliche Probleme fördern Psycho-Streß im Betrieb, Kommunikationsstörungen in der Gruppe blockieren die Arbeit. Oft schaukelt sich beides gegenseitig auf, bis nichts mehr geht. Um den Teufelskreis zu durchbrechen, müssen beide Problemfelder gleichzeitig bearbeitet werden. Wir tun das.
Broschüre bestellen oder anrufen:
»Organisation und Feeling«
Supervision, Betriebsberatung
G. Beck (Dipl. Supervisor)
Wolfsgangstr. 84, 6 Ffm. 1
Tel. 0 69 - 59 37 91

Gen-Archiv, Essen:

Öffentlichkeit für radikale Positionen?

Red. Kassel Das Gen-Archiv Essen wurde im Rahmen der bundesweit angelegten Durchsuchungs- und Verhaftungsaktion des BKA's am 18.12.87 von ca. 15 BKA- Beamten sowie der örtlichen Polizei durchsucht. Alle Frauen des Gen-Archivs haben ein Ermittlungsverfahren nach § 129a am Hals, und seit Februar wird offiziell nach mehreren Frauen in diesem Zusammenhang gefahndet. Begründet wird die „Aktion Ruhr" mit Ermittlungen des Generalbundesanwaltes wegen Mitgliedschaft und Unterstützung einer terroristischen Vereinigung, der RZ und der Roten Zora.

CONTRASTE: In Eurer ersten Stellungnahme habt Ihr die Einschätzung vertreten, Ziel der BKA-Aktion sei es, den Frauenwiderstand gegen Gen- und Reproduktionstechnologien und gegen Flüchtlingspolitik zu kriminalisieren, einzuschüchtern, in gut und böse zu spalten und so zu zerschlagen. Wie schätzt Du rückblickend die Aktion ein?

Erika: So wie am Anfang. Die BKA-Aktion werte ich zum einen als Versuch einer direkten Zuordnung von Frauen zur „Roten Zora", zum anderen als Versuch der Einschüchterung und Kriminalisierung der Bewegung gegen Gen- und Reproduktionstechnologien.
Unsere Duchsuchungsbeschlüsse sprechen dazu Bände:
– Verdächtig ist der Kontakt zu anderen Verdächtigen
– Verdächtig ist die inhaltliche Beschäftigung mit diesem „anschlagsrelevanten" Thema.
– Verdächtig ist, daß wir uns organisiert haben.
Jede Lebensäußerung – privater oder politischer Natur – wird zum Verdachtsmoment. Die Mitnahme von Adressen während der Durchsuchung wird eine weitere „Durchleuchtung" und „Registrierung" unserer privaten und politischen Freunde nach sich ziehen.

Was waren die Konsequenzen?

Darüber haben wir jetzt total viel zu tun. Einmal gibt es viele Gruppen, die im Nachzug zu dieser Kriminalisierung angefangen haben, was zu tun. Das andere ist, viele Gruppen, die gearbeitet haben und uns nicht kannten, haben jetzt auch die Möglichkeit uns zu kontaktieren. Es sind viele Leute, die uns die Sachen, die sie erarbeiten, jetzt auch schicken. Es gibt viele Menschen, die sich mit uns und den inhaftierten Frauen solidarisiert haben.

Gab es eine Debatte, Eure Standpunkte abzuschwächen oder zurückzunehmen?

Dazu haben wir keine Veranlassung. Wir haben im Rahmen der ganzen Veranstaltungen und Kontakte, die wir nach der Durchsuchung neu gekriegt haben, festgestellt, daß es eine breite Debatte und Öffentlichkeit um radikale Positionen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien gibt.

Eine Reaktion auf die BKA- Aktion war die Vorbereitung des 2. Kongresses „Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologien", der vom 28.- 30.10. in Frankfurt stattfindet. Was ist dort zum Thema Repression geplant?

Es gibt eine Einladung sowohl an Ulla Pensslin als auch an die Ingrid (wo wir hoffen, daß sie das vielleicht persönlich wahrnehmen kann) für das Eingangsplenum einen Vortrag vorzubereiten. Dann wrd höchstwahrscheinlich eine Frau vom Gen-Archiv da sitzen, und etwas zur Kriminalisierung sagen. Zum anderen sitzen auch auf dem Podium Frauen aus der „3. Welt", die z.T. auch mit ihrem Staat Schwierigkeiten haben. Das ist aber alles ohne Gewähr, weil wir noch in der Planung stecken. Wir haben auch noch die Idee eine Arbeitsgruppe zum §129a zu machen, in der über Kriminalisierung, Repression von Frauen und andere „Sicherheitsgesetze" in anderen Ländern informiert und diskutiert werden soll.

Wir finden auch wichtig, daß der §129a nochmal angegangen wird, nicht nur von uns, sondern auch von anderen Organisationen. Wir denken, darüber, daß viele mitgekriegt haben, wie die Repression abläuft und wen sie treffen kann, ist das eine Möglichkeit, nochmal darzustellen, daß der §129a Ermittlungsparagraph ist, Obduktionen, Abhörungen, Hausdurchsuchungen, erkennungsdienstliche Mißhandlung etc. möglich macht. Und daß du verurteilt werden kannst oder in U-Haft sitzen kannst, und in der Situation bist, deine Unschuld zu beweisen, und nicht der Staat deine Schuld beweisen muß. Solche Sachen sind in den 70er Jahren auch abgelaufen, und laufen jetzt auch im Rahmen der ganzen Prozesse gegen Leute, die angeblich eigene terroristische Vereinigungen gegründet haben sollen. Die werden genauso verurteilt, aber das wird eigentlich nicht wahrgenommen. Wir wollen, daß dieser Paragraph wegkommt.

Jetzt am Jahresende soll der § 130b verabschiedet werden, womit sich die Situation noch verschärft.

Dem muß unbedingt was entgegengesetzt werden. Es hat viele Versäumnisse gegeben, der § 129a ist einfach durchgegangen. Z.B. der § 88a ist u.a. deswegen fallengelassen worden, weil es wirklich einen breiten Protest dagegen gab. Aber danach ist es auch unheimlich ruhig geworden. Deswegen war es ja auch möglich, das wieder im § 129a zu verarbeiten. Aber erstmal hat der Protest und die Auseinandersetzung um § 88a gezeigt, daß es auch geht.
Also z.B. die Bewegung gegen Gen- und Reproduktionstechnologien muß sich das Problem der Repression zu eigen machen, und muß mit ihrer politischen Struktur, mit ihren politischen Möglichkeiten darauf reagieren. Das finde ich, ist im Rahmen dieser Solidaritätsbewegung gelaufen. Und andere politische Bewegungen und Gruppierungen müssen das auch machen. Du kannst nicht losgelöst eine Kampagne gegen Repression machen, ich glaube nicht, daß das funktioniert. Ich denke, daß du das an die Inhalte der Bewegung koppeln mußt.

Das Interview führte Sabine Joswig

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Bei folgenden Projekten und Institutionen möchten wir uns an dieser Stelle für ihren Beitrag zum Gelingen der Aktion „Wir beißen auf den Maulkorb!" noch einmal ausdrücklich bedanken:

Die Lehrercooperative nebst Hausverwaltung der Kühl KG, Frankfurt; Herrmann Cropp, Osnabrück; bei sämtlichen Referenten (aus der Einladung zu entnehmen); ID, Amsterdam und Frankfurt; pv-Werkdruck und blätterwald e.G., Oberursel; Café Südstern, Frankfurt; Familie Hesselbach; Fa. Textline und Anette Kaiser; Fraktion die GRÜNEN im Bundestag, Bonn; BAG Medien und Computer; Heike und Beate; sämtliche Leute, die unsere Einladung weitergeleitet haben; und natürlich alle, die uns besuchen.

Zensur-Cocktail

Bürgerliches Strafgesetzbuch und Alternativzeitungen

Red. Amsterdam Die eifrigsten Leser der Alternativzeitungen sind nicht selten die Staatsanwälte. Kaum eine Zeitung hat es bisher geschafft, sich dieser fast schon erotischen Beziehung seitens der Staatsorgane zu verweigern. Wir wollen in dem nachfolgenden Potpourri einen kleinen Einblick in die Welt der Verleumdung, der terroristischen Unterstützung, der Pornographie, der Spionage, des Landfriedensbruchs und der unwerten und unwürdigen Darstellung der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland geben. Im Blickpunkt standen hier besonders kleinere Zeitungen.

Drei Mitarbeiter der Coburger Stadtzeitung *Monokel* sahen sich eines Tages mit dem Vorwurf der „geheimdienstlichen Agententätigkeit" konfrontiert. Der Grund für die Ermittlungen war der Abdruck eines Fotos eines frei im Wald stehenden Bunkers in der Novemberausgabe 1982. Im dazugehörigen neunzeiligen Text wurde unter der Überschrift „An alle Wanderfreunde" auf den Bau von Munitions- und Giftlagerstätten im Coburger Staatsforst hingewiesen.

Horst Stowasser, ehemaliger Herausgeber der Wetzlarer Stadtzeitung *Lahn-Dill- Bote* trat im Juli 1985 eine 35- tägige Haftstrafe an. Er war verurteilt worden, weil er Angehörige der Bundeswehr als „Vertreter organisierter Gewalt, deren Handwerk das Töten anderer Menschen sei" charakterisierte. Ob sich die RZ zu Kalkar, Südafrika oder einem Anschlag auf die Stuttgarter Baufirma Züblin in alternativen Medien zu Worte meldet, die Staatsanwaltschaft ist jedesmal dabei. So geschehen anläßlich der RZ- Erklärung zu Kalkar im *Atomexpress* aus Göttingen, oder der Südafrikaerklärung im *Stuttgarter Blättle*, wie auch in der anarchistischen Zeitung *Freiraum* aus München, die sich scherzhaft einmal als „Zeitung für den Staatsanwalt" bezeichnete. Auch gegen die *Große Freiheit* aus Hamburg wurde ein Ermittlungsverfahren wegen „werben für eine terroristische Vereinigung" eingeleitet. Die Überschrift des inkriminierten Artikels lautete: „Es gibt noch viele Depots".

Ein Dauerthema der gerichtlichen Auseinandersetzungen ist Franz-Josef Strauß. Meistens sind es Satiren, so geschehen beim *Simbacher Stadtbladl* im März 82 und beim *Ebbelein*, Magazin für den Raum Mittelfranken. Die Mittelfranken hatten in einer Ausgabe vom Oktober 1982 eine Karikatur abgebildet (ein Schwein mit Bundesadlerflügeln an der Wand hängend, das scheißt. Ein Polizist, ein Pfarrer, ein Bürger und eine Wirtschaftsboß lecken die Scheiße), die von der Staatsanwaltschaft als den Staat verunglimpfend und Strauß beleidigend empfunden wurde.

Die Stadt-Land-Zeitung *Zeck* aus Freising, wurde mit einem Bericht über das Nachspiel zu Deutschlands erster „Hausbewachung" zum Stein des Anstoßes. Eine Beschlagnahmung wegen „Verdachts der verbotenen Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen" (§ 353 StGB) folgte auf dem Fuße. Die Bewachung eines leerstehenden Hauses die erste ihrer Art – durch verhinderte Hausbesetzer, sorgte in Freising für Aufregung. *Zeck* berichtete darüber und bekam prompt den § 353 StGB zu spüren.

Gegen die *Stadtzeitung Freiburg* eröffnete die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren, weil die Stadtzeitung es zugelassen und gebilligt hatte, daß in „verschiedenen Beiträgen die BRD und ihre Länder sowie die verfassungsmäßige Ordnung unwert und unwürdig dargestellt und groß mißachtet wurde". Außerdem habe die Stadtzeitung, so die Staatsanwaltschaft, in ihrer Sonderausgabe mit dem Titel „Schwarzwaldhofprozesse", zu rechtswidrigen Taten aufgefordert. Um Schreiben in fremden Anwesen soll es sich dabei gehandelt haben.

Am 5. März 1981 war es in Nürnberg im Anschluß an eine Veranstaltung im KOMM zu einer Spontandemo gekommen. In deren Verlauf gingen einige Fensterscheiben zu Bruch. Noch in der Nacht wurden von der bayerischen Justiz 148 Jugendliche verhaftet. Grundlage dafür bildete ein hektographierter Haftbefehl. Einige Monate später erhielten 66 der Jugendlichen dann eine gleichlautende Anklageschrift. Die Veröffentlichung dieser Anklage durch die Nürnberger Stadtzeitung *Plärrer* führte im August 1981 zur Beschlagnahme.

Ein Jahr vorher wurde Olaf Ritzmann in Hamburg nach einer Demonstration gegen Strauß von einer S-Bahn überfahren. In der *Was lefft* aus Erlangen stand damals was von „Bullen" und „Mord". Die presserechtlich Verantwortliche mußte sich dafür beim Amtsgericht in Erlangen verantworten.

Berufsverbot für Knastblattjournalisten. Ralf Axel S. bekam unter anderem im Frühjahr 1983 acht Monate Knast, weil er im *Knastblatt* die Polizei als Bullen bezeichnet hatte. Wir bleiben in der Tierwelt.

Die AStA-Zeitung *Trabbel* aus Osnabrück druckte anläßlich des Papstbesuches 1981 zwei Seiten aus der Titanic nach. Einmal den Titel, auf dem der Papst als Hirte ein Schaf betreut und ruft: „Ich komme" und das Schaf meckert: „Der Papst kommt". Und dann eine Glosse „Der Papst von A-Z (N wie Nordpol besuchte er nur deswegen nicht, weil ihm das Weihwasser einfröre und der Arsch auf Grundeis ginge"). Dazu einen Button zur Tour: „Rumficken? Nein Danke". Folge: Hausdurchsuchung in den AStA- Räumen ...

Die *Buschtrommel* aus Rosenheim beschäftigte sich ebenfalls mit religiösen Themen. Im Artikel „Jesu Hochheilige Vorhaut" meinte die Staatsanwaltschaft eine „Beschimpfung gegen Religionsgemeinschaften" erkennen zu können, wo doch die katholische Kirche daselbst Brüderschaften „Zur heiligen Vorhaut" gebildet hatte.

Die Weilheimer Alternativzeitung *Wahn & Sinn* kam ebenfalls mit dem Gesetz in Konflikt. Weil der verantwortliche Redakteur in der Nummer 3, Dezember '80, nach Ansicht des leidenschaftslos erregten Staatsanwalts den Voralpenraum hinter dem Murnauer Moos mit Pornographie verdorben hat. „Verbreitung pornographischer Schriften" warf der Staatsanwaltschaft dem *Wahn & Sinn* vor. Denn in der, von der Weilheimer Kriminalpolizeiinspektion allerdings umgehend beschlagnahmten Nr. 3, war Eiszeit, ein Artikel von Peter Schult abgedruckt. Inhalt des Artikels waren die Erfahrungen eines Päderasten mit der Sexualität mit Jugendlichen. Mit „pubertierender Sorgfalt" hatte die Staatsanwaltschaft in diesem Artikel bedenkliche „Perversitäten" ausgemacht, die das „sexuelle Isolieren" und nach § 184 StGB zur Anklage gebracht.

ID-Archiv, Amsterdam

Jagd nach RZ-Schriften

AurorA Verlagsauslieferung

CONTRASTE: Am 04.11.87 standen Beamte des BKA aus Wiesbaden in Deinem Buchladen bzw. in Deiner Auslieferung. Auf der von Dir verschickten Broschüre „Das schwarze Loch – Eine Bücherliste zur Auseinandersetzung mit dem bewaffneten Kampf in der BRD" war der Stempel von AurorA gefunden worden. In dieser Broschüre (Auflage 28.000 Exemplare) wurde auf die Existenz des Buches „Der Weg zum Erfolg" von den Revolutionären Zellen hingewiesen. Der Verdacht, endlich auf die unbekannten Vertreiber dieses gefährlichen Buches zu stoßen, genügte dem BKA, um dich und alle verfügbaren Unterlagen von AurorA mitzunehmen. Du wurdest am gleichen Tag wieder freigelassen, die Herausgabe der beschlagnahmten Akten und vor allem des privaten Notizbuches zogen sich jedoch noch mehrere Wochen hin. Nach anfänglicher Ermittlung gemäß § 129a ist mittlerweile das Verfahren eingestellt worden.

Was war denn Deiner Meinung nach das besondere in der Ermittlung gegen Dich als Inhaber eines Buchvertriebs?

AurorA: Ein Buchvertrieb ist natürlich der Vermittler zwischen Hersteller (also Verlag etc.) und BuchhändlerIn/LeserIn, und von uns als Vertrieb wird das Knowhow erwartet, die Bücher unters Volk zu bringen. AurorA ist zudem in der Buchhandelsszene ein neuer Name, er wurde nach der Pleite von Regenbogen-Buchvertrieb gegründet. Von alledem versprach sich das BKA anscheinend einen Erfolg bei der sonst so erfolglosen Jagd nach RZ-Schriften. Und wenn DruckerInnen, HandverkäuferInnen, HerausgeberInnen, BuchhändlerInnen verhaftet und verurteilt werden, dann kann das BKA den Zwischenhandel nicht auslassen.

Was war aber letztendlich das Ziel der Staatsschützer bei dieser Aktion?

Das Ziel ist klar. Wie gesagt, erreichen Bücher oder Broschüren ohne den vertreibenden Zwischenhandel kaum eine größere Verbreitung, und zum zweiten war das wohl eine ganz klare Warnung an mich als Vertreiber mit dem Tenor: Wir haben Dich im Auge und mit dem §129 können sie halt zu jeder Tages- und Nachtzeit mit den gesamten Laden lahm legen und mit existentiell bedrohen.

Werden bei Dir durch die neuen Sicherheitsgesetze Entscheidungen beeinflußt, z.B. Bücher und Broschüren auf evtl. Gewaltaufforderungen überprüft?

Meinst Du mich speziell, ob ich die Broschüren und Bücher prüfe? Also ich lese nicht jede Neuerscheinung, dann hätte ich keine Zeit mehr, meine Arbeit zu erledigen, abgesehen davon will ich mich eigentlich nicht zum Hilfspolizisten machen, denn das wäre das eigentliche Ziel des BKA.

Wie sah es mit der Unterstützung aus, gab es Solidaritätsbekundungen?

Die Anteilnahme war für mich überraschend groß. Obwohl die taz nur in der Berlin-Ausgabe berichtet hat, haben mich am nächsten Morgen schon Leute aus der gesamten BRD angerufen und nachgefragt, was passiert sei. In Berlin ist auch einiges dazu gelaufen mit Plakaten etc.. In meinem Fall fand ich das mit den solidarischen und hilfsbereiten Freunden schon gut. Ich hoffe nur, daß allen, die mit diesem „Ermächtigungs"- Paragraphen in Berührung kommen, soviel Solidarität entgegengebracht wird.

Das Interview führte Martin

Hirnpopel von den Staatsanwälten und Polizisten

Gegendruck Karlsruhe

Red. Rhein/Main Am 24.06. mußte sich der Verantwortliche Redakteur des *Gegendruck* – Stadtzeitung Karlsruhe – vor dem Kadi wegen des Vorwurfs der Verunglimpfung der BRD in Wort und Bild nach dem Landespressegesetz und dem § 90a StGB, der die billigende Verbreitung von strafbaren Inhalten unter Strafe stellt, verantworten.

Anlaß war der nachträgliche Abdruck eines Flugblatts der Karlsruher Antifaschisten.

Nach einer längeren Einlassung des Angeklagten beantragte der Richter die Einstellung bzgl. des Textes. Es blieb die Anklage bzgl. der Karikatur aus dem Flugblatt - Bundesadler und Reichsadler in „enger Umarmung (...), wobei beide den Zungenkuß ausführen".

Aus den im Strafbefehl angedrohten 4000,- DM wurden 30 Tagessätze à 15,- DM zuzüglich Gerichts- und Anwaltskosten (ca. 1000,- DM), nicht zuletzt wegen der „durchaus geistreichen Ausführungen des Verteidigers", der unter anderem darauf hinwies, daß sich die Bundesrepublik als „Rechtsnachfolger des Dritten Reiches" betrachtet.

CONTRASTE sprach mit Wolfgang, dem presserechtlich Verantwortlichen von *Gegendruck* und Angeklagten des oben erwähnten Prozesses:

CONTRASTE: In welchen Fragen wart Ihr bisher von Zensur/Repression betroffen?

Wolfgang: Das war diverse Male wegen Bekennerbriefen, die sie dann bei uns gesucht haben; dann war das wegen der Volkszählung und jetzt eben vor kurzem wegen der Verunglimpfung des Staates und seiner Embleme.

Seid Ihr von der Szene, die solche „verbotenen Aktionen" macht, akzeptiert? Das ist ja oft ein Problem zwischen dieser Szene und alternativen Medien. Wenden die sich an Euch, wenns um den Abdruck solcher Bekennerbriefe geht?

Also, ich muß ehrlich sagen, sehr viel erwarte ich von dieser Szene eigentlich nicht. Es gibt da auch eigentlich keine Zusammenarbeit, weil: der GEGENDRUCK ist für diese Szene zu lasch und auch kein Medium. Zudem: wir mögen solche Sachen nicht mehr abdrucken. Die liest kein Schwein und gehen an unserer politischen Einschätzung meilenweit vorbei. Wir haben eigentlich keine große Lust, so Zeugs abzudrucken, wobei wir nicht soweit gehen, daß wir uns von allen diesen Aktivitäten und Leuten distanzieren. Nur die Aufarbeitung von dem, was sie machen, dem können wir mit unserer politischen Einschätzung nicht folgen. Es kommt immer mal wieder vor, daß wir sowas abdrucken, dokumentarisch; aber in den seltensten Fällen bin ich dafür, daß wir da inhaltlich voll dahinterstehen. Stilistisch ist das Zeugs allemal Schrott.

Wie ist Euer Umgang mit Repressionen, wie wirkt sich das aus, wenn man so einen Prozeß mal erlebt hat? Überlegt man dann hinterher genauer, was und wie man schreibt? Und wird so'n Stück weit taktisch? Also praktisch schon die eigene Zensur im Kopf?

Bisher waren die Repressionen, die auf uns zugekommen sind, nie kalkuliert. Das waren Punkte, wo wir also echt eiskalt erwischt wurden, weil wir mit keinem Gedanken daran gedacht hatten, daß das irgendjemand stören könnte. Das sind so Hirnpopel von Staatsanwälten und Polizisten. Also erstens, daß der GEGENDRUCK überhaupt vom politischen Dezernat in Karlsruhe durchgehechelt wird, ist für uns ein Unikum. Weil, wie gesagt, für die Szene sind wir längst viel zu brav und waren von daher überhaupt erstmal erstaunt, daß sich die politische Polizei um uns kümmert. Zum anderen waren das bisher immer Punkte, die sind einfach lächerlich. Z.B. diese Verunglimpfung des Staates und seiner Embleme: da stand nichts drin, was Du nicht sonst irgendwo schon gelesen, gehört oder gesehen hättest. Der Staeck macht da viel härtere Karikaturen oder es gibt da auch viele Zeitschriften, die die Sache inhaltlich viel radikaler angehen. Zur Taktik: bei ganz offensichtlichen Fällen, wenn z.B. irgendwo steht „der Staat ist ein Schweinestaat", muß man schon überlegen, ob man das so drucken kann oder nicht. Aber es stehen nicht jeden Tag solche Themen an, sodaß es auf unsere Arbeit erstmal nicht soviel Einfluß hat.

Du bist der presserechtlich Verantwortliche für GEGENDRUCK; übernimmst Du die Verantwortung für Artikel, wo derjenige selber seinen Namen nicht druntersetzen will?

Das sind eigentlich zwei Punkte: in unserem Blättchen wird viel zu oft mit Pseudonymen gearbeitet. Da nennen sich die Leute z.B. Michelangelo oder ...

... Dr. Seltsam ...

Ne, ne, weißt Du, auch so anspruchsvolle Namen; ach ja, einer nannte sich mal ganz frech Tucholsky. Das kann ich, ehrlich gesagt, nicht ab. Aber das sind dann eh die Artikel, die keiner liest.

Ansonsten gibt es schon ganz bestimmte Fälle, wo tatsächlich die Leute auch gedeckt werden müssen; das ist dann aber kein Problem. Von meinem privaten Umfeld her bin ich bei GEGENDRUCK der Geeignetste; ich habe keinen Job, den ich dadurch verlieren kann und viel zu holen an Kies ist bei mir auch nicht, selbst wenns mal soweit käme. Bei der VoBo-Sache z.B. stand zwar ein Name drunter, da sie die Frau hier in Karlsruhe aber nicht aufgetrieben haben, war ich folglich derjenige, der dran war. Da komme ich nicht drumherum.

Also, Repressionen werden uns immer ins Haus stehen. Du ahnst gar nicht, was die alles finden, wenn die was finden wollen. Ich weiß zwar nicht warum, aber ich habe schon den Eindruck, daß sich da monatlich ein Mensch hinsetzt und die Zeitung durchliest - was ich ja erstmal positiv finde, wenn einer von denen das Ding liest - aber dann halt rausguckt, wo er was finden kann, wo er uns habhaft werden kann. Ich denke mir, daß sie auf uns durch den Einzug im Gewerbehof aufmerksamer geworden sind. Da hat die Stadt sehr viel mit der Polizei zusammengearbeitet, da sind die Betriebe im Einzelnen bekannt. Es ist meines Erachtens kein Zufall, daß die ersten Repressionen kamen kurz nachdem wir hierdrin waren. Also die ersten, die Geld gekostet haben. Oder auch im Fall der Volkszählung: das war eine Koinzidenz, die für meine Begriffe nicht zufällig war. Das behaupte ich ganz einfach mal, ohne es beweisen zu können.

Welche Auswirkungen hatte der letzte Fall jetzt auf Dich? Du hast gesagt, daß Du Dich darüber gefreut hast, daß der halbe Gewerbehof am Prozeß teilgenommen hat. Fehlt Dir die Solidarität aus der Szene oder auch aus der alternativen Presselandschaft? Viele andere Leute haben das ja garnicht mitgekriegt.

Folgen hat das erstmal eigentlich keine gehabt. Interessant war, daß in Frankfurt zur selben Zeit etwas Ähnliches lief, bzw. die Karikatur war dieselbe, der Text bezog sich allerdings auf die Volkszählung. Von daher hast Du 'n paar Leute, Zusammenhänge kennengelernt. Das mit der Solidarität vom Gewerbehof war natürlich o.k., aber das war'n eh Leute, wo ich wußte, daß die auch persönlich irgendwo hinter mir stehen und von denen ich das auch erwarten konnte.

Ihr sucht also nicht unbedingt die Konfrontation mit dem Staat auf dieser Ebene?

Konfrontation läuft unseres Erachtens nach irgendwo anders ab. Dafür brauchst Du keine Prozesse zu führen; das haben die Genossen früher bis zum Ausbluten gemacht, das habe ich aber nicht vor.

Das Interview führte Petra Inden.

BKA's Wege zum Mißerfolg

Gegensatz, Berlin

Red. Rhein/Main Am 4. November seid Ihr im Zusammenhang mit der Festnahme des AurorA Buchhändlers und Vertriebsmenschen durchsucht worden. Die Anklage nach § 129a lief nur gegen AurorA. Mit der Begründung „Gefahr im Verzug" wurden bei Euch, auf den bloßen Verdacht hin mit der Herstellung des RZ Buches „Wege zum Erfolg" in Verbindung zuu stehen, der komplette Diskettenbestand beschlagnahmt. Seit Jahren hat es keinen Kontakt mehr zwischen AurorA und Gegensatz gegeben und wie sich später herausstellte, war wohl die Hausdruckerei des AurorA Vertriebs Gegendruck (!) gemeint.

CONTRASTE: Was sollte mit dieser Aktion Eurer Meinung nach erreicht werden, wie schätzt Ihr diesen offensichtlichen Sehfehler der Staatsschützer ein?

Gegensatz: Ob es ein Sehfehler war wissen wir nicht, genauso wenig wissen wir, was mit den Textdisketten gemacht wurde. Vielleicht hat sich das BKA die ca. 100 Millionen Zeichen kopiert um sie aufzuarbeiten und somit unsere Kunden und deren Arbeiten ein wenig kennenzulernen. Vielleicht haben die Disketten auch nur bei irgendeinem Bürokraten im Schrank gelegen bis die Beschlagnahme aufgehoben wurde. Jedenfalls wurden uns 3 Wochen die wichtigsten Arbeitsgrundlagen entzogen, in dieser Zeit war der Satzbetrieb ziemlich lahmgelegt.

Daß ein politisches Projekt wie Gegensatz mit Repressionen zu rechnen hat ist nichts Neues. Eine neue Variante ist jedoch die willkürliche Anwendungsmöglichkeit des § 129a. Wenn die Verfasser von Flugblättern, Zeitungen oder Büchern nicht greifbar sind wird der Staatsschutz vorverlegt, die Ermittlungsorgane können aufgrund nicht genannter „Hinweise" die Offenlegung sämtlicher in einer Schriftsetzerei elektronisch gespeicherten Texte, unabhängig von Verfasser und Inhalt, verlangen. Die neuen Sicherheitsgesetze geben dem Staat die juristische Absicherung jederzeit mit der Begründung „Gefahr im Verzug" gegen mißliebige Projekte vorzugehen. Die Produktionsmittel werden zur Zielscheibe ihres Angriffs, die Beschlagnahme von Disketten in einer Schriftsetzerei ist ein ökonomisches Druckmittel., das einen Betrieb ruinieren kann. Das beste Beispiel dafür sind die Beschlagnahmeaktionen der Druckmaschinen von Fantasiadruck in Stuttgart, auf denen angeblich RAF-Erklärungen gedruckt worden sein sollen. Vergleichbar ist das auch mit der Durchsuchung in einem Buchladen, dessen gesamter Bücherbestand beschlagnahmt wird, um evtl. ein inkriminiertes Buch zu finden. Dabei ist auch unerheblich, ob anschließend, wie bei uns, die Beschlagnahme aufgehoben oder die anklage nach § 129a fallengelassen wird.

Das heißt also, daß die neuen Sicherheitsgesetze ihren Zweck als Instrument zur Einschüchterung erfüllen?

Was heißt Einschüchterung? Das Setzen von Flugblättern, Broschüren, Zeitungen, Plakaten und Büchern system-kritischen Inhalts kann jederzeit den Willkürmaßnahmen des Staats Tür und Tor öffnen, egal ob in diesen Texten bestimmte Reizwörter enthalten sind oder angeblich zu Straftaten „aufgefordert" wird; wer will das beurteilen außer den Staatsschützern? Die ständige Bedrohung mit dem Einsatz des ökonomischen Druckmittels, die Erpressung mit einer möglichen Beschlagnahme von Produktionsmitteln ist jedoch Realität.

Wie seid Ihr mit der Durchsuchung umgegangen, gab es Unterstützung von außen, bzw. haben sich andere Projekte mit Euch solidarisiert?

Natürlich haben wir die Sache gleich öffentlich gemacht. In verschiedenen Berliner Zeitungen wurde darüber berichtet. Über 100 Betriebe und politische Gruppen haben aus Solidarität mit Gegensatz und AurorA das Plakat „BKA's Wege zum Mißerfolg" mit Kurzinformationen zum Sachverhalt und den Forderungen „Abschaffung des Ermittlungs- und Zensurparagraphen 129a!, Einstellung der Ermittlungsverfahren!, etc" unterzeichnet und verbreitet. In Berlin hat es also zuminest in der Linken eine breite Solidarität gegeben. Aber wie überall wird auch hier nur realgiert. So erfreulich die kurzfristige Mobilisierung auch ist, es fehlt auch in Berlin eine kontinuierliche und breite Diskussion außerhalb des linksradikalen Spektrums, das sich sowieso mit Repression und neuen Sicherheitsgesetzen auseinandersetzt.

Das Interview führte Martin

Defensives Vorgehen ist der falsche Ansatzpunkt

Neuer Malik-Verlag

Red. Kassel Vor allem der Druck der Öffentlichkeit wird ein wesentlicher Faktor gewesen sein, der die Justiz im letzten Jahr veranlaßte, das Verbot gegen die Dokumentation über die RAF des Neuen Malik Verlages wieder aufzuheben. Die Herausgeber haben sich das Feld politischer Sachliteratur als neuen Schwerpunkt in ihrer Verlagsarbeit gesetzt – in dem Bewußtsein, daß Konflikte mit den Zensurbehörden dabei unvermeidlich sind. CONTRASTE befragte dazu Jo Hauburg in Kiel.

CONTRASTE: Euer Verlag hat letztes Jahr ein Stammheim-Buch herausgebracht, das zunächst verboten wurde, dann wurde das Verbot jedoch wieder aufgehoben. Bei §129a-Fällen ist es ja allgemein so, daß viele Prozesse gewonnen werden oder daß es gar nicht erst zum Prozeß kommt. Was soll Deiner Meinung nach mit solchen Aktionen erreicht werden?

Jo: Also, ich weiß, warum das Buch „Das Info – Briefe von Gefangenen aus der RAF" verboten wurde. Es wurde uns unterstellt, Werbung für eine sogenannte terroristische Vereinigung gemacht zu haben; warum es wieder zugelassen wurde, kann ich nicht sagen. Was damit erreicht werden soll, ist mir relativ klar: Die Leute sollen eingeschüchtert werden; Verleger, Buchhändler, Journalisten, Publizisten sollen eingeschüchtert werden, sich kritisch mit dem Widerstand in der BRD auseinanderzusetzen – und vor allem der Reaktion der Regierung und der Behörden darauf.

Der §129a hat meiner Meinung nach zwei Dimensionen. Einmal wirkt er als Einschüchterungsparagraph, der dafür sorgt, daß viele Leute bei ihrer Entscheidung, etwas zu veröffentlichen, zu vertreiben, zu verkaufen, sich fragen, ob das überhaupt noch gestattet ist. Welche Folgen diese Einschüchterung hat, kann man z.Z. nicht genau überblicken.

Beim Einsetzen des Paragraphen ist ein merkwürdiger Widerspruch zu verzeichnen, nämlich, daß die Ermittlungen, die eingeleitet werden, in keinem Verhältnis stehen zu den Verurteilungen. Im Fall des „Infos" waren das 370 Ermittlungen gegen BuchhändlerInnen. Ohne besondere Begründung oder Verdachtsmomente werden Ermittlungen eingeleitet, dann Haus- bzw. Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt, wo die Behörden an Materialien kommen, die sie sicherlich verwenden, auch wenn es dann zunächst zu keiner Anklage kommt. Der §129a ist also zuallererst ein Ermittlungsparagraph, aufgrund dessen sehr willkürlich ermittelt werden kann.

Es gibt ja immer mehr Themen, die als „anschlagsrelevant" eingestuft werden. Meinst Du, daß dadurch konkrete Veränderungen eintreten, z.B: bei Euch als Verlag? Gibt es die Angst vor Repression, wirkt die Abschreckung?

Sie wirkt. Sie wirkt in doppelter Weise. Einmal in ökonomischer Hinsicht. Wenn das Info weiterhin verboten worden wäre, wäre das ein sehr großer finanzieller Schaden für uns gewesen, der gerade kleine Verlage, oder Stadtzeitungen z.B. in erhebliche Schwierigkeiten bringt. Das spielt auf jeden Fall eine Rolle, wenn man sich fragt, ob man weiterhin solche Bücher herausbringt. Ob tatsächlich abgeschreckt wird, kann ich nur für uns beantworten. Es wirkt natürlich einschüchternd, wenn bei einem durchsucht wird, wenn man von 370 Buchhandlungen hört, daß bei ihnen auch die Polizei war. Aber ich denke, man darf sich nicht einschüchtern lassen, sondern muß dahin kommen, die Zensurbehörde, die formell nicht existiert, aber eben doch existiert, als für sich nicht zuständig erklären. Alle, die mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun haben, müßten das so sehen, weil es keine staatliche Behörde geben kann, die entscheidet, was Kunst-, Wissenschafts- oder Publikationsfreiheit ist.

Denkst Du, daß in der linken Szene ein gemeinsames Vorgehen gegen Repression möglich ist?

Es gibt Akte gemeinsamen Vorgehens, allerdings noch viel zu wenig. Wir müssen innerhalb der Linken oder Alternativen zu einer einheitlichen Linie kommen; und ich spreche nicht nur davon, sondern z.B. auch vom VS, vom Börsenverein und Journalistenverein. Das sind keine linken Institutionen, sie müssen aber darauf achten, daß die Publikationsfreiheit gewahrt ist – und dürfen dabei keine Angst haben, sich mit GenossInnen solidarisch zu erklären, die wegen des §129a verfolgt werden. Der Börsenverein hat sich z.B. gegen das Verbot des „Infos" ausgesprochen, weil erwiesen ist, daß es keine Sympathien für die RAF erweckt. In der Umkehrung heißt das aber, würde es das tun, könnte der Verein sich nicht solidarisch erklären – d.h. er setzt die Linie der politischen Zensur fort, obwohl er sich formell gegen Zensur ausspricht. Die Solidarität müßte hier ungeteilt sein, auch Börsenvereine usw. müssen dafür eintreten, daß die Publikationsfreiheit gewährleistet ist; anders ist eine freie demokratische Diskussion in diesem Land nicht vorstellbar. Dazu muß aber die Forderung gestellt werden, den Paragraphen 129a ersatzlos zu streichen und verhindert werden, daß § 130a und b Eingang ins StGB finden.

Die Justizbehörden weigern sich ja selbst, offenzulegen, daß sie Zensurbehörden sind. Sie fordern von Verlegern, Buchhändlern, Zeitungsherausgebern, die Zensurbehörde selbst zu spielen. Die Frage ist natürlich, wie man insgesamt, und wenn ich vorhin erwähnt habe, daß man die Justizbehörde einfach nicht für sich zuständig erklärt, ist das natürlich utopisch. Aber das derzeitige defensive Vorgehen, indem wir nur reagieren, wenn z.B. ein Ermittlungsverfahren angestrengt wird, ist wohl der falsche Ansatzpunkt. Zur Abschaffung des Paragraphen dürften alle Leute, die mit Öffentlichkeitsarbeit zu tun haben, nicht mehr darauf achten, ob sie mit diesem Paragraphen in Konflikt kommen. Sie müssen offensiv auf ihr Recht bestehen, alles das sagen zu dürfen, wozu sie meinen, im Recht zu sein.

Das Interview führte Regina Engel

Strategien für Kreuzberg – oder:

Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Autonomste im ganzen Land?

Gertrud Trisolini

Etwas Sanierungsgeschichte:

nach dem Mauerbau waren in Kreuzberg emsig arbeitende Verkehrsplaner am Werk. „Wartend auf die Wiedervereinigung" sollte eine 6- spurige Autobahn an die Mauer gebaut werden. Städtische Sanierungsträger kauften dieses Gebiet auf, um es für die bevorstehende Sanierung klarzumachen. In den siebziger Jahren wurde von dieser Idee Abstand genommen. Der Abriß begann, die alten Kreuzberger wurden vertrieben und in Betonburgen wie dem Märkischen Viertel untergebracht. 20 Jahre Sanierungsgebiet hatte zur Folge, daß viele alteingesessene MieterInnen und Gewerbetreibende wegzogen. Die „neuen" BewohnerInnen Kreuzbergs waren in der Regel Punks und die türkischen Sippen. Die Zeit war reif für Taten. Die ersten Häuser wurden besetzt. (ab '79)

Etwas bewegte Geschichte:

Rückblickend auf nahezu 9 Jahre Stadtteilarbeit und den Kampf um ein lebendiges, nicht zubetoniertes Kiez, denke ich über unser damaligen Vorstellungen und Wünsche nach.
„Warum wir in die leerstehenden Häuser gingen:
Wir wendeten uns, um der Zerstörung von Lebensraum Einhalt zu gebieten, den leerstehenden Häusern zu, zum einen, um die Sanierungs- und Abrißmaschinerie zu stoppen; zum anderen, um aus unserer Isolation und Vereinzelung herauszukommen; gemeinsam leben und arbeiten, sich gemeinsam wehren, zu lernen, uns nicht mehr alles gefallen zu lassen, was uns einzwängt." (Blockrevue Mai 1982)

Politik zum Anfassen und sich dabei wohlfühlen.

Das Private war politisch. Es existierte ein Klima, in welchem es möglich war, daß die unterschiedlichsten Gruppierungen solidarisch miteinander leben, lernen und kämpfen konnten. Kreuzberg, eine lebendige Attraktion, wo auf kleinstem Raum „jeder nach seiner Fasson selig werden konnte."

Der Kampf um Freiräume, in welchem sich Möglichkeiten boten, eine Gegenkultur, fernab von Konsum, Leistung und TV-Terror, zu entwickeln, war ein notwendiger Bestandteil, um der Lebendigkeit dieses Kiezes zu mehr Raum zu verhelfen. Soweit die Ziele und die Ansprüche, über die sich alle einige waren. Konflikte wurden in der Regel solidarisch auf Hausplena, Block- oder Besetzerrat ausgetragen.

Die Freie Republik Kreuzberg – und das Ende der Besetzerbewegung

Die Legalisierungsdebatte wurde in der Richtung geführt, daß die Häuser als Widerstandsnester notwendig wären; erneute Vereinzelung war vielen ein Horror, weshalb das Unterschreiben eines Vertrages als das Kleinere Übel akzeptiert wurde. (Politisch als falsch erkannt, aber sozial notwendig).
16.3.82 stellt sich die taz die Frage: „Wie lassen sich Träume von Besetzerautonomie und die Realität eines Sanierungsträgers miteinander verbinden?"
1.5.84 wird die taz-Serie „Der Traum ist aus?" veröffentlicht. Das letzte Haus war nun legalisiert.
Die Legalisierung eine zweischneidige Sache: einerseits konnten die erkämpften Freiräume, das Wohnen in Großgruppen, erhalten bleiben und weiterentwickelt werden; andererseits bedeutet das Ende der Besetzerbewegung die Integration und Verführung durch öffentliche Gelder, ein Stück weit ja sagen zum Staat, zur Bürokratie und zur Staatsknete.

Die Besetzerbewegung, abgeschlafft und zerstritten wie sie damals war, schickte nun Vermittler wie Paten, Kirchenvertreter und Leute aus den Mieterläden ins Rennen; sie sollten retten, was noch zu retten war.

Gleichzeitig fühlten sich viele Ex-BesetzerInnen, von ehemaligem Ruhm ummantelt, omnipotent was die Einschätzung ihres Könnens und ihrer Durchsetzungsfähigkeit betraf. „Alle können alles sowieso". Die Überidentifikation mit dem eigenen Lebensbezug führte zu Realitätsverlust. „My home ist my castle". Die einst Bewegten bewegten sich im übrigen auf Stammtischpalaver, im Schwärmen von besseren Zeiten, ein bißchen Nicaragua, Brockdorf und Wackersdorf, der VoBo- Pogo natürlich auch.

Die Auseinandersetzungen um ihren unmittelbaren Lebenszusammenhang überließen sie bequem ihren gewählten Stellvertretern. Die sollten sich die Hände schmutzig machen und mit den Schweinen an einem Tisch sitzen und verhandeln.

Kreuzberg 1988 – oder wer hat hier das Sagen?

Angezogen vom Image - in Kreuzberg kann mensch sich noch ausleben, sind die Jungautonomen in dieses politische Vakuum gestoßen; sie haben durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam gemacht.

Seit dem 1. Mai 1987 scheint für sie klar zu sein, daß hier revolutionäres Potential vorhanden ist, es muß lediglich mobilisiert werden. Sie schreiben, anonym versteht sich, Verhältnisse wie in Belfast und Brixton herbei und sind Anhänger der Verelendungstheorie. Ihr Ziel ist nicht die Nische, nein, sie wollen die Weltrevolution. Ihre Kämpfe gegen Imperialismus, Rassismus und Patriarchat sind nicht gegen klassische Vertreter von Staat und Kapital gerichtet, sie richten sich gegen angreifbare Personen und erkämpfte Stadtteilprojekte hier vor Ort.
Beispiele sind:
- 3 Brandanschläge auf die Kita Dresdnerstr.
- Brandanschlag auf das Ausbildungswerk Kreuzberg
- Zerstörung des Blockschocks
- Brandanschlag auf zwei Bagger, die auf dem Görlitzer Bahnhof einen Stadtteilpark mitgestalten sollen
- Attacken gegen taz-Mitarbeiter und AL-Vertreter
- Attacken gegen den Verein SO 36
- zerschlagene Scheiben in der Erneuerungskommission
- Kübel-Aktion gegen Maxwell (angeblich ein Nobel- Restaurant, wo u.a. Architekten speisen, was zur Umstrukturierung beiträgt und die Mieten hochtreibt.)
- Überfälle auf Sputnick und Kino Eiszeit (wegen angeblich sexistischer Filme, der Raub der Einnahmen selbstverständlich für die Knastkasse.)
- paramilitärischer Einmarsch von 10 Maskierten in das Stattbaubüro und Zerstörung desselben.

Sie scheuen die öffentliche Auseinandersetzung wie der Teufel das Weihwasser. Wer sich nicht unterwirft, wird verstoßen und angegriffen. Der Bekennerbrief im Zusammenhang mit dem Stattbau- Überfall (verfaßt von den Ghostwritern) zeigt, in welch verheerender Weise die Akteure über ihre Angriffsziele informiert sind. „Wissen bedeutet Macht" scheint als Wert nichts mehr zu gelten. „Von etwas nicht wissen wollen" und deshalb alles kaputt schlagen scheint die Entsprechung zu sein. Die Vorwürfe gegen Stattbau sind:
- Teilnahme an nichtöffentlichen Treffen, auf welchem Befriedungsmaßnahmen geplant werden
- Mitschuld an der Bekämpfung durch Befriedung
- Aufstandsbekämpfung durch Befriedung
- Zwangsarbeit der BewohnerInnen
- Counterforschung fürs DIfU

Davon, daß der „Apparat" Stattbau von den Besetzern gewollt und diese mit 50% der Stimmen im Aufsichtsrat vertreten sind, ohne sie also keine Entscheidung möglich ist, haben die Ghostwriter wohl nichts gewußt.

Zur Umstrukturierung '88

„Im Vergleich zu feudalistischen und kapitalistischen Herrschaftssystemen hat die Autonomie in den ehemals besetzten Häusern immerhin eine grundlegende Veränderung bewirkt: hier arbeiten wenige für viele." (Küchenspruch).

Das Klima mittlerweile aggressiv, jeder gegen jeden, im Kampf um die Freiräume, welche immer weniger werden.

Die Auseinandersetzungen, soweit sie überhaupt noch öffentlich stattfinden, verlaufen engstirnig und kleinkariert.

Vergleiche mit dem Muschterländle kommen hoch: wer samstags nicht die Straße fegt, hat nichts zu lachen. Abweichende Meinungen werden erbarmungslos bekämpft.

Typisch für die öffentlichen Auseinandersetzungen ist, daß sie geprägt sind von der Atmosphäre einer Palaverdemokratie. Ohne Verantwortung zu tragen, geschweige denn, Sachkompetenz zu haben (was mit Arbeit verbunden wäre), mischt jeder zufällig Anwesende in den Diskussionen mit, ohne daß die Auswirkungen hinterfragt werden, von gemeinsamen, konstruktiven Aktionen ganz zu schweigen. Bündnispartner sind in Zeiten, wo ein Blick über den eigenen Tellerrand nicht möglich ist, nicht mehr gefragt. Der gemeinsame Konsens, das Interesse an einem gleichberechtigten Gegenüber, das bunte Miteinander, scheint Schnee von gestern zu sein.

Die anonyme Gewalt ist angesagt; nur die mit den dicksten Muckis werden hier im Kiez überleben.
Ich schaue in den Spiegel
und sehe, daß Kreuzberg – der einst noch schillernd- lebendige Bezirk – blind und stumpf geworden ist.

Freunde, bei aller Liebe, das kann doch nicht das Ergebnis jahrelanger Kämpfe gewesen sein?

Mehr als Almosen?

Red. Berlin Nach Fritz Vilmar leben wir in einem Staat, in dem es „Konsens (gibt) über den Grundwert autonomer sozio-kultureller Gestaltung" und deswegen bekämen die Selbsthilfeprojekte vielerorts mehr als Almosen, z.B. Frauenprojekte in Berlin 700.000,- DM pro Jahr. Und wenn sie „Power und Sympathie (...) mobilisieren" könnten durch die Profilierung als „respektierte Helfer", dann „können Verwaltungen ihre Forderungen nach Anteil an den Steuergeldern nicht mehr einfach abweisen", weil die „politischen Verwaltungsspitzen wiedergewählt (...) bzw. im Amt bleiben"

Sabine Spiesmacher

Die, die sich kritisch mit der „Staatsknete" für Selbsthilfeprojekte auseinandersetzen, sollten also aufhören, durch die „Ideologie von der Unüberbrückbarkeit" Teile der Selbsthilfebewegung zu verunsichern, denn es gäbe ja den Konsens (s.o.). Zwar gehe der Umverteilungsprozeß von Steuermitteln viel zu langsam wegen der „Macht der etablierten Interessen- und (Wohlfahrts-)Verbände", aber eine „Politik der kleinen Schritte" führe zu weiteren Reformen.

Als jemand, die seit über zehn Jahren in einem Selbsthilfeprojekte (ffbiz Berlin) arbeitet (unbezahlt!), reibe ich mir ob dieser Sicht erstaunt die Augen:

Wir sollen also zusätzlich zu der überwiegend unbezahlten Arbeit zum Aufbau und Unterhalt unserer Projekte, zu Selbstverwaltung, politischer Einmischung, Organisieren eigener Zusammenhänge, Öffentlichkeitsarbeit, Finanzabrechnungen, usw. – und nebenbei auch dem Erwerb des eigenen Lebensunterhaltes – noch die Verwaltungsspitzen schlau machen! Ich kann mir nicht helfen, solch eine Zumutung kann eigentlich nur jemand äußern, der nie längere Zeit ein Projekt von innen gesehen hat und sich keine Sorgen darüber machen muß, wovon er morgen leben soll.

Für Frauenprojekte in Berlin wird weniger Geld im Haushalt eingeplant, als für das Gehalt von vier Senatoren. Ich erwarte von diesen hochbezahlten Verwaltungsmenschen und Politikern, daß sie sich selbst sachkundig machen. Material dazu haben wir genug erarbeitet.

Noch was: Woher nimmt Vilmar die Annahme, es gäbe einen „Konsens über den Grundwert autonomer sozio- kultureller Gestaltung", wenn ein Zentrum, wo dies geschieht – der Mehringhof – immer wieder von der Polizei durchsucht bzw. belagert wird?

Selbst angenommen, es gäbe diesen Konsens, so hat er kaum Auswirkungen auf die, die nicht auf der Sonnenseite dieser Gesellschaft leben.

Wo ist z.B. die Autonomie der sozio-kulturellen Gestaltung für Menschen, die auf den Rollstuhl angewiesen sind, wenn ihnen die meisten Verkehrsmittel und Gebäude verschlossen bleiben?

Seit über zwei Jahren arbeitet das ffbiz daran, den rollstuhlgerechten Umbau von Toilette und Laden zu finanzieren. Das Wohlwollen der Verwaltung hat uns bisher keinen Pfennig gebracht! Stattdessen finanziert der Lotto- Beirat die Beflaggung Berlins im 750. Jahr oder gibt Zuschüsse zum Avus-Rennen, veranstaltet vom ADAC. Im übrigen: gäbe es diesen Konsens, hätten wir rollstuhlgerechte Räume übernommen, denn vorher beherbergten sie eine öffentliche Einrichtung: die Zweigstelle West der Stadtbücherei Charlottenburg.

Solange ein Grundwert – sei er denn tatsächlich allseits anerkannt – nicht durch entsprechende Finanzmittel ausgestattet ist, bleibt er Makulatur. Der angebliche Konsens scheint mir lediglich ein schlechtes Gewissen zu sein gegenüber den berechtigten Forderungen von an den Rand Gedrängten – verbale Legitimation des ungenierten Zugriffs der Herrschenden auf nicht von ihnen erarbeiteten gesellschaftlichen Reichtum. Antes, Flick, Barschel, Spielbankaffäre seien als Stichworte erwähnt. Wenn die Pharmaindustrie hustet, kippt die Kostendämpfung bei Medikamenten aus der Gesundheitsreform. Für die Projekte gibt's dagegen, wenn sie gar nicht mehr zu überhören sind, ein Trostpflästerchen. Um die eigene Macht zu erhalten, werden ein paar Ideen aufgegriffen.

Ich erinnere mich an die Entstehung des sogenannten „Fink-Topfes" – die Projekte hatten sich zusammengeschlossen, ihren Finanzbedarf anhand der geleisteten Arbeit ausgerechnet (ca. 50 Mio. DM/Jahr) und lautstark öffentliche Mittel in Selbstverwaltung gefordert. Herausgekommen sind 7,5 Mio DM/Jahr ohne Selbstverwaltung. In den letzten Jahren geht ein zunehmender Teil dieses Geldes an etablierte Verbände zur Einrichtung von bezirklichen Selbsthilfe- Kontakt- und Beratungsstellen. Und damit sollen wir zufrieden sein?

Wir sollen zufrieden sein mit 700.000 DM/Jahr für Frauenprojekte in Berlin, wenn die Senatskanzlei im kommenden Jahr 6,6 Mio.DM für Empfänge und Feierlichkeiten ausgeben will und allein der Senator für Wirtschaft und Arbeit für Ehrungen und Preise 254.000,DM veranschlagt? Der Trabrennverein Mariendorf soll mit 11,52 Mio.DM bezuschußt werden, das internationale Design-Zentrum mit 900.000 DM. In die industrielle Technologieförderung sollen 9,95 Mio DM fliessen. Das sind die Relationen und Prioritäten. Das Geld für Projekte SIND Almosen.

Wir nehmen es dennoch. Wir lehnen nicht das Geld ab, sondern die Bedingungen, unter denen wir es bekommen.

Wir wissen, daß die Förderung mit Steuergeldern nicht die Anerkennung ist, daß in den Projekten gesellschaftlich notwendige und damit von der Gesellschaft zu finanzierende Arbeit geleistet wird, sondern der Versuch der Regierenden, die eigene Verfügungsgewalt und Macht zu legitimieren.

Ich möchte das am Beispiel des Frauenforschungsförderungstopfes illustrieren. Das einzige Argument, mit dem seine Einrichtung durchgesetzt werden konnte war, daß Berlin sonst gegenüber anderen (Bundes-)ländern in Verzug geraten und damit an Attraktivität einbüssen könnte. Daß Frauenforschung neue und wichtige Inhalte erbringt, interessierte überhaupt nicht. Im Gegenteil, die Vergabekriterien sollen dieselben sein, wie bisher – also die, die Frauenforschung bisher ausgegrenzt haben.

Die Projekte wissen um diesen Zwiespalt mit der „Staatsknete". Er läßt sich nicht auflösen, solange wir Selbsthilfe als gegenseitige Befähigung unter Gleichen verstehen und uns nicht vom „wir helfen uns" zum sozialarbeiterischen „wir helfen euch" entwickeln. Das wäre die Vereinnahmung: die Projekte wären nicht mehr Anschauung für alle die, die – wie wir – eine selbstorganisierte Gesellschaft anstreben, weil sie sehen, daß die herr-schende Politik das menschliche Leben auf der Erde ruiniert, sondern Reparaturbetriebe für die gröbsten Versäumnisse.

Für viele Autonomen scheinen die meisten Projekte nur noch genau dies zu sein: Büttel des Staates, die froh sind, ihr eigenes Schäfchen im Trockenen zu haben. Anhand der obigen Zahlen dürfte das deutlich geworden sein, daß da gar nichts im Trockenen ist.

Im übrigen ist diese Haltung genauso vereinfachend wie Vilmars Annahme, die Projekte müßten nur ihre anti- staatliche Ideologie aufgeben, dann entwickle sich schon alles zum Guten.

Wir können nur solange nicht vereinnahmt werden, solange wir immer wieder und bei jedem Antrag auf „Staatsknete" neu überdenken, auf was wir uns einlassen, was wir gewinnen und was wir verlieren. Vielleicht haben manche Projekte diese Reflexion vernachlässigt und damit Kübels Zorn auf sich gezogen. Aber: der „Hauptfeind" sitzt trotzdem woanders. Ich gebe zu bedenken, daß jede Mark, die Projekte sich erkämpfen, nicht für die weitere Aufrüstung z.B. der Polizei verwendet werden kann. Und alle, die sich in einem Projekt eine eigenständige Existenzsicherung schaffen können (reich ist dabei noch niemand geworden), brauchen nicht woanders zu buckeln.

Nachsatz:
Fritz Vilmar, übernehmen Sie doch das Schlau-machen der Verwaltung! Werben Sie für uns, anstatt zu versuchen, uns in Gute – sich ohne wenn und aber über „Staatsknete" freuende und Schlechte – durch Reflexion möglicherweise verunsichernde Projekte – zu spalten. Beschleunigen Sie den Geldtransfer, spenden Sie uns einen Teil Ihres Professorengehaltes, damit wir durch unsere Arbeit überzeugen können – zumindest auf die Einnahmen aus den zu Selbsthilfeprojekten von Ihnen herausgegebenen Büchern haben wir ein Anrecht. Ohne unsere Arbeit und unsere Ideen hätten Sie sich nicht derart profilieren können.

Der Müll, die Stadt und die Not

Ein Kreuzberg-Krimi

oder: Wie Geld, Gewalt und Desinformation einen Stadtteil fertigmachen

Red. Heidelberg Manche Bilder gehen einem nur schwer aus dem Kopf, weil sie brennglasartig Widersprüche zeigen, die sich konkret kaum erklären lassen. Nach dem Anschlag auf die Computeranlagen von „Stattbau" im Februar dieses Jahres gab es in einer Kreuzberger Hinterhofkirche ein sogenanntes „Kiezpalaver". Bei diesen Veranstaltungen geht es immer sehr locker zu, die verschiedensten Richtungen sollen sich frei streiten können, Presse ist nicht zugelassen, nur Kreuzberger reden. Die Kirche stellt die Räume (incl. Altar) zur Verfügung und am Eingang betteln obdachlose Punks mut ihren Hunden um Biergeld, während vorne der Vertreter von Stattbau erklärt, daß er mit seinem Dreitausend-Mark-Gehalt weit unterbezahlt sei, in der (korrupten) Baubranche würden mit Sanierungen heutzutage Millionen verdient; er „opfere" sich demnach geradezu auf für die armen ehemaligen Hausbesetzer und nun würden die sich mit Gewalt bedanken. Der „Hassemanemakk"-Typ am Eingang blickt verständnislos, dreitausend Mark hat er noch nie auf einem Haufen gesehen.

Dr. Seltsam

Er gehört zu dieser neuen „Kreuzberger Mischung", die die soziale Brisanz und Lebendigkeit des Viertels ausmachen. In einige Straßenzügen lebt die Hälfte aller Haushalte unter dem „konventionellen Existenzminimum" (P-4- Gutachten), die lange Wiener Straße ist die ärmste Berlins, d.h. mit dem niedrigsten Durchschnittseinkommen. Wer hier wohnt, braucht keine Schulstunden über Wendepolitik, Leistungs- und Zwei- Drittel-Gesellschaft. In Kreuzberg lebt man auf dem sozialen Abfallhaufen des Kapitalismus. Die Tendenz zum Slum ist offenkundig und damit alle diejenigen Begleitumstände, die man schon immer aus westlichen Metropolen kennt: Banden, Emigranten, Drogen, Alkohol, Reifenstecher, Brände, Riots, Plündern, Betteln. Das Besondere an Kreuzberg ist nur, daß hier mehr politisiert wird. Anarchos, Antiimps, Linke aller Couleur vom autonomen Steineschmeißer bis zum Gemenge der Sozialreformisten aus Mieterberatung, AL und SPD, Künstler, Säufer, alternative Naturkostler, Moslems und DDR-Freigekaufte kämpfen beim Bier und im Stillen, einzeln, militant oder auf Papier um die ideologische Hegemonie auf der Müllhalde. Dabei kommen manchmal großartige Initiativen zustande, die an Einfallsreichtum und Militanz alle anderen Gegenden übertreffen und das ist der Grund dafür, daß der Berliner Senat das Viertel gelegentlich abriegelt, wenn wichtige Gäste die Stadt besuchen, daß die politische Polizei hier verzweifelt nach Kontakt sucht und daß viel Geld für Sozialprogramme ausgegeben wird, um den Bezirk zu „befrieden".

Schon zur Gründung von „Stattbau" 1983 verpulverte man zwei Millionen Mark Senatsknete als „Regiekosten", und seitdem ist es gute alternative Tradition, dem Staat gewaltige Interventionsprogramme vorzuschlagen, mit deren Hilfe arbeitlose Soziologen, Stadtplaner, Sozialarbeiter, Pädagogen mäßig bezahlt auf die unsozialisierte Kreuzberger Problemjugend losgelassen werden. Im Oktober 1987 wurde z.B. ein solches Programm aus Kreisen der AL- Fraktion bekannt, danach sollte eine „Kreuzberg-Stiftung", womöglich mit Präsident Weizsäcker an der Spitze, hundert Millionen Mark aufbringen. Das Geld war nicht etwa für die Drogen-Punks und jugendlichen Sozifahrer gedacht, sondern als Verwaltungskosten für die „ABM-Linke", die dieses Programm hätte organisieren sollen.

Gewiß ist nichts dagegen einzuwenden, vom Staat Geld abzuzocken, wo es nur geht (jede Mark Sozi ist eine Bundeswehrpatrone wenier); schlimm wird es aber, wo daraus eine affirmative Ideologie gemacht wird. Mit welcher Art Begründungen für solche Projekte beim Senat geworben wird, geht aus einem anderen Papier hervor, das Frau Eichstätt-Bohling, ehem. Geschäftsführerin bei „Stattbau" gemeinsam mit anderen Vorstandsmitgliedern dieses alternativen Sanierungsträgers am 2.9.87 für „Senat, Kirche etc." programmatisch formulierte. Unter anderem heißt es darin:

„Gleichzeitig und zunehmend wird aber auch die Einhaltung einer Reihe von Spielregeln verlangt" (von den Ex-Besetzern!). *„Arbeit gibt es nur, wenn bestimmte Regeln eingehalten werden... Soweit es geht, sollen Bewohner an geregeltes Arbeiten herangeführt werden, um sie danach in normale Beschäftigungsverhältnisse vermitteln zu können. ... Auch Bewohner, die wenig Chancen haben, sollen ... soziale Anforderungen gestellt bekommen, die ein halbwegs menschenwürdiges Dasein braucht, wie regelmäßiges Essen, Waschen, menschenwürdiges Wohnen ... Ein weiteres Ziel ist die Reduktion des Alkohol- und Drogenkonsums und der Abbau von Aggressionen."*

Kein Wunder, daß ein derartiges Programm bei den Betroffenen gewisse Aggressionen auslöste. Und selbst wenn wir zu Frau Eichstädts Gunsten annehmen wollen, daß sie sich hier bloß aus taktischen Gründen wie eine preußische Pfarrersfrau gebährdet hat, um beim Senat mehr Knete für ihre Schützlinge locker zu machen, so bleibt doch die Vermutung, daß im Windschatten solcher Projektideen sich ein Großteil der akademischen Sozialreform tatächlich ein bequemes Leben erträumt, auf Kosten der Allerärmsten: Während die Pädagogen etc. als „Projektleiter" ihre zweitausend Mark aus dem ABM- und Senatsfond kassieren, mal abgesehen von den ziemlichen Honoraren der engagierten Architekten und sonstigen Berater, die sonst ebenfalls arbeitslos wären, schicken sie die eigentlich arbeitenden Kids für 2,50 DM die Stunde von der Sozialhilfestelle auf den Bau.

Frau Eichstädt übrigens ist von dem Stattbauposten im Februar zurückgetreten, schnelle Zungen in der AL wispern aber, daß sie nach der Wahl nächstes Jahr die Nachfolge von Baustadtrat Orlowsky antreten will. Linke Karrieren.

Den eigentlichen Sinn dieser Politik aber brachte die Stadtzeitung Zitty (1987) auf den zynischen Begriff: *„Wird autonomer Nachwuchs knapp, wenn in Kreuzberg eine Reintegration oppositioneller Gruppen gelingen könnte?"*

Das Individuell-Moralische an dieser Geschichte ist gar nicht so interessant, schließlich ist jede/r käuflich und Intelligenz erhöht nur den Kaufpreis. Was wir hier erleben ist vielmehr das gesellschaftliche Durchschlagen der konservativen „Wende" bis weit hinein ins linke Lager. Leute, die vor zehn Jahren noch Solidarität mit den sozial Schwachen predigten und vor fünf Jahren noch zur Gründung gleichberechtigter Selbsthilfekollektive bereit waren, sind heute soweit, daß sie auf ihrem modischen Egotrip für das bißchen Staatsknete auch die gemeinste Sauerei mitmachen, nämlich die Denunziation der Kreuzberger Autonomen- Szene als „politische Gewalttäter", um die Notwendigkeit ihrer eigenen Krisenintervention unter Beweis zu stellen. Zu Anfang ging das sogar den eigenen Leuten zu weit.

„In dem Zusammenhang" schreibt etwa der „Stachel" („Kreuzberger AL-Wählerblatt") *„ist das Verhalten des Realo-Flügels der AL, den Waldekiez als neue RAF- Brutstätte zu orten und die Staatsgewalt zu rufen, alles andere als hilfreich und spaltet die Linke ... Stand man vor einiger Zeit noch auf der gleichen Seite der Barrikade, so finden sich die einen nun in den großen Altbauwohnungen mit abgezogenen Fußböden wieder, die sie dem „Schweinesystem" abgehandelt haben, während sich die anderen immer noch von Kebap und Dosenbier ernähren. Um den Repräsentanten des real in Zehlendorf existierenden Schweinesystems zukriegen, dazu sind die Autonomen zu schwach, aber dem IBA-Planer im Nebenhaus die Reifen abzustechen, dazu langts noch." Das versteht jeder bessere Sozialarbeiter.*

(E.S. „Stachel", August '87)

Diese sozusagen unpolitischen Voraussetzungen der Kiez-Gewalt nicht verstehen wollend begann die gesamte Berliner Medienwelt nach dem wilden 1. Mai 1987 wie verabredet und unter führender Beteiligung der taz eine hanebüchene Desinformationskampagne, in deren Verlauf ich mich mitten in Kreuzberg nur dauernd an den Kopf fassen konnte, wohnte ich doch angeblich in einer Zone der Gewalt, umgeben von Kiezmafia, Schutzgelderpressern und politischen Brandstiftern. Nichts davon ist wahr und einige der größeren Lügen des letzten Jahres lassen sich heute endgültig widerlegen; zur Frage Kiezmafia sagt nebenstehender Konkret-Leserbrief alles nötige: Es war Straßentheater! „Schutzgelder" werden zwar in Diskotheken und Puffs nach wie vor von der persischen Heroinmafia erpreßt, die linke Szene jedoch hat sowas einhellig verurteilt, es ging auch von Anfang an nur um freiwillige Spenden an die Knastkasse, die irgendein Ledertrottel zu grob eingefordert hatte. Die angebliche Brandstiftung der ökologischen Holz-Kita, die der AL- Baustadtrat nur unter Polizeischutz auf dem Gelände des autonomen Kinderbauernhofes errichten konnte, entpuppte sich als Selbstentzündung der Schweißgasflaschen – selbstverständlich wurden dieses polizeiliche Ermittlungsergebnis von der taz in einer kleinen Meldung versteckt, nachdem sie vorher seitenlang die „Verurteilung von Gewalt" progagiert hatte.

Sofort nach dem wilden 1. Mai 1987 begann die Suche nach den „Hintermännern". Der Bundestag schickte eine Enquete-Kommission der Staatsschutz schockweise Zivis durch den Kiez.

Der erste Hammer erschien Ende Juni '87 im Spiegel (Nr. 21): „Der unheimliche Ort Berlin", von Marie-Luise Scherer, jetzt Kernstück ihres neuen Buches „Ungeheuer Alltag" im Rowohlt Verlag. Es lohnt sich, dort nachzulesen, wie sie eigentlich gar nichts weiß, aber soviel rumspekuliert und fälscht, bis am Ende die Wohngemeinschaft „Walde 33" als potentielle Mörderclique erscheint. Ekelhaft – aber für sowas kriegt man heutzutage Journalisten- Preise.

In die wildesten Lügengeschichte aber hatte sich neben der Spiegel-Autorin der Berliner taz-Redakteur G.N. verwickelt, der um jeden Preis als „Opfer linker Gewalt" berühmt werden wollte.

Den folgenden Leserbrief erhielt ich in einer Kreuzberger Bierschwemme zugesteckt; in der taz ist er meines Wissens niemals erschienen.

„Ich gehöre zu den Leuten, die im August 87 am Checkpoint Charlie von den Mun-Schlägern auf Ostberliner Gebiet getrieben und dort zusammengedroschen worden sind. Zwei Tage später die taz aufzuschlagen und von G.N. zu erfahren, wir hätten mit Vopos zusammen die Mauer verteidigt, habe ich als zusätzlichen Schlag in die Fresse empfunden. In der Folgezeit ist in Leserbriefen und Flugblättern immer wieder versucht worden, vor allem zwei Dinge richtigzustellen. Erstens: G.N. hat den Stein nicht für einen kritischen Kommentar ins Auto gekriegt, sondern für eine üble Falschmeldung, die sich nahtlos in die staatliche Autonomen- Hetze nach dem 1. Mai einreihte. Zweitens: die Kellerbrandstiftung hat nichts mit dem Steinwurf zu tun. Nicht „einzelne Autonome", sondern besonders die Steinewerfer haben sich davon distanziert. Etwa zwei Wochen nach dem Brand erschien in **anderen** *Berliner Zeitungen eine kurze Meldung aus dem Polizeibericht über die Festnahme eines Mannes, der 40 Brandstiftungen in Kellern, Treppenhäusern und auf Dachböden gestand. Sein Operationsgebiet: genau der Kiez, wo G.N. wohnt. Keine dieser Richtigstellungen wurde veröffentlicht. Aus dem Flugblatt „Wer im Glashaus sitzt...", das sich ausführlich mit G.N. und der taz beschäftigt, kürzte er eigenhändig sämtliche ihn und die Zeitung betreffenden Passagen, was er gegenüber anderen tazlern später so begründete: „Das Flugblatt war so gut, da wußte ich gar nicht, wo ich überall kürzen sollte, damit wir's noch reinbringen konnten". Die Berlinredaktion fragt in nicht zu überbietender Heuchelei, warum die Auseinandersetzung zunehmend handgreiflich geführt wird. Ganz einfach: weil taz-Lügen so lange Beine haben, daß noch 9 Monate später Mitleid und Solidarität für G.N. erheischt werden kann mit der Behauptung, er würde als unbestechlicher kritischer Journalist angegriffen.*

Nicolas, KREUZBERG, 24.5.88

Zu erwähnen bleibt, daß G.N. damals „in seiner Furcht" auch noch zur politischen Polizei lief und dort einen jungen Arbeiter –nebenbei: 1980 einer der ersten eingeknasteten Hausbesetzer – als den vom Staatsschutz so dringend gesuchten „Kiezfürsten" denunzierte. Die Zeitung versuchte sich später bei dem jungen Mann zu entschuldigen und bezahlte wenigstens dessen Awaltskosten.

G.N. aber wurde innerhalb des Blattes vom Regionalteil zur aktuellen Politik befördert, eine öffentliche Richtigstellung auf den Seiten der taz suchte man vergebens. Die Polizei hat die Ermittlungen in Sachen Kellerbrandstiftung längst abgeschlossen und keine Anhaltspunkte für politische Hintergründe gefunden. G.N. weiß das, geht aber immer noch in der Öffentlichkeit als „Opfer" hausieren, so wurde er jüngst wieder in den Netzwerk-Beirat gewählt. Gegen eine Gruppe von Frauen, die auch in diesem Gremium die längst überfällige Quotierung nachziehen, aber nicht mit einem Spitzel gemeinsam kandidieren wollten. In der Diskussion brachte G.N. dort erneut die alten Lügenstories vor, „die Autonomen" hätten ihn mehrmals angegriffen. Daß jemand sich subjektiv bedroht fühlt, mag ja angehen, daß aber von Teilen der Linken/Kollektiv-Szene immer noch geglaubt wird, eine „Kiezmafia" würde gezielt gegen kritische Einzelpersonen vorgehen, zeigt, wie tief die Spaltung längst reicht und wie verheerend die monatelange Deinformation gewirkt hat. Hätte die Bild- Zeitung sowas versucht, jeder hätte sie ausgelacht; einem taz- Schreiber glaubt man offenbar eher. Das schafft, besonders im Hinblick auf den Wahlkampf 1989 eine bedrohliche Lage. Die taz- Redaktion hat schon öfter bewiesen, daß sie im Interesse einer rot-grünen Bündnispolitik zu jeder Fälschung bereit ist.

Foto: Poschen

Kreuzberg SO 36

Hier sind die Nächte tatsächlich länger und aufregender als anderswo. Wer sich zur „Kreuzberger Szene" zählt, ist hier, rund um das Kottbusser Tor und weiter in Richtung Schlesisches Tor, zuhause oder zumindest unterwegs. Man wechselt von gemütlichen, irren, chaotischen und Schickeria-Lokalitäten zu türkischen und anderen fremdländischen Treffs und Restaurants. Zu jeder Tagesund Nachtzeit herrscht bunte Betriebsamkeit.

Die Galerien End art und Unart präsentieren Experimentelles. Ein beliebtes Off-Kino ist das Babylon. Sehenswert: der von Studenten der Hochschule für Künste gestaltete Häuserblock am Erkelenzdamm/Ecke Wassertorplatz. Der Milchladen verkauft – man höre und staune – noch Milch aus der Kanne.

aus: „Berlin für junge Leute", Senatsbroschüre, um junge Arbeiter nach Berlin zu locken.

Leserbrief, „Konkret" 2/88

„Nun eine kleine Korrektur zum Artikel von A. Herzau „Zwille und sein Milieu": Es wäre zwar ein netter Gag, wenn es eine „Kiez-Miliz" der Autonomen in K 36 gäbe (K 36 ist der Teil von Kreuzberg, der immer gemeint ist, wenn von „Kreuzberg" die Rede ist). Herzau ist hier vermutlich einer der üblichen Falschmeldungen der taz aufgesessen: Die „Kiez- Miliz" war tatsächlich ein Gag – und sonst nichts –, ein Versuch, den jammernden und zeternden bürgerlich- liberalen Linken (wie z.B. der taz) satirisch ihre Angstvisionen vorzuführen. Leider sind die zu dumm und humorlos, um so etwas zu kapieren.

Es gibt nicht nur keine verbindliche Organisationsstruktur der Autonomen, es gibt nicht einmal „die Autonomen": Auch hier lügt die Presse Schreckgespenster zusammen. Schade, oder?

Ein ziemlich Autonomer aus K 36

Zuerst waren wir selbstlos – jetzt gehen wir selber los

Ist die Alternative Ökonomie Trägerin gesellschaftlichen Fortschritts für Frauen oder hat sie systemstabilisierende Funktion?

Unter dieser Fragestellung möchte ich hier über den, drei Vormittage dauernden, Frauenblock der Tagung „Perspektiven der Alternativen Ökonomie bis zum Ende des Jahrtausends" vom 15.-22.7. in Arnoldshain, berichten. Geladen hatte der Theoriearbeitskreis „Alternative Ökonomie" der AG SPAK zum Anlaß seines 10-jährigen Bestehens. Den Frauenblock hat Martina Racki ausgezeichnet - vorbereitet. Grundlage für die, zu kurzen, intensiven und interessanten Diskussionen und für viele Denkanstöße waren sieben Referate in der angeführten Reihenfolge.

1. Tag: „Empirische Ergebnisse zur gegenwärtigen Situation von Frauen in SV-Betrieben und -Projekten. Präsentation von Untersuchungen durch Wilma Mohr und Mada Mevissen.

2. Tag: Selbstverwaltete Frauenarbeit zwischen Hausarbeit und Selbsthilfe von Gisela Notz und Martina Racki.

3. Tag: Probleme der Finanzierung und Organisation SV-Frauenarbeit oder: „Recht auf Einkommen für Arbeit" !? von Christa Nesemann, Birgit Cramon-Daiber und Helga Haas-Rietschel.

Luise Gubitzer

Ausgegangen wurde von den vielfältigen Arbeitsverhältnissen von Frauen wie Hausarbeit, ehrenamtliche Arbeit (politische, soziale und soziale in Selbsthilfegruppen) und ungeschützte und existenzsichernde Erwerbsarbeit, wobei ihre Tätigkeiten am schlechtesten bezahlt sind, am wenigsten gesellschaftliche Anerkennung vermitteln und auf den untersten hierarchischen Ebenen angesiedelt sind.

Die Strukturen der selbstverwaltenden Wirtschaft incl. Kommunen bieten prinzipiell die Möglichkeit der Vereinigung all dieser Arbeitsverhältnisse. Die Frauen erwarten sich daher von der Arbeit in selbstverwalteten Betrieben und Projekten „eine gleichberechtigte Existenzsicherung durch gleichberechtigte Teilhabe an kollektiven betrieblichen und außerbetrieblichen Planungen und Entscheidungen für sinnvolle Lebensarbeit. Von den in der selbstverwalteten Wirtschaft arbeitenden Männdern erwarten sie, daß sie gleichermaßen die das unmittelbare Zusammenleben betreffenden Angelegenheiten regeln und sich an der Organisation von Haus- und Pflegearbeiten gleichberechtigt beteiligen." (Notz, S. 4). Der Verwirklichung dieser Vorstellungen sind auch in der Alternativen Ökonomie noch Schranken gesetzt. Sie liegen im Desinteresse und Unvermögen vieler Männer, z.B. sich Ressourcen entziehen zu lassen, über die sie bis jetzt selbstverständlich verfügt haben, die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zu problematisieren, sich Gedanken über die Neudefinition und Neuverteilung von Haus-, Erziehungs- und Pflegearbeit zu machen; sie liegen in den ökonomischen Zwängen der Projekte und in der Sozialisation von Männern und Frauen. Bei letzteren vor allem in der Bereitschaft, sich noch immer für die Reproduktionsarbeit und für ein ausgeglichenes, emotional befriedigendes Klima verantwortlich zu fühlen.

trotzdem sind selbstverwaltete Betriebe und Projekte Ansätze „verwirklichter Zukunftsvorstellungen für eine bessere Lebensarbeitwelt für Frauen". (Notz, S.1) Frauen erschließen sich damit neue Möglichkeiten für persönliche und politische Identität. Sie ermöglichen das Erlernen von Selbstverwaltung und wirtschaftliche Kompetenzen, das Sammeln von Erfahrungen und den Umgang mit dabei auftretenden Problemen. Dazu zählen z.B. das Klarwerden über die eigenen Interessen und ob Frau sie durchsetzen will; den Wert der eigenen Arbeit sehen und auch selbst anerkennen; dem Umgang mit Macht bzw. deren Umwandlung in Einfluß; das Akzeptieren, daß Frauen anders arbeiten und die eigene, sowie die Arbeit anderer nicht wie Männer bewerten und daß nicht alle Frauen gleiche Interessen haben und gleich empfinden.

Die Frau in der Alternativen Ökonomie

Errungenschaften an Hand der zwei referierten Studien. Zu den wichtigsten Zielen der Betriebe und Projekte zählt die Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung. Ihre Realisation muß aber vorrangig von den Frauen eingeleitet und betrieben werden. Wenn die Frauen konkrete Veränderungen konsequent fordern, gibt es „genügend Flexibilität, diese Veränderung auch herbeizuführen" (Mohr, S.16). D.h. Diskussionen, wenn sie stattfinden, bleiben nicht folgenlos, so wurden z.B. Arbeitsbereiche anders verteilt, die regelmäßige Rotation unangenehmer Arbeiten, wie z.B. Putzen eingeführt.

Die Aufhebung gelingt vor allem bei gleichen Qualifikationen, nicht jedoch in allen Branchen. Gründe sind, daß Frauen, nachdem sie die Erfahrung gemacht haben, daß sie bestimmte körperliche traditionelle Männerarbeit auch können, sie nicht mehr machen wollen, wie z.B. den ganzen Tag schwere Möbel schleppen. Hier sind die Frauen dabei, herauszufinden, welche Bedüfrnisse sich mit welcher Art von Arbeit befriedigen lassen. Aufgrund geringer technischer Vorbildung trauen sie sich an bestimmte Arbeiten nicht heran, aus Angst komplizierte Maschinen kaputtzumachen.

Obwohl die beiden Studien zu unterschiedlichn Ergebnissen kommen, finden sich mehr Frauen als erwartet in Schlüsselpositionen wie z.B. Öffentlichkeitsarbeit (51% bzw. 46%), Produktion- und Programmplanung (49%), und Finanzen (33%). Auch ist die Erledigung der innerbetrieblichen Hausarbeiten - wie Kaffee kochen, Spülen und Fensterputzen - zu gleichen teilen weitgehend umgesetzt.

Nichts desto trotz ist aber zur Aufhebung der geschlechtshierarchischen Arbeitsteilung noch viel zu tun, wobei von den Frauen Beharrungs- und Verweigerungsvermögen verlangt wird und viele Stolpersteine beseitigt wereden müssen. Um sie zu erkennen, anzusehen und wegräumen zu können, sind Frauenzusammenhänge herzustellen.

Weitere Errungenschaften sind, daß der Frauenanteil nach der Gründung zunimmt und im Vergleich zur allgemeinen Frauenerwerbstätigkeit in Hessen (39,6%) und der BRD (38,4%), 1987 mit 45,4% (in gemischten) bzw. mit 53% in allen Projekten überdurchschnittlich hoch liegt. Auch verdienen Frauen im selben Betrieb den gleichen Lohn, d.h. es gibt keine Lohndifferenzierung nach dem Geschlecht.

Durch die Sichtbarmachung und Umwandlung von traditionell unbezahlter in bezahlte Arbeit in reinen Frauenbetrieben und -projekten, wurde „Pionierarbeit" geleistet. Von „Goldrausch"-Berlin wurden Bereiche finanziert, die vorher nicht als Tätigkeiten anerkannt waren. Eine Leistung speziell der Frauenprojekte ist die Sensibilisierung von Frauen außerhalb der Szene für feministische Ansätze, indem sich der Feminismus ins Alltagsbewußtsein eingenistet hat. In den (Frauen)-Projekten haben Frauen gelernt, mit Geld und Wirtschaft umzugehen und dabei großzügig und genau zu sein, auch gegenüber sich selbst.

Die durchschnittliche Arbeitszeit von 29 Stunden pro Woche in den reinen Frauenbetrieben kann als gesellschaftlich richtungsweisend angesehen werden (in reinen Männerprojekten beträgt sie 41 und in gemischten 38 Wochenstunden). Es kann angenommen werden, daß sie den Bedürfnissen der Frauen entspricht, da auch mit steigender Arbeitszeit der Frauenanteil in den gemischten Projekten abnimmt und Arbeitszeit für Frauen ein wichtiges Merkmal ihrer Erwerbstätigkeit ist. Genau zu erforschen sind aber noch die Motive der Frauen, sowie ob eine branchenspezifische Abhängigkeit vorliegt. Gesamtgesellschaftlich interessante Experimente werden auch in der Kinderbetreuung gemacht, zu ihnen zählen z.B. Kinderläden in den Projekten mit bezahlter Bezugsperson, flexible und kürzere Arbeitszeiten für Mütter und Väter mit vollem Lohnausgleich, sowie Kindergeld (zwischen 75 und 750 DM - Mevissen).

Auch in den Frauenbetrieben wurde gezeigt, daß sie in Konkurrenzwirtschaften mit den entsprechenden Zwängen der Kapitalverwertung funktionsfähig und erfolgreich sind.

Mit all diesen Beispielen kann die Alternative Ökonomie für Frauen Agitation- und Lehrbeispiel sien und für die Verwirklichung von Frauenforderungen Modell- und Vorreiterfunktion haben und es kann damit gezielte Öffentlichkeitsarbeit gemacht werden. Die gelebten Beispiele, unabhägig davon, wieviele es sind, und wie lange sie selbst existieren, können so helfen, gedankliche Barrieren und Zweifel an der Durchführbarkeit zu beheben und so zur Verwirklichung auf gesamtgesellschaftlicher Ebene beitragen.

Frauenrelevante Entwicklungskonzeptionen

Neben den hier angeführten frauenrelevanten Erfahrungen in der selbstverwalteten Wirtschaft, wurden von den Referentinnen und in den Diskussionen noch folgende ausgewählte Aspekte angeschnitten:

Ingesamt ist auf eine gesamtgesellschaftliche frauenrelevante Lösungskonzeption hinzuarbeiten. Die genannten Erfolge in der selbstverwalteten Wirtschaft wären, wenn sie gesamtgesellschaftlich und gesamtwirtschaftlich zum Tragen kommen, erste, aber wichtige Schritte in die richtige Richtung. Es ist zu überlegen, was unsere gemeinsamen Utopien sind, und wie wir ihnen näher kommen. Dazu ist es notwendig, daß wir die Mechanismen, die uns unterdrücken und unser Leben erschweren, erkennen. Weder „neue Mütterlichkeit" mit der Einführung eines zweiten Muttertages noch die Erfüllung des „Vollbeschäftigungsprogramms" des Rationalisierungskuratoriums der Deutschen Wirtschaft „Die Frau von morgen löst alle Probleme, die die Männer heute produzieren", oder „Lohn für Hausarbeit" können Orientierung sein.

Ein frauenadäquater Arbeitsbegriff

Eine zentrale Kategorie an der bei der Entwicklung einer gesamt-gesellschaftlichen Lösungskonzeption anzusetzen ist, ist die Bestimmung eines frauenadäquaten Begriffs von der Arbeit. Dazu zählten z.B. das Arbeitsfeld, der Arbeitsstil, die Arbeitsweise, der Arbeitssinn und -inhalt, der Arbeitswert, die Integration verschiedener Arten von Arbeit wie geistige und körperliche, soziale und gewerbliche, politisches Handeln, sowie verschiedener Arbeitsbereiche, die Freude machen, abwechslungsreich, lustvoll, atmosphärisch, gegenwärtig sein und mit anderen zusammen getan werden soll. Daran knüpft sich die Frage, wozu und wofür wir Frauen arbeiten wollen, da es schädigende, unökologische, asoziale, notwendige, sinnvolle etc. Bereiche gibt. Diese Inhaltsbestimmung kann die Aufhebung der Trennung von Freizeit und Arbeit bedeuten und eine andere Gestaltung der Arbeitszeit und Arbeitsorganiation bedingen.

Ein wichtiger Bereich ist dabei die Hausarbeit, bei der es zu einer Entgegenständlichung, Zerstückelung, Mechanisierung, Rationalisierung und Professionalisierung gekommen ist. In ihrem Strukturwandel, hat sie sich „immer mehr auf Beziehungsarbeit pur und die Zubereitung von Fertigprodukten entwickelt. Gegenstrategien wie Pulloverstricken und Körner auf dem Balkon pflanzen sind dem gegenüber eher hilflose Versuche." (Cramon-Daiber S. 73).

Ausgehend davon können dann einzelne, derzeit diskutierte Konzepte beleuchtet bzw. neue entwickelt werden. Solche Konzepte sind z.B.

- Arbeitszeitverkürzung auf weniger als 35 Stunden. Dazu muß auch die Fähigkeit erlernt werden, die Freizeit sinnvoll zu gestalten.
- Mehr Versorgung durch den Staat.
- (Schlechte) Bezahlung von Familien- und Nachbarschaftsarbeit, von Altenversorgung und Selbsthilfe. Wobei Selbsthilfe nicht generell abzulehnen ist, aber sie muß eine politisierende sein und die Möglichkeit bieten, sich (und die Kinder) materiell und immateriell zu reproduzieren und geschlechtshierarchische Arbeitsteilung aufzuheben.
- Die Entkopplung von Arbeit und Einkommen. Sie setzt eine solidarische Kultur und das Einlassen auf Neues voraus. Gemeinschaftliche Arbeits- und Lebensformen sind parallel zur Einführung zu entwickeln.
- Duale Wirtschaftsmodelle mit wenig Stunden Arbeit im hochtechnisierten formellen Sektor und mehrere Stunden Arbeit im informellen, selbstbestimmteren Sektor. Dies setzt eine Optimierung der Effizienz produktiver Arbeit voraus. Es ist aber nur mit Hochtechnologie möglich. Diese braucht ganz bestimmte Strukturen und ist an Ausbeutung und Naturzerstörung gebunden. Sie basiert auf Überproduktion, der Produktion von „unsinnigem Krempel" mit „unsinniger Arbeitsanhäufung", sowie der Ausübung von Herrschaft und Kontrolle. Trotz der fortgeschrittenen Entwicklung dieser Technologie und ihrer Dominanz sollten wir uns als Frauen die Frage erlauben, mit welcher und mit wie viel Technologie wir arbeiten und wofür wir Technik wollen.

Für einen dieser, oder andere Entwicklungswege müssen wir uns entscheiden, oder eigene erarbeiten.

Als mögliche Schritte zu gewünschten Lösungen wurden z.B. genannt:

- Die Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.
- Der Aufbau von Selbstverwaltungsprojekten nicht als Ergänzung zum Sozialnetz, sondern mit innovativer Qualität.
- Die Weiterentwicklung der Alternativen Ökonomie.
- Alternative Versicherungsreform mit der Einführung einer Kindheitsversicherung, aus der sowohl die Lebenshaltungskosten wie auch die Versorgung für Kinder bezahlt wird. Damit würden die Kosten für Kinder gemeinschaftlich getragen, da auch die Kindheit, wie das Alter eine Zeit im menschlichen Leben ist, die es nicht ermöglicht, für eigenes Einkommen zu sorgen (siehe Cramon-Daiber).
- Eine alternative Steuerreform, die Betriebe, die wenige oder keine ökologische und sozialen Kosten verursachen, geringer besteuert und fördert.
- Neuorganisation und Neuverteilung der Haus- und Kindererziehungsarbeit unter Einbeziehung neuer Architektur und neuer Wohnformen, die mehr (freiwillige) Gemeinschaftlichkeit und Selbstverwaltung ermöglichen, bis hin zu stadtteilorientierten Vergesellschaftungsformen.

Um weiter zu kommen, gilt es in Zukunft, die konkreten Wünsche vieler Frauen (Männer und Kinder) zu sammeln, in strategischen Vorstellungen zu bündeln und auf Realisierungen abzuklopfen sowohl theoretisch als auch in Modellversuchen.

Doch durch „Noch-Mehr-Arbeit werden wir es kaum schaffen ... Meine Empfehlung ist deshalb: Unnützwerden, Hausarbeitsverhältnisse sprengen, keinesfalls dabei auf Brot und Ehre verzichten und schlampig, größenwahnsinnig, asozial, schlau, narzistisch, verschwenderisch - kurzum mit der anarchistischen Kraft der Liebe - gegen die Buchhaltermoral kämpfen." (Cramon- Daiber S. 74 und 76)

In einzelnen aufgezeigten Aspekten ist die Alternative Ökonomie Trägerin gesellschaftlichen frauenrelevanten Fortschritts geworden. Es wurden in ihr Errungenschaften erarbeitet und Erfahrungen gemacht, die für gesamtgesellschaftliche und gesamtwirtschaftliche Veränderungen beispielgebend sind. Ausgehend davon sind überbetriebliche und gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge zu diskutieren und herzustellen, denn: „Die Männer und vor allem die Väter, werden erst dann glücklich sein, wenn es die Frauen und Kinder sind." (Charles Fourier, ca. 1800).

Literatur: (Zitierte) Referate und Protokolle sind dem „Rundbrief Alternative Ökonomie" 43/44, der Tageszeitung und nachgereichten schriftlichen Referaten zu entnehmen. Alle zu beziehen bei Andrea Gerth, Kronenstr. 16, 6800 Mannheim 51

Frankfurter Frauenblatt

seit 10 Jahren
kreativ kontrovers
aufregend feministisch
bestechend unentbehrlich

alle 2 Monate neu

Frankfurter Frauenblatt · Hamburger Allee 45 · 6000 Frankfurt 90

10 Jahre Netzwerk

Erst verloren sie das Ziel aus den Augen, dann verdoppelten sie die Geschwindigkeit

Red. Berlin Ende Oktober wird das (Berliner) Netzwerk 10 Jahre alt. Natürlich steigt dann eine ordentliche Party, aber außerdem und vor allem soll über Zustand und Perspektive der Scene diskutiert werden. Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus dem Exposée zur Diskussionsveranstaltung.

Seit nunmehr 10 Jahren unterstützen wir, zusammen mit den in der Folgezeit in zahlreichen Städten West-Deutschlands entstandenen Regional-Netzwerken, die Entstehung alternativer Lebens- und Arbeitszusammenhänge und politischer Initiativen, wie z.B. Anti-AKW, VoBo, Hausbesetzer, finanziell und organisatorisch.

Der zehnte Geburtstag des Netzwerks fällt in eine Situation, in der es den Anschein hat, als habe sich die Alternativbewegung auf das Schaffen einiger wichtiger Freiräume beschränkt.

Wir möchten deshalb unser „10-Jähriges" nicht nur feiern, sondern auch diskutieren, wie der Alternativsektor wieder stärker zu einer gesellschaftlichen Herausforderung werden kann.

Wir tun dies nicht nur, weil das Geburtstagsritual es verlangt, sondern weil wir meinen, daß angesichts der sowohl theoretisch wie auch politisch-strategischen Ratlosigkeit, die in der Alternativscene und der Linken herrscht, Nachdenklichkeit angesagt ist. Wir reihen uns damit in die „Geburtstage" und „Perspektiv-Kongresse" anderer Projekte/alternativer „Institutionen" der letzten Monate ein, in der Hoffnung, aktuelle Diskussionen miteinbeziehen zu können.

Unserer Einschätzung nach wird die zukünftige gesellschaftspolitische Bedeutung des alternativen Sektors, (das Maß, in welchem dieser die gesellschaftliche Entwicklung beeinflussen kann), u.a. davon abhängen, wie es uns gelingt, mit folgenden Widersprüchen umzugehen:

1. Freiraum als Nische, Ghetto, entpolitisiert und angepaßt
   gegenüber:
   Freiraum zur gesellschaftlichen Herausforderung
2. Vereinnahmung, Kommerzialisierung
   gegenüber:
   Widerstand gegen Funktionalisierung
3. Apokalypse, diffuser Anti- Kapitalismus
   gegenüber:
   Neue (alte?) politische Utopien, neue Themen
4. Staatliche Repression
   gegenüber:
   Solidarität

Zu diesen Themen wollen wir folgende Thesen diskutieren:

Zu 1.:
Das Praktizieren von Selbstverwaltung und die bloße Existenz selbstverwalteter Betriebe und Projekte an sich ist nicht politisch. SV kann nur dann Grundlage für eine Gegen-Kultur, und damit mehr als bloße Methode zur Organisierung einzelner Betriebe/Projekte sein, wenn die staatliche Macht, die Organisierung von Staat, Markt, Bürokratie und Parteien in Frage gestellt werden. Wo wird unsere Autonomie noch zum Ausgangspunkt für politische Herausforderung?

Wenn überhaupt noch politische Forderungen (an den Staat) erhoben werden, dann beziehen sie sich meistens auf unmittelbare, egoistische Interessen der Scene, z.B. auf Finanzierung, aber nicht auf Strukturveränderungen in Bereichen außerhalb der „Scene".

In den Fällen, wo solche Forderungen tatsächlich eingelöst wurden, z.B. durch Einrichtung von Fördertöpfen, wurden die Projekte auf diesen „Sonderstatus" festgelegt und damit ins politische Abseits geschoben.

Betriebe/Projekte entstehen kaum noch im Zusammenhang von politischen Konflikten, sondern zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Die sich immer weiter verschlechternde soziale Lage fördert keine Politisierung und gemeinsames Sich-Wehren, sondern führt zu individueller Suche nach Auswegen und zu Sicherheitsdenken. Dies gilt gleichermaßen für die Personen und die Projekte.

Der Existenzkampf der Projekte ist so kräftebindend, daß eine Entpolitisierung stattfindet.

Die in den Betrieben selbst realisierbaren Ansprüche, z.B. Kapitalneutralisierung, scheitern häufig an altem Besitzdenken.

In der Regel ist der Politisierungsdruck am stärksten, wenn Eingriffe, Angriffe, Kampagnen von Seiten des Staates kommen. Dann handeln wir aber meist nur noch reaktiv. Haben wir überhaupt noch den Anspruch, aktiv die Dynamik der politischen Auseinandersetzung mitzubestimmen?

Zu 2.
Die Vereinnahmung der Alternativscene durch Staat und Parteien war nur möglich, weil die Bewegung nicht das System verändern, sondern Alternativen im Hier und Jetzt schaffen wollte. Durch plakative Übernahme einzelner Begriffe wurde der Alternativsektor zwar gesellschaftlich anerkannt und aufgewertet, ohne jedoch die emanzipativen Inhalte zu übernehmen und Strukturen tatsächlich zu verändern. Mehr noch: Die Projekte sind Teil staatlicher Strategien, z.B. beim Sozialabbau.

Wenn diese Entwicklung ungebrochen weitergeht, ist absehbar, daß Selbsthilfe- Gruppen, Frauen- und alternative Dienstleistungsprojekte auf einigen Gebieten im Sozial- und Gesundheitsbereich die sozialstaatliche Versorgung übernehmen. Bei gleichbleibender schlechter Bezahlung und Ausstattung wird die Anforderung steigen, und die Projekte rutschen in die Rolle von alternativen „Ämtern".

Wie ist bei dieser Einbindung und Integration Widerstand noch möglich, und woran macht er sich fest?

Bei den SV-Betrieben zeichnet sich ab, daß sie immer stärker in Konkurrenz zu anderen SV- Betrieben, bzw. zu traditionellen Unternehmen, die auf der Öko- Welle reiten, geraten.

Der gegangene politische Weg – Politisierung der angebotenen Produkte – führt zwangsläufig einerseits dazu, sich Marktmechanismen auszusetzen, unter denen die Betriebe selbst wieder zu leiden haben. Andererseits werden den Konzernen neue Märkte erschlossen. Ist dieser Weg nicht eine politische Sackgasse?

Wird durch die Identifikation des Käufers mit der Ware nicht der Kapitalismus perfektioniert anstatt unterlaufen?

Zu 3.
Eine für das politische Selbstverständnis der Alternativbewegung zentrale „Denkfigur" ist die Auffassung, daß wir kurz vor der atomaren und/oder ökologischen Katastrophe stehen und deshalb die Welt verteidigt und bewahrt werden muß. In dieser allgemeingehaltenen Defensive liegt ein neuer Konservatismus.

Klassen-Gegensätze, ökonomische und politische Interessen- Unterschiede werden nivelliert zugunsten eines diffusen Anti- Kapitalismus, welcher sich an der Rationalität und Logik der modernen Industriegesellschaft festmacht.

Gezielter Widerstand ist so nicht möglich.

Wir hetzen System-Skandalen (Rüstung, Strahlen, Gene, Schulden) hinterher, die ihr Publikum meist in einem sehr späten Stadium kriegen, wenn die Probleme schon auf's Solideste in Kapitalinteressen verankert, erschlagend groß und machtvoll sind. Mobilisierungen erfolgen nur noch punktuell und haben keine Kontinuität (Tschernobyl):

Unser Denken wird blockiert. Wir sind so mit unseren Ängsten vor der totalen Katastrophe und unserem Kampf, der das Schlimmste verhindern soll beschäftigt, daß wir unfähig werden, neue, positive politische Utopien zu denken. Dies ist aber um so notwendiger, als die Utopie eines Lebens außerhalb dieser Gesellschaft (Gegenkultur) wohl gescheitert ist und neue Utopien radikaler Gesellschaftsveränderungen nicht in Sicht sind. Ohne positive Utopien geht aber auch Orientierung verloren.

Mit der Auseinandersetzung um die IWF-Weltbank-Tagung, der Bevölkerungspolitik und Gentechnologie auf internationaler Ebene rücken wieder Kristallisationspunkte der herrschenden Politik in den Blick, die zwangsläufig zur Beschäftigung mit Theorie/n führen. Liegt hier eine Option für neue Utopien?

Welche neuen, von uns bestimmten Themen, könnten kritisches Nachdenken und praktisches Handeln anleiten?

Von wem können heute überhaupt noch strukturelle Veränderungen in der Gesellschaft durchgesetzt werden? Wer oder was könnte das verdammte revolutionäre Subjekt abgeben?

Zu 4.
Der staatliche Repressionsapparat wird weiter ausgebaut, zur Abschreckung von „Sympathisanten" und zur Spaltung der Bewegung in die „Braven" und die „Chaoten".

Ist unsere politische Solidarität vor diesem Hintergrund nicht hauptsächlich das Produkt defensiver Abwehr staatlicher Repression, statt inhaltlicher Auseinandersetzungen?
Liegt hier eine Parallele zum deutschen Herbst? Inwieweit fördern wir die Spaltung gerade durch fehlende Auseinandersetzung und entsprechen damit der staatlichen Politik?

Der Alternativsektor ist insgesamt expandiert. Die Erscheinungsformen sind so vielfältig geworden, die einzelnen „Scenen" so sehr voneinander abgeschottet, wenn nicht sogar politisch verfeindet, daß Gemeinsamkeiten kaum noch in Sicht sind. Wie ist vor diesem Hintergrund Solidarität dennoch möglich? Wo könnten Gemeinsamkeiten liegen?

In aktuellen Diskussionen bezieht sich die Scene in ihrer Auseinandersetzung nur noch auf sich selbst (taz-Autonome, Stattbau, Kübel etc.) Sind diese Diskussionen Ausdruck für Identitätsbildung durch Abgrenzung, Verteidigung individueller Freiräume gegen andere Interessen, Entsolidarisierung oder was sonst?

In der Öffentlichkeit, von den Parteien wird häufig unterschieden in die „bösen", möglicherweise militanten Bewegungen (Hausbesetzer, Anti-AKW, etc.) und die „guten", arbeitsplatzschaffenden, sozialpolitisch wichtigen Projekte, obwohl ja beide Seiten zur Alternativbewegung gehören und aus ihr hervorgegangen sind. Haben sich diese beiden Teile mittlerweile auch für uns auseinanderbewegt und wenn ja, was heißt dann noch radikale Opposition?

Diese AG könnte sich auch einer Aufarbeitung der Anti- IWF- Kampagne widmen, denn die wird ja wohl nötig sein!

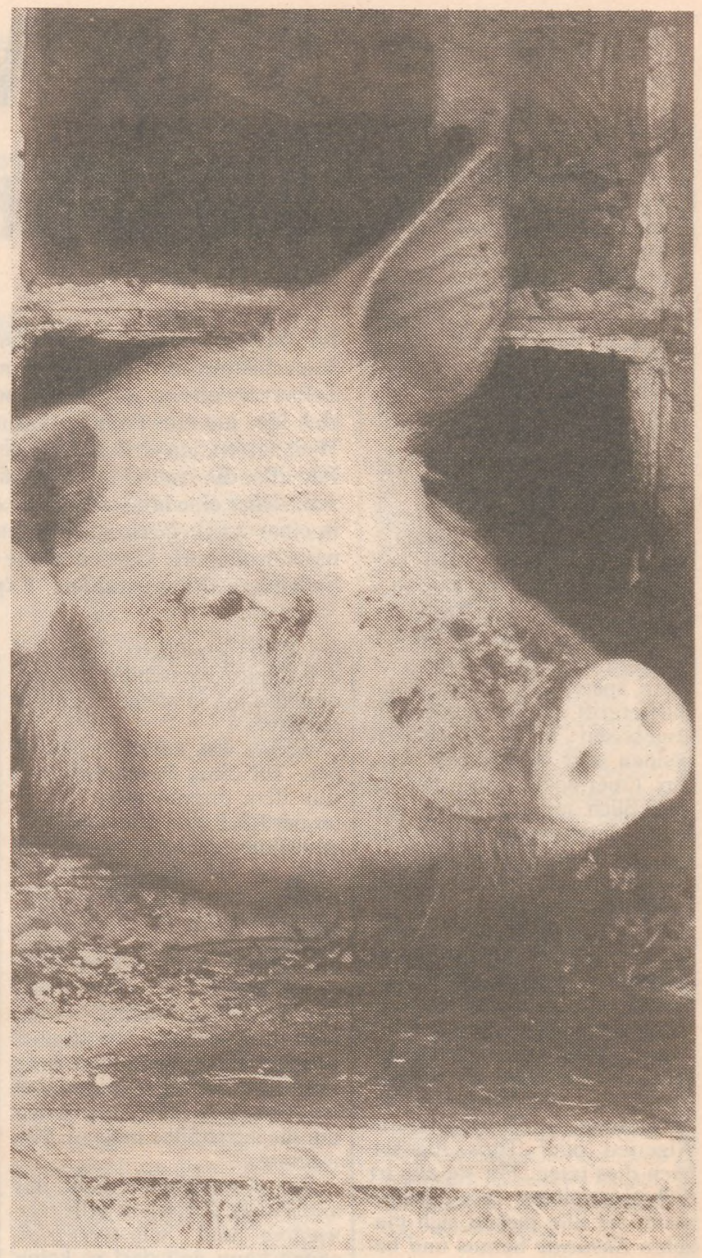

Foto: Ursula Richardt

Zu dieser Diskussionsveranstaltung laden wir alle Interessierten herzlich ein. Die Veranstaltung findet am 28.- 30.10.88 in Berlin statt. Über das Programm informieren wir Euch auf Seite 16.

Anmeldungen bitte ans Netzwerk Büro
Tel. (030) 691 30 72 oder
693 50 35

DER UN-ENDLICHE KRONZEUGE

Szenen aus dem Schmalzler-Prozeß
Bernd Häusler

: TRANSIT

Wie bei einer Schnitzeljagd haben die Anwälte mit kriminalistischem Blick Mosaiksteine zusammengetragen, die die Rolle des Verfassungsschutzes und des Kronzeugen Bodeux beleuchten. Diese Schnitzeljagd nach der Wahrheit liest sich spannend und streckenweise sogar amüsant.
Vera Gaserow, taz

192 Seiten, 24 DM

: TRANSIT
Buchverlag Gneisenaustraße2 1Berlin61 Tel.030-691 20 35

KEIN ABO AUF
EWIGE WAHRHEITEN

die tageszeitung
FÜR SELBSTDENKER

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LINKS LIEGEN LASSEN!

Ich bestelle die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

bei:
taz-Abo
Wattstr. 11-12
1000 Berlin 65

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname: .....
Straße, Hausnummer: .....
PLZ / Ort: .....
Datum, Unterschrift: .....

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) — bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. 796

Datum, Unterschrift: .....

Horst Stowasser

SELBSTVERWALTUNG & ANARCHIE

Über ein Leben ohne Chefs zum Leben ohne Staat?

Ist Selbstverwaltung die Quintessenz der Anarchie, ist Anarchismus am Ende gar nur die konsequent betriebene Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen? Oder handelt es sich hier um eine fromme Legende, die AnarchistInnen in die Welt setzen, um sich an eine lebendige Bewegung anzuhängen? Für alle, die Anarchie nicht mit Gewalt und Chaos gleichsetzen, sicher eine interessante Fragestellung, der CONTRASTE in einer Artikelserie nachgehen will. In den kommenden Monaten wollen wir kreuz und que durch das breite Feld libertärer Selbstverwaltung stapfen: Experimente und Theorie, Ideen und Historie, Projekte und Kämpfe ... Den Beginn macht Horst Stowasser mit einem „Schweinsgalopp durchs anarchistische Utopia". Wenn alles gut geht, wird er die Serie auch beenden: Mit einem Bericht über das „Projekt A"*, das ein internationales Anarcho(a)häuflein in diesen Monaten in der BRD starten will. Ob es nächstes Jahr noch lebt oder gescheitert sein wird, können CONTRASTE-LeserInnen dann nachlesen Falls CONTRASTE bis dahin nicht gescheitert ist... Wie gehabt: Selbstverwaltung ist und bleibt ein schwieriges, unsicheres aber ewig verlockendes „Geschäft"!

Als ich zum erstenmal was von Selbstverwaltung hörte, war ich zwölf Jahre alt und ging zur Schule. Das ganze nannte sich »Schülerselbstverwaltung« und erschöpfte sich darin, daß wir auf dem Schulhof Papier aufsammeln durften und den Lehrern bei der Disziplinierung der Schülerscharen helfen sollten. Das Konzept wurde uns mit viel Pathos verkauft und wir waren eine zeitlang begeistert.

Kommunale Selbstverwaltung, Selbstverwaltung in Jugoslawien, Selbstverwaltungsgremien in Justizvollzugsanstalten – reden wir eigentlich von derselben Sache? Hat dies alles irgendetwas mit dem Traum einer selbstverwalteten Gesellschaft zu tun, der mich ein paar Jahre später als junger Anarchist ergriff und bis heute nicht losgelassen hat? Worthülsen können sehr verräterisch sein. Ein Obermedizinal*rat* hat ja schließlich mit der *Räte*demokratie ebensowenig zu schaffen wie die Hafenstraße mit dem Selbstverwaltungsapparat einer Schrebergartenkolonie.

Für viele ist Selbstverwaltung nur eine bessere Art des Managements in bestimmten Situationen. Ulf Fink und Gorbatschow denken bei diesem Wort sicher ebensowenig an eine anarchische Gesellschaft wie die Theoretiker der Arbeiterselbstverwaltung in Boumediennes Algerien oder Titos Jugoslawien dies taten. Für sie alle ist Selbstverwaltung ein *Instrument*, sie alle picken sich einzelne *Elemente* heraus und benützen sie als Krisenwerkzeuge für Perestroika oder CDU-Sozialpolitik, je nach Couleur.

»Selbstverwaltung ist mehr als eine bessere Form des Managements«

Für Anarchist[inn]en existiert diese »Partialisierung« nicht. Für sie war Selbstverwaltung nie ein Mittel zum Zweck, sondern eher durchgängige Lebensphilosophie. Sie verstanden dieses Wort als ein Prinzip, das in allen Lebensbereichen eine adäquate Anwendung zu finden habe. Nicht nur im Betrieb, sondern auch in den alltäglichen Umgangsformen. Nicht nur in der WG, sondern im ganzen Land. Nicht nur im politischen Anspruch, sondern vor allem auch hinter der eigenen Haustür. In den Beziehungen zwischen Kollegen und Nachbarn, zwischen Frau und Mann, Kindern und Erwachsenen, in der Frage, wie Herstellung und Verteilung von Gütern einer ganzen Gesellschaft zu organisieren sei bis hin zur Frage, wer in der Küche wann, wie und warum den Abwasch zu erledigen hat.

Diese Auffassung ist naheliegend, will doch der Anarchismus eine freiheitliche, friedliche, herrschaftsfreie Gesellschaft. Und welches Prinzip könnte wohl der herrschenden Gesellschaft von Hierarchie, Chefs und Staatlichkeit gefährlicher werden als eben das der konsequenten Selbstverwaltung?

An-Archie ist ein *negativ* definiertes Wort und meint die Abwesenheit von Herrschaft. Insofern ist und war Anarchie oft und zunächst *Reaktion* auf bestehende Zustände. Revolte, Empörung, Aufmüpfigkeit. Sobald aber dieses Wort *positiv* gefüllt werden soll – und das ist absolut unerläßlich, wenn wir nicht nur träumen, sondern eine freie Gesellschaft auch *verwirklich*en wollen! – kann es kaum anders definiert werden, als daß die Menschen ihr eigenes Schicksal in ihre eigenen Hände nehmen. Anders ausgedrückt: Selbstverwaltung. Besser ausgedrückt: Selbst*organisation*, Selbst*bestimmung*, Selbst*verwirklichung*; Autonomie. 1972 brachte es das berliner Untergrundblatt »883« auf den Punkt: Anarchie = Selbstorganisation in allen Lebensbereichen.

Wenn, wie kürzlich geschehen, auf einer Podiumsdiskussion dem prominenten Vertreter der DKP zum Thema Selbstverwaltung nichts besseres einfällt, als auf die LPG in der DDR zu verweisen und ein Mitglied des Bundesvorstandes der Grünen sich nicht entblödet mitzuteilen, daß seine Partei ja nichts gegen die Selbstverwaltungsbewegung habe, weil, ohne den »Druck der Straße« könnten sie im Parlament nicht viel durchsetzen... dann wird mehr als klar, daß sie wirklich nur die letzte Silbe meinen: *Verwaltung*.

Bei Anarchistens sieht das anders aus. Zwischen Selbst*verwaltung* und Selbst*verwirklichung* kann und darf es keine Grenze geben. So oft sie versuchten, es ernst mit dieser These werden zu lassen, wurde aus dem negativen An-Archismus rasch eine beeindruckend konstruktive Angelegenheit. Die Liste solch positiver Modelle ist lang, alt und spannend, größtenteils auch unentdeckt und unbekannt.

Die Glasfabrik im katalanischen Mataró wurde 1926 gegründet. Pate stand die einst mächtige anarchistische Gewerkschaft CNT (Confederación Nacional del Trabajo) und den ideologischen Background bildete der »Anarchosyndikalismus«. Eine Arbeiterbewegung, für die Gewerkschaften keine Versicherungsanstalt mit Vereinskasse zur Anpassung der Löhne an die Inflation waren, sondern revolutionäre Kampforganisationen, deren Strukturen Geburtshelfer der neuen, freien Gesellschaft sein sollten. Revolutionärer Generalstreik und Kooperativen, militanter Kampf und Bildungsarbeit, Poesie und Banküberfälle waren für die CNT keine Widersprüche. Erfrischend undogmatisch und erfreulich pragmatisch tat sie das eine, ohne das andere zu lassen. »Autogestión«, Selbstverwaltung, ist in der CNT bis in unsere Tage Schlagwort und Praxis zugleich geblieben. Die Glasfabrik von Mataró besteht noch heute als moderner Kollektivbetrieb. Hier wird täglich bewiesen, daß Arbeiterselbstverwaltung möglich ist. Juan Peiró, einer ihrer Begründer und während der spanischen Revolution katalanischer Industrieminister, wurde 1942 während der Franco-Diktatur hingerichtet, aber die Fabrik wurde selbst im Faschismus toleriert – sie war der einzige Betrieb in Spanien, der Glühbirnen herstellen konnte.

»Generalisierte Selbstverwaltung ist möglich – auch in einer Millionenstadt

Die Kritik liegt nahe, dies beweise eben, daß Selbstverwaltung an sich steril bleibe und vom Staat leicht zu tolerieren sei. Dem ist nicht so. Die Glasfabrik von Mataró ist nur ein paradigmatisches Beispiel – Beispiel auch dafür, wie mit dem Mittel der generalisierten Selbstverwaltung tatsächlich und zum ersten Mal in der Geschichte ein ganzes Land sich in einer freien, selbstverwalteten anarchischen Gesellschaft erfolgreich organisieren konnte.

Im Verlauf des spanischen Bürgerkrieges erlebten weite Teile des Landes – Katalonien, Aragón, Levante, Andalusien – eine veritable Revolution. Die ganze Gesellschaft funktionierte nach anarchistischen Prinzipien, von unten nach oben, in Selbstorganisation und dezentral. Fischfang und Universitäten, Schwerindustrie und Gesundheitswesen, Milchwirtschaft und Luftfahrt, Museen und Transport, Cafés, Kinos und Kläranlagen, Landwirtschaft und Außenhandel – alles funktionierte plötzlich in Selbstverwaltung. Sogar die Prostituierten organisierten sich im Kollektiv, sofern sie ihren Beruf nicht aufgeben wollten. Und »nebenbei« mußte auch noch ein Krieg gegen die faschistischen Armeen geführt werden – eine denkbar unanarchistische Aufgabe. Es erübrigt sich wohl zu betonen, daß auch die Milizen eine selbstorganisierte Struktur aufwiesen.

Was Kritiker nicht für möglich gehalten hatten und akademische Ökonomen kategorisch für *imposible* hielten, trat ein: Es herrschte kein Chaos und bei gleichzeitiger Reduzierung der Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne stieg die Produktion. Die schönste Karikatur der Funktionstüchtigkeit jener generalisierten Selbstorganisation lieferte mir einmal eine alte, katholische Dame aus Barcelona: »Jaja, die Anarchisten, daran erinnere ich mich noch gut. Das waren ja wilde Atheisten. Aber eins muß man ihnen lassen: die U-Bahn fuhr nie so pünktlich wie unter der CNT!«

Selbstverwaltung also als positive Gegenidee zum Zwangskonstrukt Staat? Ordnendes Element auf der Basis der Freiwilligkeit contra Ordnungsdiktat via Gesetzbuch? Anarchist[inn]en bejahen diese Frage, praktisch wie theoretisch, und sie lieferten (und liefern) immer wieder Beweise für die Umsetzbarkeit ihrer These.

Was nützt aber die schönste verwirklichte Utopie, wenn sie nicht überlebt? Was ist denn von der spanischen Revolution geblieben? Etwa eine selbstverwaltete Glasfabrik irgendwo in Katalonien?!

Sicher, die Anarchist[inn]en sind die tragischen Verlierer der Geschichte und unter'm Strich haben sie versagt. Dies ist nicht der Ort, über das Schicksal der anarchistischen Utopie zu lamentieren. Überdies sind Anarcho[a]s zäh und haben ihre Zukunft wohl noch vor sich. Was uns hier lediglich interessieren muß ist die Tatsache, daß all jene großen Experimente – Spanien, Ukraine, Argentinien – nicht an ihren inneren Widersprüchen gescheitert sind, sondern ausnahmslos militärisch niedergeschlagen wurden. Anarchist[inn]en sind schlechte Machtpolitiker[innen]. Aber das schmälert nicht im geringsten die Beweiskraft ihrer Modelle. Die inneren Widersprüche waren zahlreich und gewichtig und sicher mehr als nur »Schönheitsfehler«, aber die generalisierte libertäre Selbstorganisation funktionierte. Sie funktionierte im kleinen Dorf ebenso wie in der Millionenstadt, in einem ganzen Land ebenso wie in einer Bohèmekommune. Niemand würde sagen, ein Flugzeug könne nicht fliegen, weil eins abstürzt. Und wer behaupten möchte, Anarchie sei nicht möglich, weil Hitler, Mussolini Stalin und Franco die spanische Revolution besiegten, der sollte konsequenterweise auch postulieren, daß der Parlamentarismus nicht funktionieren könne, weil der preußische Staat das Paulskirchenparlament auflöste. Im übrigen können wohl nur arrogante Anarcho[a]s ernsthaft behaupten, die Anarchie sei eine paradiesische Gesellschaft ohne Widersprüche.

Foto: Internationales Institut für Soziale Geschichte, Amsterdam

In diesen Tagen kehrt eine der ältesten zeitgenössischen Anarchoprojekte aus dem Exil in seine Heimat zurück: Die »Comunidad del Sur« aus Uruguays Hauptstadt Montevideo, 1956 gegründet, 1974 von den Militärs zerschlagen, überlebte in Stockholm, wo sie lebendige, neue Ableger zurückläßt. Eine Großkommune mit generalisierter Selbstverwaltung in Arbeit, Alltagsleben und Politik. Mit 32 Jahren knüpft das Projekt wieder dort an, wo es vor 14 Jahren unterbrochen wurde. Die *Comunidad* genoß einen ebenso guten Ruf als erstklassige Großdruckerei mit avantgardistischer Typographie, wie als Vorreiterin in Kinderautonomie, Kulturarbeit und im Genossenschaftswesen.

»unbekannte, bunte Vielfalt«

In dieser Größenordnung ist die Palette libertärer Selbstverwaltungsprojekte ebenso groß und bunt wie alt. Von der individualanarchistischen Großkommune »Tuscawaras«, 1833 in Nordamerika bis zur Ökolibertären Siedlung »Huehuecoyotl« in Mexiko, die nach dem verheerenden Erdbeben 1985 in großem Stil die Selbstorganisation in Mexiko-City koordinierte, findet sich hier so ziemlich alles. Widersprüchlich, phantasievoll und vielfältig, genau wie die anarchistische Bewegung, gibt es hier Ansätze von Siedlungsprojekten, Stadtteilprojekten, selbstverwalteten Firmen und Kooperativen, Gewerkschaften, Großkommunen und Netzwerken. Solche mit Fluchtcharakter, die sich in Auswanderungsländern niederließen wie die Kolonie Cecilia 1890 in Brasilien und solche, die auf Massenwirkung setzten wie Gustav Landauers Idee vom »Sozialistischen Bund« vor und nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland. Die sozialistischen, später religiös inspirierten »Bruderhöfe« müssen als Randformen jenes breiten libertären Experimentierfeldes ebenso betrachtet werden, wie die von Kropotkin, Martin Buber und Landauer stark beeinflußte ursprüngliche Idee der Kibuzzim in Palästina. Die Gartenstadtbewegung setzte urbanistische und ökologische Akzente, die bis heute nachwirken und Anarchopazifisten wie Bertrand Russell oder Tolstoi prägten Traditionen, von denen die Antimilitaristische Bewegung bis heute zehrt, und deren würdige Enkel die heutige Graswurzelbewegung bilden. Wenn schon kaum jemand weiß, daß anarchosyndikalistische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1919 den Sechsstundentag und die Selbstverwaltung einführten und während des Kapp-Putsches eine Art »Commune von Dortmund« verteidigten, wen sollte es da wundern, daß beispielsweise in Argentinien heute kaum jemand ahnt, wie viele soziale Segnungen er den autonomen Kämpfen anarchistischer Gewerkschaften verdankt, die diese in den 20er und 30er Jahren führten?

Keine Angst, dies wird kein nostalgischer Trip durchs anarchistische Familiensalbum. Eher eine flüchtige Skizze der Vielfalt, in der sich die Idee einer generalisierten Selbstverwaltung niederschlagen kann und muß, wenn sie wirklich radikal gesellschaftsverändernd – also revolutionär – wirken soll. Eine ähnlich beschränkte Wahrnehmungsweise wie sie Politiker zeigen, die sich dem »Mittel Selbstverwaltung« bedienen, scheint ja hierzulande auch vorzuherrschen, wenn von »Selbstverwaltung« die Rede ist. Man muß geradezu den Eindruck haben, daß dieses Wort nur im Zusammenhang von selbstverwalteten Kleinbetrieben innerhalb der Alternativscene salonfähig ist. Das ist schade, denn es nimmt diesem Pinzip viel seiner subversiven Brisanz. Nicht, daß ich etwas gegen Alternativbetriebe hätte (ich arbeite selber in einem), aber die neue Weinerlichkeit und die allenthalben kultivierte Nabelschau (vergleiche zum Beispiel seitenweise CONTRASTE) birgt die Gefahr in sich, daß hinter Larmoyanz, Sachzwang und Marktanpassung all das zurückgelassen wird, was den Aufbruch der Alternativ- und Selbstveraltungsbewegung in den 70er Jahren so spannend und hoffnungsvoll machte. Heutzutage erntet der[die]jenige, der[die] noch von zu verwirklichenden Utopien spricht, Elan und moderaten Optimismus zeigt, in Kreisen der alteingesessenen Selbstverwalter[innen] ja kaum noch mehr als ein mitleidiges Lächeln.

Der Preis der Larmoyanz

Nicht, daß es für Skepsis keine Gründe und für Ernüchterung keine Ursachen gäbe. Aber der Preis dafür, die Utopien aus dem Auge zu verlieren und die mögliche Vielfalt von Selbstverwaltung auf dem Altar des »Realismus« zu opfern ist hoch: er reduziert das Prinzip Selbstverwaltung auf das Niveau funktionierender Kleinbetriebe und nimmt ihm das, was ihn von der »besseren Managementform« unterscheidet: eben die Subversivität.

Hier sind für die Zukunft richtungsweisende, neue Konzepte gefragt, die es leisten können, die gefährlichen und altbekannten Isolationen zu durchbrechen. Das »linke Ghetto« ist hierbei ein Stichwort, ebenso wie die verhängnisvolle Trennung zwischen den Bereichen »Geldverdienen« / »Politik« / »Alltagsleben«.

Ich hab' leicht reden, werden mir manche vorwerfen, und ich vergäße die alles zermürbende Realität der »selbstverwalteten Alltagsscheiße«. Tu ich aber nicht, ich stecke selber mittendrin! Und vor allem kommt diese, meine moderate und gut gemeinte Kritik nicht vom hohen Roß. Gerade die Anarchist[inn]en in der Bundesrepublik und heute (mich natürlich eingeschlossen) haben hier keinen Grund zur Überheblichkeit: Ihr Nachholbedarf in Sachen praktischer Ansätze, »Anarchie zum Anfassen«, Alltagsmodellen und ansteckender Selbstverwaltung ist enorm. Wer einigermaßen ehrlich zu sich selbst ist, muß wohl zugeben, daß sich in der BRD bei Anarchistens in den letzten 20 Jahren »zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht« recht wenig getan hat.

»Anarchie ist machbar, Frau Nachbar« heißt ein flotter Slogan der Anarcho[a]s. Ich frage mich nur: Wo soll denn die arme »Frau Nachbar« den Zugang zur Anarchie finden? Wenn nicht in konkreten, anfaßbaren, ansteckenden Modellen generalisierter Selbstverwaltung, die in ihrem und unserem Alltag verankert sind? Eben.

* Wer das Scheitern oder den Erfolg dieses Projektes nicht passiv abwarten sondern womöglich mitmachen will, kann sich informieren. Per Bundespost an: »Das Projekt A«, c/o Postfach 2602, 6330 Wetzlar.

Politisches Engagement im wirtschaftlichen Gewande?

Unzulässige Vorbehalte genossenschaftlicher Prüfungsverbände gegenüber Selbstverwaltungsbetrieben

Red. Genossenschaften Die Prüfungsverbände sind gegenüber einer Öffnung der Rechstform der e.G. skeptisch eingestellt. Ihre Vorbehalte haben zunächst wirtschaftlichen Charakter und hängen mit den Kriterien der materiellen Gründungsprüfung nach §11 Abs.2 S.4 des Genossenschaftsgesetzes zusammen. Außerdem hegt das genossenschaftliche Establishment Bedenken gegen die Legitimität des Vorhabens, die „alternativen" Kooperationsversuche in der Rechstform der eG zuzulassen. Sie sei als neutrale, streng wirtschaftliche Gesellschaftsform für eine Erprobung der Zusammenarbeit von Personen, die meist einer besonderen politischen Richtung angehörten, weder geeignet noch angebracht oder sogar aufgrund des in §1 GenG enthaltenen Förderungsauftrags gesetzlich verboten.

Dimitris Tsibanoulis

In einer Stellungnahme, die der DGRV Anfang Juni 1986 seinen Mitgliedern bekannt machte, wurde unter anderem folgendes festgestellt: Die Genossenschaft ist eine Unternehmensform, „die wegen ihres gesetzlich vorgeschriebenen Förderungsauftrags nicht zur Veränderung der gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Verhältnisse mißbraucht werden darf. Sie darf insbesondere nicht von einer bestimmten politischen Richtung okkupiert werden. Sie darf auch nicht gesellschaftspolitischen und ideologischen Experimenten dienen."

Diese Auffassungen, die sich auf den in §1 GenG enthaltenen Förderungsauftrag berufen, laufen darauf hinaus Kooperationsversuche neuer Gesinnung von der Rechtsform „eG" auszuschließen, sie beruhen auf Argumentationsversuchen, die formalistischen Rechtskategorien und -strukturen verhaftet sind. Neuere Tendenzen der Rechtswissenschaft - Verbindung von Formen und Inhalten zu entkoppeln - werden von ihnen ignoriert. Sie entgleiten damit in die isolierte Betrachtung von Auslegungsmethoden.

Festlegung auf wirtschaftliche Ziele als Knebelungsversuch

Die Regelung des §1 GenG, wonach Vereinigungszweck und Mittel der eG auf wirtschaftlichem Gebiet liegen müssen, ist heute des Inhalts entleert, den ihr der preußische Gesetzgeber des 19. Jahrhunderts gab. Letzterer fürchtete nämlich, daß sich liberale, sozialistische oder anderweitige „Umsturz"-Gruppen für die Umgehung des damals geltenden Verbots der Gründung von politischen Vereinen der Rechtsform der eG bedienen könnten. Durch §1 GenG sollte also sichergestellt werden, daß die Genossenschaften lediglich zur Verfolgung von rein wirtschaftlichen, „echten" genossenschaftlichen Zielsetzungen eingesetzt würden.

Dieses vom damaligen Gesetzgeber durch §1 GenG angestrebte rechtspolitische Ziel hat in der heutigen Rechtsordnung, in der die Freiheit zur Gründung von politischen Vereinen verfassungsrechtlich verankert ist, durchweg an Bedeutung verloren. Für das heutige Rechtsverständnis stellt sich die Frage der Unterbindung einer verkappten, nicht wirtschaftlichen Tätigkeit der eG überhaupt nicht mehr. Das Gesetz legt den Trägern der Genossenschaften hinsichtlich ihrer politischen Orientierung oder Geschäftspolitik keinerlei Beschränkungen auf, was aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit auch nicht annehmbar wäre.

Der preußische Gesetzgeber versuchte dies nicht einmal in einer Zeit, in der solchen Einschränkungen weder die Rechtsordnung noch das politische System entgegenstanden. Um seinen Vorbehalt den Genossenschaften gegenüber zum Ausdruck zu bringen, wendete der damalige Staat sowohl aufsichtsrechtliche als auch subtilere, der vordringenden liberalen Rechtsidee entsprechende Rechtsmechanismen an. Zu den ersten gehörte die genossenschaftliche Pflichtprüfung. Bei den sich an die kapitalstarken Interessenten wendenden Aktiengesellschaften war eine solche einschränkende Betätigung des Gesetzgebers erstens kaum durchsetzbar und zweitens vom Staat selbst aus politischen Gründen unerwünscht. Zu den anderen Rechtsmechanismen gehörtde die Inanspruchnahme „allgemeinprivatrechtlicher" Normen als Regeln des wirtschaftsrechtlichen Verkehrs, die zu Lasten der kapitalschwachen Genossenschaften ging.

Ahistorische Orientierung der Prüfungsverbände

Die Veränderung der allgemeinen Konzeption der Rechtsordnung führt zwangsläufig zu einer Neudefinierung und Uminterpretation der eingesetzten rechtlichen Instrumentarien und Prozeduren. Das gilt auch für das Genossenschaftsrecht, das heute in vielen Bereichen andere Funktionen erfüllt, obwohl es sich größtenteils der gleichen Rechtsinstrumentarien wie damals bedient. Mit anderen Worten: Den rechtlichen Prozeduren des Genossenschaftsrechts - und darunter sind sowohl die Formen als auch die Inhalte zu verstehen - werden heute andere Maßstäbe angelegt als zur Zeit ihrer Einführung.

Für ein funktionsfähiges Genossenschaftsrecht ist eine neuere rechtspolitische Argumente reflektierende Auslegung des §1 GenG untentbehrliche Voraussetzung. Allgemein wird anerkannt, daß ein „neutrales", „apolitisches" Wirtschaften nicht existiert. Die strenge, nur auf historischen Argumenten beruhende Auslegung des §1 GenG ist darum entschieden abzulehnen, zumal sie sich in ihrer Einseitigkeit als im Ergebnis ahistorisch erweist. Aus §1 GenG können also keine Argumente gegen die Inanspruchnahme der Rechtsform eG durch innovative, „politische" Kooperationsversuche bzw. selbstverwaltete Betriebe hergeleitet werden.

Aufgrund der Veränderungen objektiver gesellschaftlicher Strukturmerkmale ist zu akzeptieren, daß die aktuellen Genossenschaften konkrete Erfahrungen anstreben und Wege einschlagen wollen, die von den organisatorischen und geschäftspolitischen Standards der alten Genossenschaften stark abweichen. Die genossenschaftliche Rechtsform soll als dynamisch begriffen werden und nicht als eine versteinerte Organisationsform der Vergangenheit. Sie ist nicht dafür gedacht, lediglich den inzwischen größtenteils „kapitalisierten" Genossenschaften, die den schablonenhaften Leitbildern der Prüfungsverbände entsprechen, vorbehalten zu bleiben, zumal heutzutage wieder ein verstärktes Interesse an genossenschaftlichen Organisationsformen vorhanden ist.

Jüngere Tendenzen in der technologischen Entwicklung widersprechen ferner den in der nachkriegszeit herrschenden, ausschließlich auf Technologie und ökonomischer Effizienz beruhenden Prinzipien, denen auf Fremdhilfe zur Selbsthilfe durch Pioniere nicht selten. Sie spielte eine wichtige Rolle für die Organisation der Genossenschaften.

Die Forderung nach einer „rein subjektiven", jedes „fremde" Element ausschließenden Selbsthilfe kann empirisch-wissenschaftlich nicht ernsthaft erhoben werden. Darauf beharrende Meinungen übersehen elementare Erkenntnisse von Psychologie und Soziologie über das menschliche Verhalten.

Berücksichtigt man auch bestehende Gründungsgemmnisse, so steht außer Zweifel, daß allein die individuelle Gründungsfähigkeit nicht ausreicht. Um erfolgreichen Unternehmensgründungen durchzuführen, sind gleichzeitig Anreiz und Motivation zur Überwindung Kosten des Demokratieprinzips immer der Vorrang eingeräumt wurde. Andere Richtungen werden deshalb eingeschlagen, die auf Dezentralisierung und umfassende Integration des Arbeitsprozesses abstellen. Der Anspruch auf „sinnvolle Arbeit" als Komponente der ökonomischen Effizienz ist daher legitim.

Selbsthilfe und Staatshilfe können sich ergänzen

Weitere Argumente gegen die „selbstverwalteten Betriebe" berufen sich auf die Vorstellungen Schulze-Delitzschs über die Bedeutung der Selbsthilfe. Nach dieser Auffassung dürfen Betriebe, die staatlich unterstützt werden, nicht zur genossenschaftlichen Rechtsform gelangen, weil sich nach den Prinzipien Schulze-Delitzschs Selbsthilfe und staatliche Förderung gegenseitig ausschließen. Dieses Argument entbehrt jedoch jeder rationalen und normativen Grundlage.

Schon am Anfang der Genossenschaftsbewegung war private dieser Hemmnisse erforderlich. Weiterhin ist auch die veränderte Funktion des Staates nicht zu übersehen. Wenn es im vergangenen Jahrhundert genügend Gründe gegen die Annahme einer Hilfe der Genossenschaften seitens eines autoritären Staates gab, verlieren solche Argumente in der heutigen Zeit doch an Aussagekraft.

Hinsichtlich der rechtlichen Bedeutung der Vorstellungen Schulze-Delitzschs über „Selbsthilfe" und „Staatshilfe", ist festzuhalten, daß sie keinen normativen Niederschlag im Gesetzestext gefunden haben. Die angestrebte Wiederbelebung dieser Ideen seitens des institutionalisierten Genossenschaftssektors hat keine Berechtigung. Der unternommene Versuch, diese Vorstellungen interpretatorisch aus dem in §1 GenG verankerten „Förderungsprinzip mittels gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebes" herzuleiten, überzeugt nicht. Der veränderte gesellschaftspolitische Kontext erlaubt nicht die Übertragung der wirtschaftpolitischen Vorstellungen Schulze-Delitzschs in diesem vom genossenschaftlichen Establishment gehaupteten Umfang auf die heutige Realität.

Das Selbstverwaltungs- und das Identitätsprinzip, worauf die Alternativbetriebe abstellen, sind in den Ursprüngen der Genossenschaftsbewegung zu finden und stellen ihr Organisationsgerüst dar. Sie gehen dem Förderungsprinzip inhaltlich vor, da letzteres lediglich eine formelle Grundleitlinie ist, die durch ihre Flexibilität eine Inhaltserweiterung und teilweise Neutralisierung dieser Kardinalprinzipien erlaubt. Zur Förderung der Einzelwirtschaft können sich beispielsweise auch große Kartelle zusammenschließen. Insofern entbehrt für sich genommen das Förderprinzip als Kennzeichen für genossenschaftliche Unternehmen jeder Grundlage.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Rezension

In der Reihe „Frankfurter wirtschaftsrechtliche Studien" des Peter Lang Verlags wurde unter der Nr. 8 eine Dissertation von Dimitris Tsibanoulis veröffentlicht. Unter dem Titel „Die genossenschaftliche Gründungsprüfung" erschien die Arbeit 1987. Sie stellt die aktuell fundierteste Aufarbeitung und Kritik zu dem Thema dar. Wer sich von dem wissenschaftlichen Sprachstil der Ausführungen nicht abschrecken läßt, findet viele gute Argumente, um sich bei ablehnender Praxis eines Prüfungsverbandes gegen dessen Verhalten zur Wehr setzen zu können.

Genossenschaftsförderung

Mitgliederversammlung

Die diesjährige *Mitgliederversammlung* findet am *27.10.1988 um 13.30 in der Landesvertretung von Schleswig-Holstein in Bonn* statt.

Das Grußwort wird *Ministerin Mariann Tidicke* sprechen. Hierbei wird Frau Tidicke auf die Förderung der Neuen Genossenschaften in Schleswig-Holstein eingehen.

Als thematische Tagesordnungspunkte sind Vorträge und Diskussion zu aktuellen Problemen der Genossenschaften vorgesehen. Hierbei wird ein Vertreter aus dem traditionellen Genossenschaftswesen über Perspektiven aus seinem Erfahrungsbereich sprechen. Als Schwerpunkte im Bereich der Neuen Genossenschaftsbewegung sind unter anderem folgende Themen geplant: Welche rechtlichen Problembereiche ergeben sich bei Neugründungen? Wie entwickelt sich die wirtschaftliche Situation der Neuen Genossenschaften weiter? Welche Konsequenzen hat der Wegfall der Wohngemeinnützigkeit für Wohngenossenschaften?

Die Vereinsmitglieder erhalten in den nächsten Tagen weitere Informationen im Mitgliederrundbrief, mit Einladung und Tagesordnung.

Büroerweiterung

In der Vereinsgeschäftsstelle arbeiten ab 1. September 1988 vier neue MitarbeiterInnen. Insgesamt besteht das Team nun aus sieben Personen. Das Sekretariat, das bisher von *Erika Doelp* geführt wurde, erhielt Verstärkung durch *Heide Hölzer- Pospischil* und *Marlene Weller*, die sich als Halbtagskräfte die Arbeit im Jobsharing-Verfahren teilen.

Ludger Porada wird sich um den Schwerpunkt „Forschung im Bereich des Genossenschaftswesens" zusammen mit der neuen Kollegin *Bettina Kopner* kümmern.

In Zukunft soll regelmäßig ein Mitgliederrundbrief erstellt werden, der die Mitglieder umfassender informieren soll als es die monatliche CONTRASTE-Spalte ermöglicht.

Thomas Schäfers ist zusammen mit dem neuen Kollegen *Jochen Reinalda* im Bereich „Projektgründung und Beratung" tätig. Im Rahmen eines Projektes des Bundesarbeitsministeriums sollen „Neue Genossenschaften" gegründet werden. Projekte, die sich beraten lassen wollen, mögen das Handbuch „Gründungshilfen für neue Genossenschaften" bestellen und sich mit dem Vereinsbüro in Verbindung setzen.

Genossenschaftsseminar

Die Kooperationsveranstaltung zwischen unserem Verein, dem *Dialog Bildungswerk* und dem *Verein zur Förderung der politischen Bildung im Ruhrgebiet*, die wir bereits in der letzten CONTRASTE angekündigt haben, findet vom 4.-5. November im *Landheim Heimatruh*, Wuppertal, statt. Der Titel des Seminars lautet: „Politisches Lernen am Beispiel des Genossenschaftsgedankens". Zu fragen ist, wie politische Bildungsarbeit den Selbsthilfegedanken fördern kann. Die Kosten betragen 30,-/50,- DM. Anmeldungen bitte an das *Dialog Bildungswerk*, ☎ (02571) 25 87

Stärkt den Genossenschaftsgedanken
VEREIN ZUR FÖRDERUNG DES GENOSSENSCHAFTSGEDANKENS E.V.
Am Hofgarten 20, 5300 Bonn 1
☎ (0228) 21 52 90

TIPS Informationen Interessantes

Kinder und Krankenversicherung

Kinder sind bis zum 18. Lebensjahr in der gesetzlichen Krankenkasse der Eltern mitversichert. Für Kinder, die keinen Arbeitsplatz gefunden haben oder nach der Ausbildung arbeitslos sind, gilt, daß sie bis zum Erreichen des 23. Lebensjahres beitragsfrei bei den Eltern mitversichert werden können. Für Kinder in Schul- oder Berufsausbildung (einschließlich Universität) besteht bei den Eltern Versicherungsschutz bis zum 25. Lebensjahr, bei Männern verlängert sich die Zeit um die Zeit des Ersatz- oder Wehrdienstes. Haken ist allerdings, daß das Kind nicht mehr als DM 534,33 monatlich verdienen darf.

Studenten und Krankenversicherung

Für viele sind ab 1.1.89 die Zeiten einer preiswerten Krankenversicherung vorbei. Wer nämlich 14 Fachsemester für ein bestimmtes Fach eingeschrieben war, fliegt aus der gesetzlichen Krankenversicherung raus. Gleiches gilt auch für Menschen, die das 30. Lebensjahr vollendet haben, auch wenn sie noch keine 14 Fachsemester voll haben. Ausgenommen hiervon ist der zweite Bildungsweg, für diesen gilt die Altersgrenze nicht. Nach den geplanten neuen Bestimmungen für das Hochschulrahmengesetz soll gleichzeitig die Einschreibung verweigert werden können, wenn der Krankenversicherungsschutz nicht nachgewiesen werden kann. Für viele bedeutet das ab 1989 wenigstens doppelt so hohe Beiträge. Eine Alternative ist für die Personen, die das 34. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, der Abschluß einer privaten Krankenversicherung zum Studententarif (ca. 65,- DM pro Monat). In wieweit das sinnvoll ist, muß im Einzelfall beurteilt werden.

Selbständige und Krankenversicherung

Wer hauptberuflich selbständig erwerbstätig ist unterliegt nicht der Versicherungspflicht, ist also versicherungsfrei. Nach der neuen Gesundheitsstrukturreform kann auch die Aufnahme einer versicherungspflichtigen Tätigkeit nicht mehr zu einer Versicherungspflicht führen. **Zukünftig sollen Selbständige und Beamte nicht mehr wie bisher als freiwilliges Mitglied in die gesetzliche Krankenversicherung eintreten können.** Möglich ist allerdings die Fortführung einer bestehenden Mitgliedschaft.

Redaktion Hamburg
Rat & Plan
Eimsbütteler Str. 16
2000 Hamburg 50
Tel. (040) 439 91 22

Kollektiv & Recht

Direktversicherung – eine Alternative in der Altervorsorgung?

Zunehmend geistert der Gedanke der Altersversorgung durch die Selbstverwaltungswirtschaft. Verständlich, die Kollektivmitglieder werden älter, viele Betriebe und Projekte sind finanziell stabiler geworden. Eine Form der privaten Altersversorgung ist die sogenannte Direktversicherung. Im Grunde eine normale Kapital-Lebensversicherung, die es allerdings in sich hat, weil an viele Bedingungen und Voraussetzungen geknüpft. Die Nachfrage nach dieser Versicherungsform steigt, so daß wir dieses einmal zum Anlaß nehmen wollen, diese Form der Lebensversicherung genauer zu durchleuchten.

Eine Direktversicherung ist nichts anderes als eine Lebensversicherung, die allerdings der **betrieblichen Altersversorgung** dient. Sie wird vom Arbeitgeber auf das Leben eines Arbeitnehmers abgeschlossen.

Versicherungsnehmer ist der Arbeitgeber, versicherte Person der Arbeitnehmer. Zahlt der Arbeitgeber dem Arbeitnehmer lediglich Versicherungsbeiträge für eine Lebensversicherung, gilt dieses schon nicht mehr als eine Direktversicherung. Hintergrund dieser Versicherung ist ja, neben der betrieblichen Altersversorgung Steuervorteile nutzbar zu machen.

Anerkannt als Direktversicherung werden: Versicherungen auf den Erlebens- und Todesfall (also normale Lebensversicherungen); Versicherungen nur auf den Todesfall; Unfallversicherungen mit Prämienrückgewähr, bei denen der Arbeitnehmer Anspruch auf die Prämienrückgewähr hat; Unfallzusatz- und Berufsunfähigkeitsversicherungen, die im Zusammenhang mit einer Lebensversicherung abgeschlossen werden; und fondsgebundene Lebensversicherungen.

Unerheblich ist es, ob es sich um eine reine Kapital- Lebensversicherung (also mit Erlebens- und Todesfalleistung) handelt oder nur um eine reine Rentenversicherung (ohne Todesfalleistung).

Reine Unfallversicherungen sind keine Lebensversicherungen, auch wenn eine Todesfalleistung vereinbart worden ist. Aussteuer- und Ausbildungsversicherungen werden ebenfalls nicht als Direktversicherung anerkannt.

Nun zu einem der wichtigsten Punkte, der **Voraussetzung der steuerlichen Anerkennung.** Drei Voraussetzungen müssen erfüllt sein:

1. Die Versicherung muß der Versorgung der Arbeitnehmer dienen.
2. Der Abschluß muß aus betrieblichem Anlaß erfolgen.
3. Das Bezugsrecht muß ganz oder teilweise dem Arbeitnehmer oder seinen Hinterbliebenen zustehen

Beiträge zur Direktversicherung sind in voller Höhe als Betriebsausgaben abzugsfähig. Für den Arbeitnehmer sind die Beiträge Arbeitslohn, sie sind lohnsteuerpflichtig, soweit der Zukunftssicherungsfreibetrag in Höhe von DM 312 pro Kalenderjahr überschritten wird. Für den übersteigenden Betrag ist die Lohnsteuer individuell zu ermitteln oder eine Pauschalversteuerung durchzuführen. Für 1988 beträgt diese Pauschalsteuer 10%, ab 1989 15%

In der Versteuerungsform liegt unter bestimmten Voraussetzungen der Steuervorteil. Das zu versteuernde Einkommen mindert sich um die Beiträge zur Direktversicherung, folglich auch der Steuersatz. Augenscheinlich ist bereits, daß der Steuersatz entsprechend hoch sein muß, damit er sich mindern kann und eine Direktkreditversicherung wirklich steuerliche Vorteile zusätzlich bringt.

Die **Pauschalisierung setzt allerdings auch Bedingungen voraus:**

1. Die Versicherung darf für den Erlebensfall nicht auf ein früheres als das **60. Lebensjahr** abgeschlossen werden!
2. Der **Arbeitnehmer verzichtet auf** ein **vorzeitiges Kündigungsrecht.**
3. Die **Abtretung oder Beleihung** eines des Arbeitnehmers eingeräumten Bezugsrechts muß **ausgeschlossen** sein.
4. Es muß sich um eine Direktversicherung im Rahmen eines ersten Arbeitsverhältnisses handeln, d.h., eine **Pauschalierung in der Lohnsteuerklasse VI ist nicht möglich.**

Der Jahresbeitrag für 1988 darf nach Abzug des Freibetrages von DM 312,- den Betrag von DM 2.400,- nicht überschreiten. Für 1989 entfällt der Freibetrag, allerdings darf der Jahresbeitrag dann DM 3.000,- betragen.

Da der Arbeitgeber die Beiträge bezahlt und bereits pauschal versteuert hat, können diese vom Arbeitnehmer **nicht mehr als Sonderausgaben** geltend gemacht werden.

Diese ganzen Voraussetzungen gelten auch für Gesellschafter-Geschäftsführer, soweit die Bezüge den Rahmen eines angemessenen Arbeitsentgeltes nicht überschreiten. Ansonsten kann versteckte Gewinnausschüttung vermutet werden. Bei Personengesellschaften werden Arbeitsverhältnisse zwischen Gesellschaft und Gesellschafter nicht anerkannt. Eine Direktversicherung wird nicht anerkannt.

Ob nun eine Direktversicherung sinnvoll ist oder nicht, muß jeder Mensch selbst entscheiden. Wichtig bei dieser Entscheidung sind aber:
a) liegt wirklich ein erheblicher Steuervorteil drin, der eine langfristige Vertragsbindung (60. Lebensjahr) ohne Kündigungsrecht rechtfertigt?
b) Sind alle Voraussetzungen für die steuerliche Anerkennung erfüllt?
c) Sind alle Bedingungen für die Pauschalierung erfüllt?
Es prüfe, wer sich „ewig" binde.

H.D.

Steuerreform 1990 – Wichtige Hinweise

1. Erweiterung des Progressionsvorbehalts

Nach der beschlossenen Steuerreform werden weitere Lohnersatzleistungen einbezogen, wie etwa Kranken-, Verletzten- und Mutterschaftsgeld. Zukünftig sind alle diese Lohnersatzleistungen, zu denen übrigens auch schon seit 1983 das Arbeitslosengeld gehört, mit ihren Leistungsbezügen in voller Höhe zu erfassen.

Das bedeutet in der Konsequenz eine Versteuerung dieser Leistungen, wenn in dem jeweiligen Kalenderjahr zusätzlich Arbeitslohn bezogen wurde. Arbeitslohn und Lohnersatzleistungen werden zwecks Ermittlung der Steuerquote zusammengezogen. Da eine direkte Versteuerung dieser Lohnersatzleistungen nicht möglich ist, wird der somit ermittelte höhere Steuersatz auf das Arbeitsentgeld berechnet. Die Steuer fällt durch diesen Trick höher aus.

2. Lohnsteuerpauschalisierung für Aushilfen

Die bisherige Pauschalsteuer wird erhöht. Bei kurzfristiger Beschäftigung von 10 % auf 25 % und für Beschäftigte, die in geringem Umfang und mit geringem Arbeitlohn beschäftigt werden (Teilzeitbeschäftigte) von 10 % auf 15 %. Zusätzlich wird eine Monatsgrenze bestimmt, wonach eine geringfügige Beschäftigung dann vorliegt, wenn bei einem monatlichen Lohnzahlungszeitraum 86 Stunden nicht überschritten werden und der Arbeitslohn DM 520,00 nicht übersteigt.

Die Stundenlohngrenze, bis zu welcher eine Pauschalisierung zulässig ist, wird von 12 DM auf 18 DM erhöht.

Betriebe sind also gut beraten, genau auf den Unterschied zwischen kurzfristiger und geringfügiger Beschäftigung zu achten!

H.D.

Spendenaufruf

Nationales Selbstverwaltungstreffen in Chile

In zeitlicher Distanz zur politisch entscheidenden Volksabstimmung in Chile (5. Oktober), wird für Mitte November ein nationales Treffen aller selbstverwalteten Werkstätten und Kleinbetriebe in Santiago vorbereitet.

Nachdem es in den letzten vier Jahren zu regelmäßigen Treffen von Werkstätten aus dem Großraum Santiago gekommen war, wird von den organisierenden nicht-staatlichen Organisationen und Koordinierungsinstanzen der Kleinbetriebe erstmals ein Treffen auf nationaler Ebene vorbereitet werden. Eingeladen sind all jene Werkstätten und Kleinbetriebe, in denen Formen von Selbstverwaltung praktiziert werden und die sich ihrer lokalen Umwelt verpflichtet fühlen.

Auf dem letzten Treffen selbstverwalteter Werkstätten im Oktober letzten Jahres hatten sich 400 Gruppen mit über 700 Personen zwei Tage lang zu einem intensiven Erfahrungsaustausch und einem umfangreichen Fortbildungsprogramm getroffen, um praktische Schritte einer besseren Koordinierung untereinander vorzunehmen.

Aufgrund des positiven Ergebnisses des Treffens im vorigen Jahr und aufgrund des zunehmenden Interesses von selbstverwalteten Gruppen außerhalb Santiagos haben sich die organisierenden Institutionen und Werkstatt- Koordinatoren entschieden, das diesjährige fünfte Treffen für ca. 1000 Gruppen aus ganz Chile zu erweitern.

Zu dem geplanten viertägigen Treffen werden etwa 1.500 Personen erwartet, die in Arbeitsgruppen ihrer Branche Erfahrungen austauschen und konkrete Koordinierungen untereinander vorbereiten können.

Den Werkstatt-Delegierten werden außerdem kurzzeitige Fortbildungskurse zu verschiedenen Themen angeboten: Vermarktung, Qualitätskontrolle, Betriebsorganisation, Buchhaltung, Gruppendynamik usw.

Erstmals werden auch Vertreter von Gewerkschaften, Kirchen, politischen Parteien und Berufsverbänden eingeladen, um den Werkstätten die Gelegenheit zu geben, sich vorzustellen und ihre Bedürfnisse und Forderungen darzulegen, denn gerade dieser selbstorganisierte Sektor in den Armensiedlungen wird von den traditionellen gesellschaftlichen Institutionen bislang kaum wahrgenommen, obwohl sein Organisationsgrad ständig zunimmt.

Der 5. Selbstverwaltungstreff in Santiago im November 1988 wird wegen seiner Größe und seiner Dauer ca. US 10.000 Dollar kosten. Der größte Teil der Kosten wird für Verpflegung, Unterkunft und Fahrtkosten (Chile ist 4.200 km lang!) aufgebracht werden; wobei keinerlei Honorarzahlungen anstehen!. Die Hälfte der Kosten wurde bisher von den nichtstaatlichen Institutionen aufgebracht, aber zur Restfinanzierung werden dringend Gelder benötigt.

Die Organisatoren möchten hiermit zu Spenden aufrufen, damit dieses Treffen der selbstverwalteten Werkstätten wie geplant durchgeführt und ein weiterer Schritt zur Vernetzung einer alternativen Ökonomie gemacht werden kann.

(Einen ausführlichen Bericht über das Selbstverwaltungstreffen vom vorigen Jahr gab es in CONTRASTE Nr.42, März 1988).

Spendenkonto:
CONTRASTE e.V.
Stichwort: „Chile"
Volksbank Bergstr. eG
BLZ 509 614 12
Kto-Nr. 6 40 76

TIPS Informationen Interessantes

Urlaub bei Aushilfen

Auch Personen, die weniger als 440 DM im Monat verdienen und deshalb ohne Steuerkarte arbeiten, haben Anspruch auf bezahlten Urlaub. Grundlage ist das Bundesurlaubsgesetz, welches nur den Begriff Arbeitnehmer kennt, aber keinen Unterschied zwischen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung macht.

Lohnfortzahlung Gesellschafter-Geschäftsführer

Auch Gesellschafter- Geschäftsführer haben Anspruch auf Gehaltsfortzahlung und zwar bis zu 6 Wochen. Grundlage hierfür sind die §§ 616 BGB, 133 GewO und 63 HGB. Eine vertragliche Regelung unter 6 Wochen ist nicht möglich.

Versicherungsvertragsrecht: Schadenfreiheit bei Falschangaben

Falschangaben in Versicherungsverträgen können zur Leistungsfreiheit der Versicherungsgesellschaft führen. Falsche oder unvollständige Angaben können keinen Einfluß auf den Eintritt des Versicherungsfalles oder auf den Umfang der Leistungen haben, wenn die Versicherungsgesellschaft wegen Verletzung der Anzeigepflicht vom Vertrag zurücktritt. Frei von Leistung ist die Gesellschaft nur dann, wenn diese den Vertrag wegen arglistiger Täuschung anfechtet.

Eine arglistige Täuschung liegt dann vor, wenn entsprechende Fragen im Antrag bewußt falsch oder unvollständig beantwortet worden sind. In der Sach- und Haftpflichtversicherung ist das z.B. der Fall, wenn Vorschäden verschwiegen wurden. In der Krankenversicherung gilt analog das Verschweigen von Vorkrankheiten. Kann der Versicherer glaubhaft machen, daß er, wenn die Fragen korrekt beantwortet wären, den Vertrag nicht oder nicht zu diesen Bedingungen geschlossen hätte, dann geht die geschädigte Person leer aus.

H.D.

Die Redaktion der Service- Seite ist bemüht, aktuelle Fragen aufzugreifen. Wer Themenvorschläge machen will oder auch konkrete Fragen zu anstehenden Problemen hat, der kann sich an die Hamburger Redaktion wenden. Wir greifen diese Fragen thematisch auf, beantworten sie direkt oder leiten sie an entsprechende Einrichtungen zur Bearbeitung und Beantwortung weiter.

Der Mehringhof, einer der größten selbstverwalteten Betriebe in Deutschland, ist ein Gewerbehof in Berlin-Kreuzberg mit über 5000 Quadratmetern Nutzfläche. Er wurde 1979 von ca. 30 »alternativen« Vereinen bzw. Unternehmen gekauft, die ihn seither gemeinsam verwalten. Als Wirtschaftsunternehmen ist der Mehringhof allen Besserwissern zum Trotz erfolgreich. Auf der anderen Seite ist er politisch unbequem: Scharfmacher bezeichnen ihn als »kriminelles« und »linksterroristisches« Zentrum, dem möglichst schnell der Garaus bereitet werden sollte.

132 S., 84 Abb., 20 DM.

: TRANSIT
Buchverlag Gneisenaustraße2 1Berlin61 Tel.030-691 20 35

Leserbriefe

Arbeiten ohne Chef – wer übernimmt seine Aufgaben?

Harald Deerberg forderte in der Mai-CONTRASTE eine verstärkte Diskussion um eine andere Betriebsstruktur („Anders Wirtschaften oder Mut zur Theorie der Selbstverwaltung"). Meendert Buurman, Betriebsberater in der Berliner Netzwerk Betriebsberatungs GmbH, macht sich seine betriebswirtschaftlichen - Gedanken, warum die Selbstverwaltungswirtschaft nicht zu der gesellschaftlichen Herausforderung geworden ist, die sie hatte sein wollen. Er plädiert für mehr Mut zu Büroarbeiten, die in „normalen" Betrieben von den Chefs gemacht werden.

Die Elementarfaktoren jeden Wirtschaftens sind die Betriebsmittel, die Werkstoffe und die menschliche Arbeitskraft. Nach der betriebswirtschaftlichen Theorie ist der dispositive Faktor diejenige betriebswirtschaftliche Instanz, die die Kombination dieser Elementarfaktoren vollzieht. In der kapitalistischen Realität hierarchisch strukturierter Betriebe ist die Durchführung dieser Kombination Sache der Betriebs- und Geschäftsleitung, die sich dabei der Hilfmittel Planung und Organisation bedient. Wichtigste Aufgabe des dispositiven Faktors ist es, die betrieblichen Zielsetzungen zu fixieren und die langfristigen unternehmenspolitischen Strategien festzulegen. Leistungserstellung, Leistungsverwertung und Finanzierung sind durch den dispositiven Faktor so aufeinander abzustimmen, daß sie zum höchstmöglichen Nutzen des Unternehmens führen.

Die Existenz des dispositiven Faktors sollte nicht von der jeweiligen Wirtschaftsordnung oder Organisationsstruktur der Betriebe abhängig gemacht sein, sie ist zunächst also systemindifferent.

Soweit die betriebswirtschaftliche Theorie - in der „Theorie" der Selbstverwaltungswirtschaft sollen die dispositiven Entscheidungen von der Kollektivgemeinschaft (Plenum) getroffen werden. Voraussetzung für die Ausübung von dispositiven Tätigkeiten ist jedoch ein entwickeltes innerbetriebliches Informationssystem, welches hierfür Entscheidungsgrundlagen liefert. Und hier hakt es: Wie die Beratungspraxis zeigt, werden in den meisten selbstverwalteten Betrieben existentiell wichtige betriebswirtschaftliche Informationen wie Umsatzentwicklung (z.B. auch von Produktgruppen), Kalkulation, Kostenrechnung oder gar Finanzplanung - wenn überhaupt - nur ungenügend aufbereitet.

Der Grund für diesen Mangel liegt neben unzureichender betriebswirtschaftlicher Qualifikation, die veränderbar ist, in einer großen Lustlosigkeit begründet. Kaum jemand findet sich für derartige Aufgaben.

Sie liegt zum einen natürlich an der produkt- bzw. dienstleistungsorientierten Arbeitsmotivation der meisten KollektivistInnen begründet, zum anderen aber auch - und das finde ich bedauerlich - in der Antizipation des Mißtrauens, daß sich mit der Ausübung von Tätigkeiten, die in hierarchisch strukturierten Betrieben die Chefs übernehmen, eine Hierarchie (Informationsvorsprung, Machtmißbrauch) einschleicht. Dies ist nach meiner Einschätzung ein grundlegender Irrtum:

Mit der Vorbereitung von dispositiven Tätigkeiten wird man/frau noch nicht zum Chef! Schon die bewußte Übertragung von Verantwortung für derartige Aufgaben kann ein wirksamer Kontrollmechanismus sein. Nur wenn damit nicht offensiv umgegangen wird, können sich unliebsame „Verselbständigungen" einschleichen.

Die Geringschätzung und Mißachtung von dispositiven Tätigkeiten hat vielfältige Folgen. Bewußte, in Kenntnis der Handlungsalternativen getroffene Entscheidungen sind nicht möglich. Das für diese Entscheidungen zuständige Gremium, das Plenum, verkommt zu einer unproduktiven, zeitraubenden Spielwiese für individuelle Macht- und Profilierungsgelüste. Die Distanzlosigkeit zum eigenen Unternehmen, die durch den unzureichenden Informationsstand hervorgerufen wird, verstärkt das Gefühl der alltäglichen Arbeitsüberlastung.

Schließlich: In der Betriebswirtschaftslehre wird der dispositive Faktor als eigenständiges produktives Element angesehen. In welchem Ausmaß die Selbstverwaltungswirtschaft Produktivität durch die oben beschriebenen Hemmnisse verschenkt, läßt sich nicht abschätzen. Doch wenn die kollektive Organisationsform zu einer gesellschaftlichen Herausforderung werden will, müssen auch gerade diese Hemmnisse diskutiert und abgebaut werden.

Berlin, im August 1988

Der Sozialistische Computerclub möchte einiges zum Thema Mailboxen allgemein und zur Mailbox LINKS im Besonderen im Beitrag über das Alternativzeitungstreffen „Wir beißen auf den Maulkorb", CONTRASTE Nr. 48, S.2, richtigstellen:

Ein ... Problem ist die staatliche Überwachung solcher Systeme, die ohne weiteres vom Staat abgeschaltet werden können. Zur Information: Eine Mailbox ist ein Computer, der am Telefonnetz hängt. Abschalten kann man ein Telefon so einfach nicht, und wenn, hat vielleicht die Nachbarin auch einen Apparat ... *Zudem fallen die Daten der Nutzer automatisch bei der Post an* ... AbonnentInnen einer Zeitung sind der Post selbstverständlich unbekannt, oder haben wir da etwas mißverstanden? Zumindest bei LINKS gehen persönliche Daten über die Nutzer nicht übers Netz. Eine eventuelle „Wanze" kann höchstens feststellen, woher der Anruf kommt (es soll da so gelbe Zellen geben mit schwarzen Kästchen drin, „Telefonzellen" genannt - aber die Linke steht neuen Medien ja immer etwas kritisch gegenüber ...).

... das vorgestellte System (kann) zum Untergang im individuellen Datenwust führen. Wer so denkt, sollte besser aufhören, Zeitungen zu lesen und Radio oder Fernsehen zu benützen - er könnte ja darin untergehen.

Ganz rätselgaft ist uns, wie der Staat unsere Mailboxen *„jederzeit abschalten"* können soll. Schlimmstenfalls kann die Stadtverwaltung einer Person den Strom abstellen. Es gibt in dieser Stadt vielleicht aber auch noch andere Stromquellen.

Da trifft der SPIEGEL („Kohle für Rosa" vom 15.8.88) eher den Kern der Sache: „Schade, ... daß die Linken neue Medien immer als letzte begriffen haben." Wirklich schade. Wer sich nämlich mit den neuen Medien beschäftigt, weiß auch, wo sich tatsächlich Beunruhigendes entwickelt (Schwarz-Schillings Große-Bruder-Post etwa oder: Personendaten im Firmencomputer), aber nicht in einem linken Mailbox-System. Wer sich selbst informieren will, hänge einen Akkustikkoppler an die serielle Schnittstelle seines Computers, wähle 089-5706448 oder 0911-452777 oder 06831- 41214 oder 0221-558336 (alle außer Nürnberg 300 und 1200 Baud, Nürnberg nur 300 Baud) und melde sich als GAST an. Schriftlicher Kontakt über:

Kommunikation und Neue Medien e.V.
Postfach 19 05 20
8000 München 19
Mit solidarischen Grüßen
Sozialistischer Computerclub

Rezension

Regen und Sonne

Für alle, die ihren Worten auch Taten folgen lassen wollen, wenn es darum geht, ökologischen Maßnahmen an Gebäuden Vorschub zu leisten, sind bei Wagner & Co, Betrieb in Selbstverwaltung, drei Handbücher über Solaranlagen und Regenwassernutzung als Bau- und Planungsanleitung erschienen. Von der Werkzeugliste über Tips, wie man am schnellsten und schlausten Rohre lötet oder Glas schneidet bis hin zu technischen Details über Kollektoren, Wärmespeicher und Pumpsysteme, liegt hier eine gelungene Fassung darüber vor, wie man „Nicht-Fachleuten" die Ökotechnik näherbringt und sie befähigt – einschließlich Kalkulationsbeispielen – sich selbst eine Sonnenkollektoranlage oder ein Regenwassernutzungssystem zu bauen, um damit Energie, Wasser und, sind die Investitionskosten amortisiert, bare Knete sinnvoll einzusparen.

„Strom aus Sonnenlicht" (9,80 DM), *„So baue ich meine Solaranlage"* (19,80 DM) und *„Regenwassernutzung"* (14,- DM) zu beziehen bei:

Wagner & Co
Solartechnik GmbH
Zimmermannstr. 1
3550 Marburg

Jobs

Selbstverwaltetes Tagungshaus sucht ausgebildeten **Gärtner** sowie **Putz-/Hausmeister** (mögl. mit handwerkl. Fähigkeiten) jeweils als **ZDL** ab **3/89.**
Bitte melden bei:
Lernwerkstatt
Beatrice Bahro
5531 Niederstadtfeld
☎ (06596) 5 51 o. 10 31

Steuerfachfrau/-mann als EinsteigerIn von fortschrittlichem Steuerbüro in Wuppertal gesucht! Voraussetzung sind mehrjährige Tätigkeit in der Steuerberatung bei Mandanten-Rundum-Betreuung und die persönliche Perspektive sich einschlägig (auch formal) zu qualifizieren!
Spätere Beteiligung ist ausdrücklich erwünscht!
☎ (0202) 493 60 03

Mini-Offset-Druckerei in Dorf, 15 km von 6360 Friedberg, **sucht** mittätigen Teilhaber. Whg. kann geschaffen werden.
☎ (06035) 74 04 od. 64 92

Schreinerin mit Berufserfahrung von Selbstverwaltetem Betrieb (1 Frau/3 Männer) **gesucht.** Wir erwarten die Perspektive, längerfristig in das Kollektiv einzusteigen. **Nur schriftlich** anfragen bei: **Biiraboom** Holzwerkstatt in Selbstverwaltung
Mercedesstr. 8
7053 Stetten/Remstal

Für Kneipenkollektiv **suchen** wir eine **küchenerfahrene/- interessierte Person** zum selbstbestimmten Arbeiten und gemeinsamen Wohnen in unserem Provinz- und Kulturverein.
Projekt Zukunft e.V.
Hauptstr. 21
7240 Horb-Nordstetten
☎ (07451) 86 67

SchreinermeisterIn, Schreinergeselle/in **gesucht. Holzkollektiv**-Schreinerei. Maisstr. 53 Rgb.
8000 München 2
☎ (089) 530 96 26

Vollkornbäckerei Kabouter sucht: Bäckerln mit Erfahrung im Vollkornbereich, der/die längerfristig mit uns im Kollektiv arbeiten will!
Bewerbungen an:
Kabouter, Kronenstr. 3
4100 Duisburg 12

Der Werkhof – Betrieb in Selbstverwaltung (14 Personen, HiFi-/KFZ-Reparatur, Fahrradeinzelhandel) – **sucht 3.Frau/Mann** für Finanzbuchhaltung, Betriebswirtschaftliches, Organisatorisches usw. Zeitanteilige Mitarbeit in handwerklichem Bereich möglich. **Schreibt an:** Werkhof- GmbH, z.Hd. von Bob, Hohentorsheerstr. 160, 2800 Bremen 1 oder ☎ (0421) 50 05 71

PROJEKT GEDÄCHTNIS

ID-Artikel zum Thema Gegenöffentlichkeit 1973 - 1981

Von Oktober 1973 bis Februar 1981 erschien der INFORMATIONSDIENST ZUR VERBREITUNG UNTERBLIEBENER NACHRICHTEN (ID) wöchentlich mit 371 Ausgaben; der ID war ein zentrales Sprachrohr der Gegenöffentlichkeit und Keimzelle vieler regionaler Zeitungen.
PROJEKT GEDÄCHTNIS dokumentiert nicht nur Ausschnitte jüngerer Geschichte linker Gegenöffentlichkeit, sondern hat durchaus auch Gebrauchswert für heutige Diskussionen.
Inhalt u.a.: Entwicklung des Projekts ID, Auseinandersetzungen zur Gründung der taz, die ersten 88a Prozesse, Buback und Schleyer Nachrufe, Zensur im Knast, Repression gegen agit- und fantasia-DruckerInnen, Aktionen gegen die Zensurparagraphen, Buchläden und Verlags-Kontroversen.

120 Seiten (A4), 10.– DM

VERZEICHNIS DER ALTERNATIV-MEDIEN

Ca. 1000 Adressen von Alternativ-Zeitungen, nach Postleitzahlen und Themengebieten geordnet, Adressen von freien Radios und Video-Werkstätten, Bibliographie der Alternativ-Presse...
Mit Beiträgen zu den Themen: Zensur und der §129a, 4 Jahrzehnte Gegenöffentlichkeit, linke Medientradition, Literaturzeitschriften heute, Punk-Fanzines, Videofronten, Alternativ-Presse zwischen Opposition und Integration...

ca. 200 Seiten, ca. 25.– DM

Herausgegeben vom ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte/ Amsterdam
Kabelweg 51
NL-1014 BA Amsterdam

Bestellungen von ID-Publikationen nur bei:
AURORA VERLAGSAUSLIEFERUNG
Knobelsdorffstr. 8
1000 Berlin 19 (030/3227117)

Projekte

Wir, 2 Frauen aus Hannover, bereiten seit einem halben Jahr einen Handwerksbetrieb im Bereich alternativer Installationstechniken vor. Wir sind z.B. im Bereich Solaranlagen- und Regenwassernutzungsanlagenbau seit längerem tätig. Wir **suchen Menschen** mit Erfahrung in **Planung und Handwerk,** die Lust und Energie haben, mit uns einen Betrieb zu gründen.
× (0511) 45 62 32
V. + N Wellendorf
Lange-Feldstr. 65
3000 Hannover 71

STATTBAU

Stadtentwicklungsgesellschaft mbH
Treuhänderischer Sanierungsträger Berlins
Naunynstr. 68, 1000 Berlin 36
Tel.: (030) 614 20 30

STATTBAU ist ein kleiner treuhänderischer Sanierungsträge des Landes Berlin. Wir arbeiten im Bereich der modellhaften Altbausanierung in Berlin-Kreuzberg und sind mit der Durchführung von ökologischen Baumaßnahmen betraut. Zusätzlich führen wir Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendliche und junge Erwachsene im Baubereich durch.
Der Jahresumsatz beträgt ca. 10 Mio. DM, die Beschäftigtenzahl im Regiebereich ca. 15, im Projektbereich ca. 35-50 Personen.

Wir suchen zum 1. April 1989 oder früher eine/n weitere/n

GeschäftsführerIn

für die Bereiche Finanzen, Organisation, Personal- und Vertragswesen.

Das Aufgabengebiet umfaßt insbesondere die Erstellung der Jahresabschlüsse und des Geschäftsberichts, die Aufstellung und Abrechnung von Wirtschaftsplänen, Öffentlichkeitsarbeit, allgemeines Vertragswesen, sowie Koordination aller Bereiche.

Wir erwarten umfassende betriebswirtschaftliche Kenntnisse (wirtschaftswissenschaftliches Studium oder vergleichbare Qualifikation), mehrjährige Erfahrungen in einer vergleichbaren Position, Bilanzsicherheit, Durchsetzungsvermögen, kooperative Arbeitsweise, sowie Interesse an der Entwicklung neuer Wege in der Stadterneuerung.

Die Bezahlung erfolgt nach Haustarif (in Anlehnung an BAT Ib).
Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen erbitten wir bis zum 10. Oktober 1988.

Stellensuche

Suche Arbeit bei Ökobauern Günter, Tel: (0251) 53 15 29

Wir – Christoph u. Martina –, demnächst mit Kind, **suchen dringend** ein selbstverwaltetes Projekt, in dem gemeinsam ein gleichberechtigtes Leben und Arbeiten versucht wird.
☎ (06762) 68 97, ab 18.00 Uhr

Suche Gold-, Kunstschmiedlehrstelle, ab sofort, gerade im BGJ-Metall, (Wie toll?) 2 Praktika, dringend melden:
Jule Müller, Allerstr. 3
3400 Göttingen

Frau sucht neues Betätigungsfeld (NRW/HB/HH). Habe eine kaufmännische Ausbildung, Projekterfahrung, Buchführung, BWL sind keine Fremdwörter für mich.
Adresse: Hedy Gerstung, Pfalzburgerstr. 29, 1000 Berlin 31

Sonstiges

Nassspritzwand Marke Hackemack sofort zu verkaufen! Preis DM 3.000,- VB. **Biiraboom** Holzwerkstatt in Selbstverwaltung
☎ (07151) 4 55 25

Altes Haus, 17. Jht. (Kamin 15.Jh.), 8 Zimmer, Dachterrasse. reizvoll ausgebaut, sofort zu beziehen. Nähe Pont du Gard (3km), 45 km vom Meer, Zentral zu Nimes, Avignon, Uzès in ruhigem Dorf **zu verkaufen.**
☎ (00 33) 66 - 22 89 66

rumpelstilz 2000
MONATSMAGAZIN FÜR HUNSRÜCK-MOSEL-EIFEL

Hemmungslos-Libertär und lustvoll!

Oktober
Schwerpunkt Ökologie
Anti-Pädagogik-Serie
Dialog RAF-Staat

November
Das Geschäft mit dem Tod
Gegen die Normalität der Knäste
Anti-Pädagogik-Serie

Dezember
Schwerpunkt Jugendpolitik
Religion, Opium fürs Volk?
Das Kapital, Christkind des Jahres 2000

und 1989? na was wohl?
200 Jahre Französische Revolution aber aus anarchistischer Sicht!

jedes Heft ca. 36 Seiten
Preis 2,50 DM + Porto
Abo DM 32,- für 12 Ausgaben

Redaktion: RUMPELSTILZ 2000
Dörrwiese 4, 5552 Morbach
Tel.806533) 35 34

Schöner Fahrradladen, bestens am Markt, überregional bekannt mit großem Einzugsbereich im Herzen des Ruhrgebiets (unter den „alternativen" hierorts die No. 1), sehr gute Ertragslage, z. Zt. reinrassiger Kollektivbetrieb, zu verkaufen (wg. neuer Interessen). Warenbestand 300.000 DM muß übernommen werden (Finanzierungshilfen machbar). Mitglied im Verbund Selbstverwalteter Fahrradwerkstätten, gute Geschäftsverbindungen, mehrere Beteiligungen. 1a Chance für absolut sichere Existenz (4 Vollzeit- oder 7 Teilzeitstellen).
Angebote unter Chiffre
Drahtesel

IMPRESSUM

CONTRASTE
Zeitung für Selbstverwaltung, erscheint monatlich.

Herausgeber ist CONTRASTE, Verein zur Förderung von Selbstverwaltung und Ökologie e.V.
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1
☎ **(06221) 1 34 02**

CONTRASTE wird von ca. 40 MacherInnen geschrieben. zusammengestellt, redigiert, gesetzt, gedruckt... und was alles zum Herausgeben dazugehört.

Die Informationen fliessen zusammen über die Regional- und Fachredaktionen. Endredaktion, Herstellung, Vertrieb und Anzeigenverwaltung erfolgt über CONTRASTE in Heidelberg.

Wer einen Beitrag in CONTRASTE veröffentlichen will, schickt ihn an die Heidelberger Endredaktion.

In Heidelberg sitzt die professionelle Stammbeleg schaft, während in den Regionalredaktionen ausschließlich ehrenamtliche Leute am Werke sind.

Vertriebs-,Abonnenten-oder sonstige Beschwerden bitte auch in Heidelberg vorbringen.

Alle an einer aktiven Mitarbeit Interessierten können dies im Heidelberger Büro kundtun und erhalten dann regelmäßig die internen Redaktionsrundbriefe und Einladungen zu den viermal jährlich stattfindenden Redaktionstreffen.

Redaktionen:

1000 Berlin 61, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Franz-Josef Bartsch, Gneisenaustr. 2a, ☎ **(030) 691 30 72; 2000 Hamburg 50,** Rat & Plan, Eimsbütteler Str. 16, ☎ **(040) 439 91 22; 2800 Bremen 1,** Harald Deerberg, Postfach 10 61 51, ☎ **(0421) 7 20 93; 5300 Bonn 1,** Verein zur Förderung des Genossenschaftsgedankens e.V., Thomas Schaefers, Am Hofgarten 20, ☎ **(0228) 21 52 90; Rhein/Main, 6370 Oberursel 5,** Petra Inden, Niederurseler Str. 7, ☎ **(06171) 7 80 11; 3500 Kassel, Regina Engel, Sabine Joswig, Schönfelder Str. 41,** ☎ **(0561) 28 37 91; 6900 Heidelberg 1,** CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, ☎ **(06221) 1 34 02; 7053 Stetten,** Andreas Küstermann, Mercedesstr. 8, ☎ **(07151) 4 55 25 o. 4 15 76; 8500 Nürnberg,** Kurt Regenauer, Imhoffstr. 22, ☎ **(0911) 26 77 68; Österreich, 1020 Wien,** Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, ☎ **(0043- 222) 26 72 84**

Fachredaktionen:

Autonome Frauenseite, 1000 Berlin 61, AK zur Förderung autonomer Frauenprojekte, Ricarda Buch, Hasenheide 54, ☎ **(030) 693 53 51; Grafische Betriebe, 1000 Berlin 36,** Constantin Bartning, Paul-Lincke-Ufer 44a, ☎ **(030) 611 68 03; Kultur, 2000 Hamburg 13,** AG Stadtteilkultur e.V., Barbara Brüggmann, Bornstr. 12, ☎ **(040) 44 23 28; 7400 Tübingen,** Eckard Holler, Herrenbergstr.15, ☎ **(07071) 4 33 41; Genossenschaften, 7800 Freiburg,** Burghard Flieger, Erwinstr. 29, ☎ **(0761) 70 90 23; Sozialpolitik, 8000 München 2,** AG SPAK, Arno Huber, Heinz Schulze, Adlzreiterstr. 23, ☎ **(089) 691 78 21; Kommunen, 6445 Alheim-Oberellenbach,** Riedmühle e.V., Oberer Erlenbach 9, ☎ **(05664) 70 28; V.i.S.d.P.:** Petra Inden über Redaktion Rhein-Main. Für Beiträge, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, übernimmt der Autor die Verantwortung.

Eigenverlag; Alle Nachdruckrechte bei CONTRASTE e.V., Heidelberg
Anzeigenverwaltung: Sabine Joswig, Regina Engel, Schönfelderstr. 41, 3500 Kassel ☎ **(0561) 28 37 91 o. 2 28 38; (Nicht für Kleinanzeigen!)** Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2/86

Herstellung:
Zündsatz GbR, Gaisbergstr. 97, 6900 Heidelberg 1; **Satz:** auf TEXTLINE- System; **Ausgabe:** Monotype-Lasercomp
Druck: Caro-Druck, Mainzer Landstr. 147, 6000 Ffm 11

Endredaktion:
☎ **(06221) 1 34 02**

Vertrieb:
☎ **(06221) 16 24 67**

KLEINANZEIGEN

Ausfüllen: Den Text gut lesbar eintragen
(32 Anschläge/Zeichen ergeben eine Satzzeile)
Kosten: Privat bis zu 5 Zeilen **5 DM**
(jede weitere Zeile 1 DM)
Gewerblich bis zu 5 Zeilen **30 DM**
(jede weitere Zeile 5 DM)
Private Stellengesuche sind kostenlos!
Chiffregebühren: 9 DM
Bezahlt werden kann mit Scheck, Geldscheinen, nicht mit Briefmarken und nicht mit Bankeinzug. **Im voraus muß allerdings immer das Geld hier sein.** Quittungen nur bei ausreichend frankierten Rückumschlag. **Aufträge ohne Geld & Absender landen ausnahmslos immer im Papierkorb!** Ausnahme: Bestellwert ab 50 DM. Da gibt's nämlich ne Rechnung.

Termin: jeweils zum **15. des Monats**

Einsenden an:
CONTRASTE
Postfach 10 45 20
6900 Heidelberg 1

_____
_____
_____
_____
_____
_____

SCHNIPSEL

Tagungen...Seminare...Treffen

Institut für Selbstorganisation und betriebliche Selbstverwaltung

Neue Produkte für Behinderte

Wochenendseminar vom 4. bis 6.11.88 in Neu-Anspach
In diesem Seminar soll erkundet werden, welche Bedürfnisse von Behinderten vom Markt bislang nicht ausreichend abgedeckt werden, ob bestehende Lücken von Selbstverwalteten Betrieben gefüllt werden können und wie das organisierbar und finanzierbar ist.
Anmeldung:
Diethelm Damm
Am Burgacker 31a
6200 Wiesbaden

Bremer Erzeuger-Verbraucher-Initiative

Die Vermarktung selbst in die Hand nehmen! Perspektiven ökologisch orientierter Erzeuger- Verbraucher-Genossenschaften.
21. bis 23.10.1988 im Bürgerhaus Weserterrassen, Bremen.
Anmeldung & Information:
BR.E.V.I.
c/o Jochen Tholen
Goesselstr. 33
2800 Bremen
Tel. (0421) 37 24 35

dialog BILDUNGSWERK

Politisches Lernen am Beispiel des Genossenschaftsgedankens – Inhalte – Methoden – Medien. Politisches Lernen erhebt u.a. den Anspruch, aus der Geschichte für die Zukunft zu lernen. Am Beispiel der alten und neuen Selbsthilfe- und Genossenschaftsbewegung soll daran gearbeitet werden, diesen Anspruch praktisch umzusetzen; zu fragen ist, wie politische Bildungsarbeit den Selbsthilfegedanken aufgreifen und fördern kann, um eine „Ökonomie der Solidarität" zu unterstützen.
4. bis 5. November im Landheim Heimatruh, 5600 Wuppertal.
Anmeldung & Information:
Dialog-Bildungswerk
Teighügel 6
4402 Greven

Forum Berufsbildung

Fortbildung: Betriebswirtschaft für Klein- und Mittelbetriebe.
Diese Fortbildung beginnt am 12. Oktober im Forum Berufsbildung in Berlin-Kreuzberg. Für den Kurs, der zur Führung und Verwaltung von Klein- und Mittelbetrieben aller Branchen befähigen soll, sind noch einige Plätze zu vergeben. Der 11-monatige Lehrgang bietet sowohl ganztägigen theoretischen Unterricht, als auch ein 15-wöchiges Betriebspraktikum. Schwerpunkte der Ausbildung sind Betriebskonzeptionierung, Marketing und Buchführung, die mit einer gesonderten Prüfung abgeschlossen wird. Intensiv werden auch die Grundlagen der Selbstverwaltung und die Chancen und Probleme alternativen Wirtschaftens vermittelt.
Dieses Angebot richtet sich an alle arbeitslosen Absolventinnen und Absolventen von Hochschulen und Fachhochschulen sowie an Kaufleute. Eine Übernahme der Kosten durch das Arbeitsamt ist möglich.
Informationen bei:
Sybille Miram
Forum Berufsbildung
Hedemannstr. 12
1000 Berlin 61
Tel. (030) 251 10 35

AG SPAK

Kriminalpolitischer Arbeitskreis

Soziale Kontrolle durch Sicherheitsgesetze und den Einsatz neuer Medien im Bereich der Justiz
25.-27.11. 1988, Fronhausen
Information & Anmeldung:
AG SPAK
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

AK Freire

Praktikum in der III. Welt
18.-20.11.1988, Traidendorf, Bayern
Anmeldung & Information:
AG SPAK
Heinz Schulze
Adlzreiterstr. 23
8000 München 2

AK Armut und Arbeitslosigkeit

Arbeitsplätze selber schaffen
2.-4.12.1988, Wasserburg (Bodensee)
Anmeldung & Information:
Dieter Koschek
Köchlinstr. 21
8990 Lindau

Leben in der Kommune

vom 28. bis 30.10.88 in Niederkaufungen. An diesem Wochenende sollen Theorie und erste Erfahrungen im Zusammen-Leben und -Arbeiten der Kommune Niederkaufungen vorgestellt werden. Es wird Gelegenheit sein, zu diskutieren, ob diese Lebensform geeignet ist, auf (Fehl)Entwicklungen unserer Gesellschaft Einfluß zu nehemen.
Anmeldung an:
Tagungs- und Begegnungshaus
Kirchweg 1
3504 Niederkaufungen
Tel. (05605) 27 02

KOBI

Weiterbildungsprogramm für selbstgeschaffene Arbeitsplätze und selbstorganisierte Betriebe und Projekte beim Kommunikativen Bildungswerk in Dortmund.
- Buchführung, ab Dienstag 11.10. wöchentlich 8mal
- Finanzbuchhaltung mit dem Personalcomputer, ab Montag 10.10. wöchentlich 8mal
- Finanzierung von Betrieben und Projekten, Samstag 5.11. und Sonntag 6.11.
- Arbeitsorganisation in Betrieben und Projekten ab Donnerstag 3.11. 4mal
- Marketing Samstag 19.11. und Sonntag 20.11.
- EDV-Einsatz in Kleinbetrieb und Projekt, Samstag 3.12. und Sonntag 4.12.

Alle Veranstaltungen finden in Dortmund statt!
Weitere Informationen und Prospekt:
KoBI
Adlerstr. 83
4600 Dortmund 1
Tel. (0231) 14 31 23

Chips for Müsli

Seminar für den „ökologisch orientierten Arbeitsbereich". Themen dieses Seminars sind: **Begabungs- und Zielfindung.** Es wird daran gearbeitet, Be- gabungen zu erkennen, um dann umso leichter die der eigenen Persönlichkeit entsprechenden Auf-gaben zu finden. Wenn diese Aufgaben klar sind, können Ziele gesteckt werden.
Das Seminar findet vom 22. bis 23. Oktober in Stuttgart statt.
Information & Anmeldung:
Chips for Müsli
Postfach 70 68
7417 Pfullingen

Spitzenprogramm beim „Pforzheimer Festival"

Künstler aus sechs Nationen geben sich ein Stelldichein

Red. Heidelberg Große kulturelle Ereignisse werfen ihren Schatten voraus, so auch das „9. Internationale Pforzheimer Musik- und Theaterfestival", welches in diesem Jahr vom 11. bis 15. Oktober in den Zirkuszelten an der malerischen Nagold im Pforzheimer Stadtteil Dillweißenstein wieder vom Penn-Club 2000 e.V. ausgerichtet wird.

Nach der offiziellen Eröffnung am 11. Oktober um 20.00 Uhr kommt einer der ganz großen der deutschen Liedermacherszene mit seiner Gruppe, Franz Josef Degenhardt. Das Konzert steht unter dem Titel „20 Jahre und was nun – 68/88".

Am zweiten Tag wird in einer großen Eigenproduktion unter dem Titel „Die Show – ein phantastisches Traumvariété" unter der Regie von Otto Kuhnle/Berlin über die Bühne gehen.

Am 14.10. heißt es schon am Vormittag „Manege frei und Vorhang auf" für das internationale Kindertheater im Rahmen des „9. Pforzheimer Festivals", Marc Wetter aus der Schweiz gastiert mit dem Kinderstück „Jeda - der Schneemann" für Kinder ab 5 Jahren.

„Jazz-Treff 88" so der Titel des Abendprogramms am 14. Oktober mit der Premiere des Duos „Wolfgang Dauner & *Charlie Mariano*".

Am Abschlußtag des Festivals, am 15. Oktober, um 20.15 Uhr, stellt das Programm eine Produktion des baskischen Teatros „Maskarada" mit „Gernika" vor. „Maskarada" ist die renommierteste freie baskische Theatergruppe, die mit Unterstützung des baskischen Kultusministeriums dieses Stück über die Zerstörung Gernikas im Jahre 1937 zum 50. Jahrestag im April 1987 erstmals in Gernika aufgeführt hat. Im Rahmen des Festivals wird das Stück erstmals außerhalb von Spanien aufgeführt.

Nähere Information über:
Penn-Club 2000 e.V.
Goldener Anker
Felsenstr. 2
7530 Pforzheim-Dillweißenstein

Werkstatt: Initiativ

Wie werde ich besserer Unternehmer/ bessere Unternehmerin?
...und die knallharte Antwort für 150 DM mit Hans Emge (dem Autor des gleichnamigen rororo- Bandes).
4. bis 6. November in Köln. Ein Wochenende für alle, die Eigen-Initiative zeigen, sich Selbständig machen wollen oder schon gemacht haben, sich in Initiativen engagieren, in einem Selbstverwalteten Projekt mitarbeiten oder ein solches initiieren wollen...
Information & Anmeldung:
Werkstatt: Initiativ
Die Bildungswerkstatt
c/o Erhard Doubrawa
Laudahnstr. 24
5000 Köln 91
Tel. (0221) 41 61 63
(dimido: 15-19 Uhr)

Energie- und Umweltzentrum am Deister

Am Elmschenbruch
3257 Springe 3

Wochenendseminare

Sonnenkollektor-Selbstbau
21. bis 23. Oktober 1988
Ökologische Erneuerung alter Häuser
11. bis 13. November 1988
Wärme-Kraft-Koppelung
18. bis 20. November 1988
Ist Leitungswasser noch trinkbar?
25. bis 27. November 1988
Stromalternativen im Haushalt
2. bis 4. Dezember 1988

Bildungsurlaube

Anders leben – anders arbeiten
24. bis 28. Oktober 1988
Auf den Spuren eines Gewässers
7. bis 11. November 1988
Energie-Alternativen in der Praxis
28.11. bis 2.12.1988
Ökologisches Bauen und Heizen
4. bis 9. Dezember 1988

Sozialistisches Büro

Winterschule I

Was wurde aus dem Traum der Selbstverwaltung?
In den Selbstverwalteten Betrieben und Projekten scheint es zunehmend frustierend, belastend und „unproduktiv" zu laufen. Die guten alten plenaren Strukturen scheinen's nicht mehr zu bringen. Was dann?

Mehr Management? Mehr Kommunikationstraining? Weniger sozialistische Utopien – Sozialismus ist sowieso nicht machbar, Herr Nachbar? Oder brauchen wir vielleicht nur wieder leistung und Lohn miteinander zu koppeln, dann wird's schon wieder laufen?

Wir wollen in diesen Tagen versuchen zu rekonstruieren, mit welchen Zielen, Utopien, Hoffnungen die Projekte und Betriebe, die sich selbstverwaltet nennen, denn eigentlich angetreten sind, welche Erfahrungen sie gemacht haben, welche Entwicklungen inzwischen gelaufen sind, und das nicht nur innerhalb der Projekte, was übrig geblieben ist von anfänglichen Zielvorstellungen, welche Entwicklungen derzeit diskutiert werden, an welchen Scheidewegen einzelne Projekte und Betriebe stehen, aber auch, welche Hoffnungen, Erwartungen, Kritik usw. von „außen" an Selbstverwaltete Projekte und Betriebe gerichtet werden, welche Rolle und Funktion sie in der Linken und alternativen Szene spielen.
11. bis 16. November in der Nähe von Göttingen.
Anmeldung:
Sonja Tesch
Heilholtkamp 54
2000 Hamburg 60

10 Jahre Netzwerk

Freitag, 28.10.88

16.00 h Bustour zu Projekten und Initiativen
Abfahrt Mehringhof
19.00 h Buffet im BKA - nur für Netzwerkerinnen aus der BRD -
20.30 h Gespräch mit Gründungsmitgliedern und Vertretern der BAG (Bundesarbeitsgemeinschaft) dazu: alte Filme im BKA

Samstag, 29.10.88

10.00 h Begrüßung
10.30 h Einleitungsreferat: „Neue gesellschaftliche Bedingungen und soziale Bewegungsmilieus" - Roland Roth; FU, Berlin; (im Mehringhoftheater)
11.00 h Beginn der Arbeitsgruppen
Vorstellung und Motivation der TeilnehmerInnen
Planung der Diskussion und der Berichterstattung in den Klassenräume der Schule für Erwachsenenbildung (SFE) im Mehringhof
12.30 h - 14.30 h Mittagspause
15.00 h - 18.00 h Arbeitsgruppen
1. Freiraum als Nische/Ghetto? - Freiraum zur gesell. Herausforderung?
2.Vereinnahmung/Kommerzialisierung - Widerstand gegen Funktionalisierung
3.Apokalypse/diffuser Anti- Kapitalismus - politische Utopien/- Neue Themen?
4.Staatliche Repression - Solidarität
21.00 h Fest im BKA
Netz oder nie
Kabaretts und Live-Bands

Sonntag, 30.10.88

11.00 h - 14.00 h Abschlußplenum
Berichte aus den Arbeitsgruppen und Fragen der weiteren Zusammenarbeit im Mehringhoftheater

Grafische Betriebe

Wochenende in Regensburg. Bei den diesjährigen Frühlingstagen in Berlin entwickelte sich im Verlauf der Diskussion über Betriebsverfassungen das heftige Interesse an Gesprächen über Betriebsziele. Ein Wochende zum Thema findet vom 12. bis 13. November (alternativ: 19./20.11.) in Regensburg, in den Räumen des Vereins für angewandte Kultur, Parasol e.V., statt.
Inhalte: Betriebsziele – Utopien – Träume?
Fortschreibung der Träume von '68/'70/'72 ???
Oder: Leistung, Rationalisierung, High Tech ??
Oder: Surfbrett und Cabrio statt Lebensqualität am Arbeitsplatz ??
OderOder Was?

Anmeldung & Information:
Kartenhaus Kollektiv
Ostengasse 24
8400 Regensburg
Tel. (0941) 56 06 62

Ich/Wir abonniere/n CONTRASTE zum fortlaufenden Bezug. Das Abonnement verlängert sich automatisch um weitere 12 Monate, wenn es nicht mindestens **3 Wochen vor Ablauf schriftlich** gekündigt wird. Wenn das Abo befristet sein soll, bitte extra angeben!

Name: .....
Adresse: .....
Gruppe/Betrieb/Beruf: .....
Abo für 12 Monate DM 36,-- (incl. Versand)
Zahlungsweise (zutreffendes bitte ankreuzen)
O **Einzugsermächtigung:**
Ich erkläre mich damit einverstanden, daß die Abonnementsgebühren von meinem Konto abgebucht werden.
Kontoinhaber: ..... Geldinst.: .....
Konto-Nr.: ..... BLZ.: .....
Diese Einzugsermächtigung wird ungültig, wenn ich sie **schriftlich** widerrufe.
Unterschrift: .....
O **Gegen Rechnung:**
Ich zahle sofort nach Erhalt der Rechnung. **Bitte keine Vorauszahlungen auf unser Konto!**
O Ein Verrechnungsscheck liegt dieser Bestellung bei.
Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden.
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.
Davon habe ich Kenntnis genommen .....
Datum, Unterschrift

Coupon ausgefüllt an CONTRASTE-Vertrieb, Postfach 10 45 20, 6900 Heidelberg 1, einsenden.
Für Österreich (336 Schilling im Jahr) an: Sabine Kofler, Heinestr. 35/25, 1020 Wien.

Das Bild kann aus lizenzrechtlichen Gründen leider nicht online gezeigt werden.

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden!